PROTOKOLL

über die 3. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Dienstag, 17. Dezember 1991, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:
Erich Sablik
Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Roman Eichhübl
Karl Holub
Ing. Othmar Schloßgangl
Leopold Tatzreiter
Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Felicitas Bauer
Josef Brandstötter
Gerhard Bremm
Günter Fürweger
Johann Glanzer
Hans Dieter Götz
Richard Gollatsch
Gottfried Hofstetter
Oskar Holub
Engelbert Huber
Klaus Jansky
Anna Jeloucan
Engelbert Lengauer

Friederike Mach
Josef Mayr
Dipl.-Ing. Frank Mundorff
Hans Payrleithner
Mag. Harald Philipps
Edith Radmoser
Franz Rohrauer
Eva Scheucher
Dr. Tilman Schwager
Ing. Dietmar Spanring
Wilhelm Spöck
Franz Strasser
Walter Strobl
Susanne Thurner

VOM AMT:
SR Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann
OMR. Dr. Kurt Schmidl
Techn. Direktor TOAR Ing. Wolfgang
Wein
Kaufm. Direktor OAR Helmut Riedler
AR Mag. Augustin Zineder
Mag. Helmut Lemmerer
OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MR Dr. Gerhard
Alphasamer
Belinda Kastlunger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Agrar-5050/91 Erlaß	Katastrophenschäden durch Hochwasser vom 1. bis 5. 8. 1991 an privatem Gut; Hilfsaktion; Akontierung von Unterstützungsbeiträgen als Soforthilfe bzw. Förderung durch die Stadt.
GHJ1-92/91	Ankauf von je einem PC für das Stadtrechnungsamt und das Referat für Schule und Sport sowie einem Plotter und ein Ausschreibungsprogramm für den Kanalbau.
SH-5209/91	Ferienaktion der diversen Jugendorganisationen - Subventionierung durch die Stadt Steyr.
Bau3-4314/87 Bau3-7900/89 Bau6-5515/89	Aufschließung Steyr-Sportpark; private Errichtung eines Kanalteilbereiches; Refundierung der anteiligen Kanalerstellungskosten an Hr. Kroath Willfried.
Ha-6420/91	Günther und Elisabeth Mayr, Seitenstettner Straße 28 a - Wasserleitungsanschluß Wehrgrabengasse 31 (Josefs-lazarett); Verstärkung der Anschlußdimension; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
GHJ1-7494/91	Ankauf einer Espressomaschine für den Buffet-Raum im Sportheim Münchenholz - Ersatzbeschaffung.
GHJ1-7110/91	Ankauf von zwei Espressomaschinen für Restaurant Theaterkeller bzw. Buffet-Räumlichkeiten im Stadtsaal - Ersatzbeschaffung.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) Schu-4994/84 Mehrzwecksaal Wehrgraben; Regulierung der Tarife.
- 2) Sport-1250/82 Sporthalle Tabor; Regulierung der Tarife.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

- 3) Agrar-7225/88 Erlaß Neubestellung eines Ersatzmitgliedes der Bezirksgrundverkehrskommission Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 4) Bau5-3862/88 Sanierung Hallenbad; Herbeiführung eines Grundsatzbeschlusses durch den Gemeinderat.
- 5) ÖAG-7456/91 Stadtwerke Erdgas- und Trinkwasseraufschließung Buchnergründe; Auftragsvergaben.
- 6) ÖAG-6056/87 Stadtwerke Städt. Gaswerk - Neufestsetzung des Erdgasabgabepreises für Tarifabnehmer aufgrund einer informellen Preisrunde beim Amt der Oö. Landesregierung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

- 7) K-26/91
K-3300/89 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1991
I - Innere Stadt und Ennsdorf, A - Fassaden, B - Dächer, II - Steyrdorf und Wehrgraben - 3. Bauphase, A - Fassaden, B - Dächer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 8) Bau2-2227/91 Bebauungsplan Nr. 56 - Stelzhamerstraße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

- 9) Wa-5040/91 Wehrgrabengasse 1 - 3 - ehemalige Hack-Werke;
Austritt von Mineralölen während der Hochwasser-
katastrophe vom 1. bis 4. 8. 1991; zusätzliche Mit-
telfreigabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAG-
LER:

- 10) Pers-434/85 Oö. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz; Neu-
Pers-1025/85 bestellung eines Sicherheitsausschusses.
Pers-1453/91
- 11) Präs-1491/91 Bezugsregulierung ab 1. 1. 1992.
- 12) SV-7400/82 Regulierung der Höchstbeitragsgrundlage der KFA.
SV-7527/91
- 13) Präs-1486/91 Entlohnung des Pflegepersonals im Altersheim.
- 14) Präs-1484/91 Überstellungsmöglichkeit von P 3 (p 3) nach P 2 (p 2).
- 15) Ha-4300/91 Voranschlag 1992.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung und stelle fest, daß diese ordnungsgemäß einberufen wurde. Weiters stelle ich die Beschlußfähigkeit fest und möchte bekanntgeben, daß die Gemeinderäte Mag. Harald Philipps und Günther Fürweger als Protokollprüfer vorgeschlagen sind. Nehmen die Herren Gemeinderäte diese Funktion an? Ich sehe durch Kopfnicken, daß dies der Fall ist. Wir sind vollzählig, niemand hat sich entschuldigt. Die Behandlung von allfälligen Anfragen erübrigt sich, da solche nicht vorliegen. Ich darf darauf hinweisen, daß an dieser Stelle üblicherweise ein kleiner Bericht über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage kommt.

Aus dem letzten Bericht des Arbeitsamtes Steyr vom 4. Dezember 1991 ergibt sich über die Arbeitsmarktlage im Monat November 1991 folgendes:

Im vergangenen Berichtszeitraum blieb die Arbeitsmarktlage weiterhin stabil, obwohl gegen Monatsende bereits vereinzelt saisonbedingte Freistellungen zu beobachten waren. Die wirtschaftliche bzw. konjunkturelle Lage ist vorerst weiterhin unverändert gut. Die Prognose bezüglich der Entwicklung der Weltkonjunktur lautet jedoch eher ungünstig; für Österreich wird aber in der nächsten Zeit

kein gravierender Konjunkturerbruch erwartet.

Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen hat sich im Laufe des Novembers um 63 Personen, das sind 2,4 Prozent auf 2.733 (1.271 Männer, 1.462 Frauen) leicht erhöht. Während bei weiblichen Arbeitslosen ein leichter Abgang von ca. 1,5 Prozent zu verzeichnen war, stieg der Anteil der Männer um 7,2 Prozent. Traditionell sind im lokalen Bereich von einem saisonbedingten Personalabbau vorwiegend Männer betroffen, da im Bau- bzw. im bauabhängigen Bereich hauptsächlich Männer beschäftigt sind. Im Jahresvergleich blieb die Arbeitslosenzahl praktisch unverändert.

Die Arbeitslosenquote beträgt derzeit im Bezirk Steyr 6,8 Prozent. Deutlich verringert gegenüber dem Vormonat hat sich die Zahl der gemeldeten offenen Stellen (- 22,1 %) auf 410 freie Arbeitsplätze, was ein Zeichen für das Saisonende ist. Der Jahresvergleich ergibt ein Plus von 11,4 Prozent.

Situation am Lehrstellenmarkt: Die wie jedes Jahr um diese Zeit durchgeführte Lehrstellenwerbung ergab wieder ein erfreuliches Echo: innerhalb einer Woche wurden bereits 113 Ausbildungsplätze gemeldet, die im Sommer 1992 zu besetzen sind. Außerdem sind 118 Lehrstellen zu zählen, die sofort geeigneten Bewerber/innen zur Verfügung stehen. Schwerpunkte des Ange-

botes liegen im Metall/Elektro-, im Bau- und im Holzbereich, aber auch Fremdenverkehr und Handel würden noch gerne Jugendliche einstellen.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen nun die Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS zur Kenntnis bringen: Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenats-sitzungen an alle Gemeinderats-mitglieder zugestellt. Eine li-stenmäßige Aufstellung der ge-faßten Beschlüsse liegt der Ge-meinderatseinladung bei.

Damit sind die Mitteilungen be-endet. Bevor wir jedoch zu den Verhandlungsgegenständen kom-men, meine Damen und Herren, möchte ich eine Bitte weiter-geben, die an mich herangetragen worden ist. Es wurde nämlich ge-beten, daß nicht zu viel geraucht werden soll, da wir räumlich sehr beengt sind und heute eine lange, intensive Sitzung vor uns haben. Wir kommen nunmehr zur Behand-lung der Verhandlungsgegenstän-de und ich gebe hiezu den Vorsitz an Kollegen Vizebürgermeister Sablik ab.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-LIK:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte um den Vortrag.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEI-STER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, ich habe 2 Anträge zu stellen. Beide be-handeln die Regulierung von Tari-

fen. Der erste betrifft den Mehr-zwecksaal Wehrgraben.

1) Schu-4994/84

Mehrzwecksaal Wehrgraben;
Regulierung der Tarife.

Der Gemeinderat wolle beschlie-ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 25. September 1991 wird die in der Anlage beigeschlossene Tarifordnung für den Mehrzweck-saal Wehrgraben genehmigt. Diese Tarifordnung tritt mit 1. 1. 1992 in Kraft. (BEILAGE)

Die Tarife sind seit 1985 un-verändert, es hat sich in diesem Zeitraum eine Erhöhung des Ver-braucherpreisindex um 17,6 Prozent ergeben. Es wird im Ein-vernehmen mit dem Kontrollamt vorgeschlagen, die Tarife wie folgt zu erhöhen:

Für die Steyrer Sportvereine, Montag bis Donnerstag, pro Stun-de auf 40 Schilling, bisher 30 Schilling, und von Freitag bis Sonntag, pro Stunde 80 Schilling, bisher 60 Schilling. Auswärtige Sportvereine sollen Freitag bis Sonntag pro Stunde 300 Schilling bezahlen. Für nicht sportliche Veranstaltungen wurde festge-legt, daß bei Jahresversammlun-gen 150 Schilling pro Stunde, für Vorträge, Konzerte, Tagungen, Ausstellungen, Modenschauen etc. 400 Schilling/Stunde, für Eigen-veranstaltungen des Buffet-Päch-ters 1.200 Schilling/VA und für

Bälle 2.300 Schilling/VA eingehoben werden.

Es wird gebeten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Die neu gefaßte Tarifordnung sollte ab 1. 1. 1992 in Kraft treten.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Sie haben den Vortrag gehört. Wer wünscht dazu das Wort? Wenn dies nicht der Fall ist, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmig beschlossen, ich bitte das Ergebnis zu protokollieren. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Der nächste Antrag ist ähnlicher Natur und betrifft die Regulierung der Tarife für die Sporthalle Tabor. Es wird auch hier gebeten, daß der Gemeinderat aufgrund des Amtsberichtes beschließen soll, daß eine entsprechende Anpassung der Tarife - wie sie in der Anlage jedem Gemeinderat vorliegen - genehmigt werden soll.

2) Sport-1250/82

Sporthalle Tabor; Regulierung der Tarife.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 24. September 1991 wird die in der Anlage beigeschlossene Neufassung der Tarifordnung für

die Benützung der Sporthalle Tabor genehmigt.

Diese Tarifordnung tritt mit 1. 1. 1992 in Kraft. (BEILAGE)

Es ist dies eine umfangreiche Aufstellung und ich würde bitten, daß mir die Verlesung erlassen wird, weil jede Gemeinderätin bzw. jeder Gemeinderat die Unterlagen vor sich liegen hat.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Sind Sie damit einverstanden? Ja. Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung, also darf ich abstimmen lassen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe? Keine Stimmenthaltung. Einstimmige Annahme, danke. Ich übergebe den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich übernehme wieder den Vorsitz und erteile dem nächsten Berichterstatter, Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil, das Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, in meinem Antrag des Stadtsenates geht es um die Neubestellung eines Mitgliedes der Bezirksgrundverkehrskommission in Folge der Pensionierung von OSR Dr. Kurt Wabitsch.

3) Agrar-7225/88 Erlaß
Neubestellung eines Ersatz-

mitgliedes der Bezirksgrundverkehrskommission Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 28. November 1991 wird für die restliche Funktionsperiode der Bezirksgrundverkehrskommission Steyr vom 1. 1. 1992 bis 30. 6. 1994 anstelle des Herrn OSR Dr. Kurt Wabitsch Herr MR Dr. Gerald Schmoll als Ersatzmitglied der Bezirksgrundverkehrskommission Steyr bestellt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich darf fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird? Dies ist nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer für diesen Antrag ist. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht geübt, der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke Herrn Dr. Pfeil. Der nächste Berichterstatter ist StR Roman Eichhübl, ich erteile ihm das Wort.

BERICHTERSTATTER ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen heute zu einer eher etwas ungewöhnlichen Stunde insgesamt 3 Anträge vorzutragen und darf daher sinngemäß gleich mit dem ersten beginnen, der sich mit einem

Grundsatzbeschluß für die Sanierung des Hallenbades befaßt. Es gibt in diesem Zusammenhang eigentlich seit Jahren eine Reihe von Vorgesprächen und Diskussionen. Aufgrund des desolaten Zustandes des Hallenbades soll heute ein Grundsatzbeschluß gefaßt werden. Und zwar mit dem Hintergrund, festzustellen welche Förderungsmittel für einen Umbau in der Größenordnung von etwa 110 Millionen Schilling zu erhalten sind. Es ist einfach von der Vorgangsweise her notwendig, daß sich der Gemeinderat zu diesem Grundsatzbeschluß bekennt.

4) Bau5-3862/88

Sanierung Hallenbad; Herbeiführung eines Grundsatzbeschlusses durch den Gemeinderat.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zusammenhang mit der Sanierung des städt. Hallenbades wird zur Erlangung von Förderungsmitteln bei den einzelnen Bundes- und Landesstellen nachfolgendem Grundsatzbeschluß nach Maßgabe des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 4. Dezember 1991 zugestimmt:

Die Stadt Steyr beschließt die Generalsanierung des städt. Hallenbades auf der Basis der von der Fa. Berndorf-Metall- und Bäderbau GesmbH. erstellten zweiten Planungsvariante, mit Gesamterrichtungskosten von rund 110 Mill. S und dem Finanzierungsplan des genannten

Unternehmens, wonach die Stadt Steyr 38,8 Mill. S aufzubringen hat.

Die im Zusammenhang mit der Verwirklichung dieses Grundsatzbeschlusses zu vergebenden Aufträge bleiben gesonderten Beschlußfassungen der nach dem Statut für die Stadt Steyr zuständigen Gremien vorbehalten.

Im Stadtsenat hat es dann darüber noch eine Diskussion und einen weiteren Änderungswunsch bezüglich eines Nachsatzes gegeben. Um das ganze noch ein bißchen genauer zu formulieren, möchte ich dazu sagen, daß Kollege StR Karl Holub diesen Beitrag eingebracht hat. Dieser Beitrag hat, nachdem er selbstverständlich auf unserer Linie ist und auch von der SPÖ angenommen wurde, die Zustimmung erhalten. Dieser Zusatz, der am 12. 12. 1991 im Stadtsenat beschlossen wurde, lautet:

"Dieser Beschluß gilt nur dann, wenn die in Aussicht genommenen Finanzierungsquoten erfüllt werden können."

Ich darf Sie nun, meine Damen und Herren des Gemeinderates, um Zustimmung bitten, und Sie Herr Bürgermeister, falls es gewünscht wird, darüber die Diskussion zu eröffnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Wird eine Diskussion gewünscht? Meldet sich zu diesem Punkt je-

mand zu Wort? Dies ist nicht der Fall.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ich möchte mich zu Wort melden, und zwar in meiner Eigenschaft als Fraktionsobmann, nicht als Referent.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich bitte um den Vortrag.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf gleich vorwegnehmen, daß ich mich in meiner Wortmeldung sehr kurz fassen werde. Ich halte es jedoch für notwendig, nachdem diese wichtige Beschlußfassung heute durchgeführt werden soll, daß ich im Namen der Freiheitlichen GR-Fraktion noch einige Anmerkungen mache, bevor es zur Abstimmung kommt.

Ich bin nämlich schon mehrmals und auch gestern wieder darauf angesprochen worden in der Richtung, ob es doch tatsächlich auf der Linie der Freiheitlichen Partei läge, diesen Grundsatzbeschluß mitzutragen. Das kann ich deshalb mit einem eindeutigen JA beantworten, weil ich nicht nur mehrmals auf Anfragen darauf hingewiesen habe, sondern weil ich mir wirklich - wie versprochen, Herr Bürgermeister - die Mühe gemacht und einige Protokolle herausgesucht habe, aus denen sehr deutlich die Linie der Freiheitlichen Partei hervorgeht

und ich darf nur daran erinnern, daß sich in der Sitzung des Gemeinderates am 20. September folgende Wortmeldung der Freiheitlichen GR-Fraktion, von mir vorgetragen, ergeben hat.

Wir haben damals im Rahmen der Aktuellen Stunde, als dieses Thema wieder aufgeworfen wurde, sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir immer wieder darauf hingewiesen haben, daß es unumgänglich notwendig ist, aufgrund des vorhin erwähnten, desolaten Zustandes des Hallenbades, daran zu gehen, Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Oder aber nach entsprechenden Förderungsmittelanfragen einen Umbau zu verwirklichen. Ich habe damals empfohlen - das darf ich jetzt zitieren - in zwei Schritten vorzugehen. Einerseits zu klären, von wo die finanziellen Mittel zu erhalten sind, denn die Stadt kann sich sicherlich ein solches Vorhaben aufgrund der prekären Finanzsituation nicht leisten. Zweitens eine Volksbefragung durchzuführen, wenn die Förderungsmittel in der angestrebten Höhe - sie entsprechen in etwa den Sanierungskosten - nicht zu erhalten sind. Wir vertreten nach wie vor die gleiche Meinung, als vor einigen Jahren, das möchte ich vor dieser Beschlußfassung betonen.

Soviel als Klarstellung zu den immer wieder an mich herangetragenen Anfragen bezüglich der Meinungsänderungen oder Beibehaltung der Linie der Freiheit-

lichen GR-Fraktion in dieser Frage.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Kollege Oskar Holub ist zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Meine Damen und Herren, ich möchte spontan noch ganz kurz etwas zu dieser Hallenbad-Geschichte seitens der GAL sagen. Wir sind grundsätzlich auch der Meinung, daß eine Stadt wie Steyr ein Hallenbad haben soll. Eine Möglichkeit wäre, das Hallenbad zu sanieren. Eigenartig erscheint mir in diesem Zusammenhang nur, daß der Projektant dieses Schätzgutachten durchgeführt hat. In Zukunft würde ich mir wünschen, daß - wenn Finanzierungen in dieser Größenordnung durchzuführen sind - Firmen außerhalb oder Sachverständiger beauftragt werden, die nicht gleichzeitig die wahrscheinlich Durchführenden sind, die den Auftrag dann erhalten.

Wir werden diesem Antrag auch zustimmen, aber in Zukunft wird es nicht mehr so sein, daß wir leichtfertig ...

Ich habe eine kleine Kreislaufschwäche, Entschuldigung.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB IST VON 9.26 BIS 10.12 UHR ABWESEND.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der nächste ist Kollege Vizebürgermeister Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, natürlich macht eine Kostenschätzung immer der Projektant, das ist ganz klar, aber die echten Kosten werden dann aufgrund der Ausschreibung erst ermittelt.

Als Vertreter unserer Fraktion darf ich sagen, lieber Roman, daß mich Dein Kurs in Richtung einer objektiven Betrachtung des Problems über das Hallenbad freut, denn es war für mich nicht immer ganz klar ersichtlich, ob Dein Kurs - heute belegt durch viele Zitate aus Deinem "Schlangenkurs" - auch anhält. Wenn er anhält, dann können wir natürlich Hand in Hand daran gehen, dies zu lösen.

Vor kurzer Zeit, etwa in der Wahlkampf-Phase, hast Du dieses Hallenbad als Prestige-Objekt des Bürgermeisters bezeichnet und als schlechtes Bubenstück von Leithenmayr hingestellt. Wir haben uns damals dagegen verwahrt und schon immer gesagt, daß wir auf die kommende Sitzung im Gemeinderat warten, wo wir darüber echt und sachbezogen reden können. Ich wünsche Dir als Referent viel Erfolg, daß Du jetzt möglichst billig über Deinen eigenen Schatten springst. Mir gefällt besonders, daß Du als Referent zuerst einen Antrag stellst und als Fraktionsobmann

fast dagegen redest. Das ist eigentlich auch etwas Neues und da ist Steyr schon anders geworden. Wir erteilen unsere Zustimmung dazu.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster ist Kollege Stadtrat Holub zu Wort gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, Herr Stadtrat Eichhübl, nachdem ich schon angesprochen wurde, daß ich auf Linie segle, muß ich dies bei zwei Personen einmal richtig stellen. Zum einen Dir Roman, ich segle nicht auf Eurer Linie und zum anderen meinem Schneider, daß ich doch wieder meine Linie hätte.

Die Sache mit dem Hallenbad und die Linie mitzuvollziehen, die die Freiheitliche Partei vorgegeben hat, ist in der Tat etwas schwierig. Ich möchte aber nur zum letzten Satz beim Antrag noch einmal Stellung nehmen. Nämlich insoferne, als die Zustimmung der ÖVP zu diesem Antrag sicherlich gerade durch den letzten Satz ermöglicht wurde. Wir meinen, daß wir durch diesen Antrag die Voraussetzungen schaffen können - die man vielleicht auch anders hätte finden können, aber man hat sie eben nicht gefunden - daß man mit Bundes- und Landesstellen entscheidend über den Finanzierungsplan verhandeln kann,

wobei der Projektant hier selbst gesagt hat, was wieviel kostet und auf welche Art man das finanzieren könnte - diese Kritik ist zurecht erfolgt. Vorausgesetzt, daß diese Gespräche erfolgreich stattfinden können, daß man dann die Entscheidung grundsätzlich erst fassen kann. Die Ermöglichung dieser Grundsatzgespräche mit den Förderungsstellen, das ist der Sinn dieses Antrages und das ist der Sinn unserer Zustimmung zu diesem Antrag.

Uns ist schon auch klar, daß das städtische Hallenbad in einem denkbar schlechten Zustand ist. Dieser Zustand wurde natürlich in den letzten Jahren durch die sehr großzügige Handhabung mit Instandsetzungsmaßnahmen auch nicht gebessert. Ich weiß schon Bescheid über die Finanznot der städtischen Unternehmungen und über die Sorge davor, daß man verlorene Investitionen in ein Haus gesetzt hätte, von dem man seitens der Geschäftsleitung gehofft hat, daß hier ein grundsätzlicher Neubau stattfindet. Mir selbst fehlt wirklich jedes Verständnis und ich nehme an, daß ich damit hier im Raum nicht alleine bin. Daß dann in zahllosen Amtsberichten Klage geführt wird, daß die Besucher des Bades über Schnittverletzungen an den Füßen zu klagen wissen, weil sie auf dem ausgebrochenen Glasma-saik täglich Verletzungen erfahren, wäre nicht notwendig gewesen. Man hätte nämlich auch mit

einfachsten Mitteln für die Sicherheit der Badebenützer Sorge tragen können. Diesen Hinweis möchte ich noch einmal mitgeben auf den Weg in die Zukunft dieses Antrages, weil wahrscheinlich noch einige Badetage über die Bühne gehen werden, bis grundsätzlich Entscheidungen gefallen sind. Ich lehne es im Namen meiner Partei wirklich ab, für ein weiteres Gefährden der Besucher einen Schutzmantel abzugeben und fordere die Verantwortlichen im Hallenbad auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Sicherheit der Badebenützer - wenn auch mit einfachen Mitteln - gewährleistet ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Dies ist nicht der Fall. Es wird jedoch ein Schlußwort gewünscht. Bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ein paar Sätze darf ich noch anhängen, nachdem es offensichtlich wirklich an der frühen Morgenstunde liegt, daß die gerade Linie der Freiheitlichen nicht anerkannt werden möchte. Herr Kollege Sablik, es ist richtig, daß ich damals gemeint habe, daß die Gefahr besteht, daß dies ein Prestige-Objekt Leithenmayr werden könnte, wenn man die Finanzierungsfrage vorher nicht klärt und in einem Ruck-Zuck-Verfahren bereit ist, über 100 Millionen Schilling auszugeben. Das war der

Hintergrund meiner Aussage damals und ich kann mich nicht erinnern, daß ich von einem Lausbubenstück gesprochen hätte. Aber man kann ja wie gesagt jederzeit die Protokolle heranziehen, um diese Streitfrage zu lösen.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie bitten, die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich werde dies tun. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich freue mich darüber.

Ich bitte um den nächsten Antrag, Herr Kollege.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Mein nächster Antrag, den ich an Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates richte, betrifft die Erdgas- und Trinkwasseraufschließung der Buchnergründe und die Auftragsvergaben. Ich bitte Sie, mir zuzugestehen, daß ich von der Verlesung des gesamten Amtsberichtes Abstand nehmen darf und mich nur mit dem tatsächlichen Antragstext befasse: Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 26. 11. 91 wird im Zusammenhang mit der Erdgas- und Trinkwasseraufschließung der Buchnergründe nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt: Tiefbauleistungen,

Fa. Heno-Bau, S 469.570,-- (excl. USt); Ankauf der Absperrorgane und Armaturen durch die Fa. Kontinentale, Wels, mit der Summe von S 35.000,-- (excl. USt); Rohrtransport, Städt. Wirtschaftshof, S 3.000,-- (excl. USt) und schließlich der Ausbau des rohrtechnischen Teiles der Reduzierstation Seitenstettner Straße, Fa. Integral, S 113.870,-- (excl. USt). Die dafür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen.

5) ÖAG-7456/91

Stadtwerke

Erdgas- und Trinkwasseraufschließung Buchnergründe;

Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 26. November 1991 wird im Zusammenhang mit der Erdgas- und Trinkwasseraufschließung der Buchnergründe nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Tiefbauleistungen, Fa. Heno-Bau GesmbH, Steyr: S 469.570,-- (excl. USt)

2. Ankauf der Absperrorgane und Armaturen für die Trinkwasserversorgung, Fa. Kontinentale, Wels: S 35.000,-- (excl. USt)

3. Rohrtransport, Städt. Wirtschaftshof: S 3.000,-- (excl. USt)

4. Ausbau des rohrtechnischen Teiles der Reduzierstation Seitenstettner Straße, Fa. Integral Montage GesmbH, Wallern: S 113.870,-- (excl. USt)

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich darf fragen, ob das Wort gewünscht wird? Dies ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Mein dritter und letzter Antrag befaßt sich mit der Neufestsetzung des Erdgasabgabepreises für Tarifabnehmer aufgrund einer informellen Preisrunde beim Amt der Oö. Landesregierung. Ich darf nur kurz darauf hinweisen, daß über Anordnung des Amtes der Oö. Landesregierung am 11. 1. dieses Jahres im Landhaus eine informelle Preisrunde stattgefunden hat und aufgrund der gesunkenen Arbeitspreise durch die oö. Ferngas-GesmbH ab 1. 1. 1992 dieser Tarif um 5 Prozent gesenkt wird.

6) ÖAG-6056/87

Stadtwerke

Städt. Gaswerk - Neufestsetzung des Erdgasabgabepreises für Tarifabnehmer aufgrund einer informellen Preisrunde beim Amt der Oö. Landesregierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 25. November 1991 wird mit Wirkung 1. 1. 1992 der Neufestsetzung des Erdgasabgabepreises für Tarifabnehmer, entsprechend der diesem Amtsbericht beigeschlossenen Anlage, zugestimmt.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Zu Wort ist Gemeinderat Spöck gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, erfreulich die 5-Prozent-Senkung des Erdgasabgabepreises. Für mich nicht ganz verständlich ist der Einnahmefall von 3,1 Millionen Schilling im Amtsbericht. Wenn ich ganz kurz den letzten Satz des Amtsberichtes zitieren darf:

"Der durch diese Tarifsenkung bewirkte Einnahmefall wird rd. 3,1 Mill. S (excl. USt) betragen."

Unverständlich in meinen Augen insofern, da es sich um keinen Einnahmefall handelt, sondern es würde sich um eine ungebührliche Mehreinnahme handeln - zum ersten. Zum zweiten verstehe ich auch nicht ganz, wieso die Tarifsenkung nicht rückwirkend weitergegeben worden ist mit November. Insbesondere, wenn ich an die Vergangenheit

denke, wo wiederum der heute stadträtliche Referent, Herr Kollege - damals noch - Gemeinderat Eichhübl, immer für eine rückwirkende Senkung bei ähnlichen Fällen, die wir in der Vergangenheit auch schon gehabt haben, eingetreten ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies ist nicht der Fall. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, ich kann nur das bestätigen, was Herr Kollege Spöck zum Schluß gesagt hat und daß es auch durchaus unsere Linie war, diese eingesparten Beträge rechtzeitig an den Kunden weiterzugeben. Was jedoch die Berichterstattung und den Satz von den 3,1 Millionen Schilling, den Du angesprochen hast, Herr Kollege Spöck, betrifft, geht es um die Verdienstspannenverringering, aber ich glaube, daß es doch notwendig ist, Herr Bürgermeister, daß in diesem Zusammenhang der anwesende verantwortliche Direktor Wein eine Auskunft erteilt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Wenn der Referent dies wünscht, darf ich Herrn Direktor Wein bit-

ten, einige Erläuterungen zur Sache abzugeben.

DIREKTOR TOAR ING. WOLFGANG WEIN:

Die Einnahmenminderung um 3,1 Millionen Schilling ist damit begründet, daß der Jahresumsatz voraussichtlich 62 Millionen betragen wird und 5 Prozent weniger sind 3,1 Millionen. Die zweite Seite, warum am 1. 1. und nicht am 1. 11., hängt mit dem Ablesen zusammen. Wir haben nur eine Jahresablesung. Ein Ablesevorgang erfordert etwa eine Leistung zwischen 180 und 220 Stunden und es würde die Geschichte nur verteuern, wenn das Personal, das zum 1. 11. noch stark im Baueinsatz war, abgezogen werden müßte, um das Ablesen durchzuführen. Dies war der Grund, warum es mit 1. 1. durchgeführt wurde und außerdem war die Tariferhöhung 1. 1. 1991 und nicht 1. 11. 1990.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. War die Erläuterung ausreichend? Keine weitere Wortmeldung? Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag abstimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Berichterstatter Stadtrat Eichhübl, nächster Berichterstatter ist Herr Stadtrat Holub.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
KARLHOLUB:

Aus dem Referat Denkmalpflege habe ich einen Antrag vorzulegen, der die gebündelten Maßnahmen im Jahr 1991 beinhaltet und sowohl die laufenden Aktionen als auch die gemeinsame Aktion mit dem Land und dem Bund beinhaltet. Ich bitte um die Vergünstigung, die einzelnen Positionen und Projekte nicht schildern zu müssen, im Amtsbericht sind sie ohnehin beinhaltet. Die Stadt Steyr, das möchte ich noch anfügen, wendet relativ hohe Mittel auf und wird auch in Zukunft weiterhin hohe Mittel aufwenden, um die wertvolle Gebäudestruktur in unserer alt-ehrwürdigen Stadt zu verbessern bzw. instandzuhalten - nehme ich an. Die Maßnahmen nach der Ortsbildpflege sind zweigeteilt in die allgemeinen Maßnahmen Fassaden- und Dacherneuerung und für die neuen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat erlaube ich mir nur die Anmerkung, daß es hier darum geht, daß man die alte Dachlandschaft der Altstadtkerne instandhält und dabei die Mittel bezuschußt, die die Eindeckung, z. B. mit Eternit billiger wäre, als die Eindeckung mit den nach dem Gesichtspunkt des Denkmalpflegers vorgeschlagenen Dacheindeckungsmitteln, z. B. Biberschwanz-Ziegel. In anderen Gegenden, wo es vorherrscht, könnte es natürlich auch ein entsprechendes Blechdach sein.

Nicht nur die Dachziegel-Aktion, sondern auch die gesamte Dachlandschaft ist damit beinhaltet. Und der zweite große Teil ist die Fassadenrestaurierung, wo man davon ausgehen kann, daß maximal ein Drittel der Gesamtkosten an der Fassade der einzelne Bauwerber bekommt, jedenfalls aber die gesamten Restaurierungskosten, wenn wertvolle Steinbestände oder besondere Fassadenelemente vorhanden sind. Sie sehen aus den Anträgen, welche Mittel hier aufgewendet werden. Weil der Stadtteil Steyrdorf und Wehrgraben ganz besondere Schwerpunkte beinhaltet, haben wir auch vor einigen Jahren wieder mit Erfolg eine Aktion - gemeinsam mit Land und Bund - aushandeln können, wo im Grunde genommen dieselben Richtlinien sind, aber weil die von der öffentlichen Hand aufgewendeten Mittel in einer Drittel-Teilung von Stadt, Land und Bund zur Verfügung gestellt werden, einfach noch mehr gemacht werden kann, als es die Stadt alleine machen könnte. Ich bitte, den Antrag - in der schriftlichen Form vorgelegt - zur Kenntnis zu nehmen und auch die Zustimmung zu geben.

Ich möchte nur die Kreditüberschreitungen, die beantragt werden, erklären:

Zum einen bei der Voranschlagstelle 5/3630/778010.9 ergeben sich die 21.000 Schilling aus der laufenden Abwicklung mit Abrechnungsproblemen, weil es einfach nicht möglich ist, daß man

auf den Groschen genau hinkommt. Die gravierend erscheinende Kreditüberschreitung von 809.500 Schilling bei der Voranschlagsstelle 5/3630/778040.6 bedeutet die Richtigstellung eines budgettechnischen Mangels, weil nämlich die gesamte Aktion mit Bund und Land in einem abgeführt wird, von der Stadt federführend und abrechnungstragend im Budget auf der Einnahmenseite je 400.000 Schilling von Bund und Land vereinnahmt werden, und auf der Ausgabenseite aber nur die 400.000 der Stadt budgetiert waren. Daraus resultiert diese Überschreitung von 809.500 Schilling. Die dritt angeführte bei 5/3630/778030.7 ist wieder eine Abrechnungserfordernis.

- 7) K-26/91
K-3300/89
Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1991. I - Innere Stadt und Ennsdorf; A - Fassaden; B - Dächer; II - Steyrdorf und Wehrgraben, 3. Bauphase; A - Fassaden; B - Dächer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Durchführung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege im Jahr 1991 werden nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA III vom 28. 10. 1991 Subventionsmittel im nachstehenden Ausmaß gewährt.

I. Innere Stadt und Ennsdorf

A Fassaden S 1,021.000.—; B Dächer S 398.000.—

II Steyrdorf und Wehrgraben

A Fassaden S 1,209.500.—, wobei seitens Bund und Land ein Betrag von je S 400.000.— zur Refundierung gelangt. B Dächer S 503.000.—.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1,000.000.—

(einemillion)

bei der VA-Stelle 5/3630/778010.9 sowie

S 398.000.— (dreihundertachtundneunzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/3630/778000.0,

S 400.000.—

(vierhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/3630/778040.6 sowie

S 500.000.—

(fünfhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/3630/778030.7 freigegeben.

Gleichzeitig werden Kreditüberschreitungen im Ausmaß von

S 21.000.—

(einundzwanzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/3630/778010.9, des weiteren in Höhe von

S 809.500.— (achthundertneuntausendfünfhundert)

bei der VA-Stelle 5/3630/778040.6 sowie im Ausmaß von

S 3.000.—

(dreitausend)

bei der VA-Stelle 5/3630/778030.7 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitungen hat durch Darlehensaufnahmen zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, Herr Bürgermeister, die Abstimmung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr für den Vortrag und die Antragstellung. Wer wünscht dazu das Wort? Es wird keine Wortmeldung gewünscht, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke Stadtrat Karl Holub, nächster Berichterstatter ist Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, in meinem Antrag geht es um den Bebauungsplan Nr. 56, betreffend die Stelzhamerstraße. Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 56, Stelzhamerstraße, wird entsprechend den Plänen der staatlich befugten und beeideten Architekten Dipl.-Ing. Helmut Reitter und Dipl.-Ing. Helmut Reitter jun. vom 17. Dezember 1990 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 17. November 1991 gemäß § 19 des Oö. Raumordnungsgesetzes,

LGBI. Nr. 18/1972 idgF., beschlossen.

8) Bau2-2227/91

Bebauungsplan Nr. 56 - Stelzhamerstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 56 - Stelzhamerstraße - wird entsprechend den Plänen der staat. befugten und beeideten Architekten Dipl.-Ing. Helmut Reitter und Dipl.-Ing. Helmut Reitter jun. vom 17. Dezember 1990 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 17. November 1991 gemäß § 19 des Oö. Raumordnungsgesetzes, LGBI. Nr. 18/1972 idgF., beschlossen.

Ich bitte, darüber befinden zu lassen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Schwager. Ich darf es ihm erteilen.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren, wir wissen, daß dieses von Herrn Stadtrat Schloßgangl jetzt vorgetragene Thema in der betroffenen Gegend etwas heiß behandelt wurde. Ich möchte gleich vorwegnehmen, daß wir - ich spreche für meine Fraktion - für diesen Antrag sind. Es muß nämlich hervorgehoben werden, - und das steht sehr

richtig zusammenfassend im Amtsbericht - daß dieser hier vorliegende Bebauungsplan im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung zu erstellen ist. Bisher war es dort ja nicht so, daß es eindeutig nur Wohngebiet war, sondern es war gemischt genutzt. Es war mitten in einem Siedlungsgebiet eine etwas veraltete, teilweise sogar ruinöse Industrieanlage. Der neue Bebauungsplan sieht hier eine Bereinigung vor. Es ist uns zwar klar, daß in dem vorangegangenen Verfahren nach dem Oö. Raumordnungsgesetz die begleitenden Maßnahmen, auf die aber hinzuweisen sein wird und die insbesondere im Bauausschuß bzw. im Verkehrsausschuß zu prüfen sein werden, nicht bedacht genommen werden konnte. Ich komme natürlich hier - auch in der gebotenen Kürze - zu unserem ceterum censeo, nämlich dem Ruf nach einem Stadtentwicklungskonzept. Es wird nicht anders gehen, als daß man hier flankierende Maßnahmen, insbesondere verkehrstechnischer Art, findet und ergreift, wobei ich darauf hinweisen darf, daß diese Allee keine mehr ist, sie heißt jetzt Stelzhamerstraße und ist eine sehr breit ausgebaute Straße, die aber dennoch - dank dem Umstand, daß keinerlei Halteverbote, wenigstens auf einer Seite angebracht sind - einen Verkehrsfluß kaum ermöglicht. Ein Rückbau in der äußeren Stelzhamerstraße, wie er hier vorge-

sehen ist, ist sicherlich zur Verkehrsberuhigung geeignet. Zusammenfassend möchte ich sagen, daß wir diesem uns sinnvoll erscheinenden Antrag zustimmen werden. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Dies ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung und ich darf jene Mitglieder des Gemeinderates, die für diesen Antrag sind um ein Zeichen der Zustimmung bitten. Danke. Ist jemand dagegen? Enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Berichterstatter Stadtrat Schloßgangl, nächster ist Stadtrat Leopold Tatzreiter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, in meinem einzigen Antrag geht es um die leidige Situation der Wehrgrabengasse 1 - 3, der ehemaligen Hack-Werke. Durch den Austritt von Mineralölen während der Hochwasserkatastrophe ist ja schon einmal eine Misere aufgetreten, die uns fast 7,5 Millionen Schilling gekostet hat und es war leider noch einmal notwendig, einen Befund zu erstellen, der Situation dieses Erdreiches entsprechend. Es wurde ein zusätzlicher Auftrag not-

wendig mit einem Mehraufwand von 831.989,75 Schilling. Es war deswegen notwendig, weil der Befund der Umwelttechnik des Dr. Erich Ernst Pöckl aus Wiener Neudorf festgestellt hat, daß noch eine wesentliche Verschmutzung in diesem Erdreich vorliegt und daher noch einmal abgehoben werden mußte.

Beauftragt wurde die Firma Mayr-Bau und in diesem Zusammenhang geht es hier um eine Auftragserweiterung. Ich bitte, dem Antrag entsprechend, diesen Beschluß zu fassen, der lautet:

9) Wa-5040/91

Wehrgrabengasse 1 - 3 - ehemalige Hack-Werke; Austritt von Mineralölen während der Hochwasserkatastrophe vom 1. bis 4. 8. 1991; zusätzliche Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Stadtsenates vom 5. 9. 1991 wurde im Zusammenhang mit dem Austritt von Mineralölen in den ehemaligen Hack-Werken der Auftrag zur Durchführung der Entsorgungsmaßnahmen an die Fa. Mayr-Bau, Steyr, zu Gesamtkosten von S 7.477.300,-- vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 3. Dezember 1991 wird nunmehr einer Auftragserweiterung an die Fa. Mayr-Bau, Steyr, in Höhe von S 806.929,75 o. M. zugestimmt. Gleichzeitig wird für die Erstellung eines Untersuchungsbefundes durch Dr.

Erich Ernst Pöckl, Wiener Neudorf, einer Mittelfreigabe in Höhe von S 25.060,-- o. M. zugestimmt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 832.000,-- (achthundert-zweiunddreißigtausend) bei der VA-Stelle 1/8460/614000.4 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Kollege Vizebürgermeister Sablik ist zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, als Umweltreferent drängt sich mir natürlich die Frage auf, wie wir uns bei zukünftigen Grundankäufen als Stadt verhalten. Wenn wir hier hören, daß wir viele Millionen für das Wegkarren von ölverseuchten Erdreichen zahlen, dann wissen wir, daß in Steyr an Industriestandorten oder an Standorten, wo früher eben mit Giften gearbeitet worden ist, ebenfalls unter Umständen im Boden noch so verschiedene "Zeitbomben" schlummern, die uns viel Geld kosten können. Ganz abgesehen davon, daß es auch zu einer

Gefährdung für die Bevölkerung kommen kann.

Ich habe heute in der Zeitung gelesen, daß in Linz schon wieder ein Spielplatz gesperrt worden ist, wo im Jahre 1918 imprägnierte, kaiserliche Armee-Baracken verbrannt worden sind und heute noch die giftige Asche aus dieser Zeit das weitere Bespielen dieses Platzes verhindert. Ich möchte das auf Steyr projizieren. Wir haben die Böden unserer Spielplätze untersuchen lassen und es handelt sich durchwegs um ehemalige Garten- oder landwirtschaftliche Gründe. Hier können die Eltern also beruhigt sein. In Zukunft möchte ich aber schon, wenn Gründe angekauft werden, wo ehemals Deponien waren oder Industrien, die mit giftigen Stoffen hantierten, wie z. B. die Reithoffer-Gründe, daß der Verkäufer durch Gutachten beweisen muß, daß die angebotenen Grundstücke auch giftfrei und emissionsfrei sind. Ansonsten ist uns der bestgelegene Platz und der billigste Grund zu teuer.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor und es wird auch kein Schlußwort gewünscht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt, der Antrag ist daher einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Stadtrat Tatzreiter. Der nächste Berichterstatter ist Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag geht es um die Neubestellung des Sicherheitsausschusses nach dem Oö. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz. Der Amtsvorschlag liegt Ihnen allen vor und ich würde Sie bitten, mir zu ersparen, alle Namen vorlesen zu müssen und so diesem Antrag in der vorgelegten Fassung die Zustimmung zu erteilen.

10) Pers-434/85

Pers-1025/85

Pers-1453/91

Oö. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz; Neubestellung eines Sicherheitsausschusses.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Personalreferates werden im Sinne des Oö. Gemeindebediensteten-Schutzgesetzes folgende Bedienstete, auf die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates, als Sicherheitsvertrauenspersonen bestellt:

Vorsitzender: SR Dr. Viol Kurt Paul; Stellvertreter: Mag. Golda Helmut; techn. Beisitzer: Ing. Ritt Johann; Ersatz: Ing. Burgholzer Erwin.

Beisitzer:

Stadtwerke: Neubauer Heinz; Ersatz: Überlackner Josef. - Wi-Hof: Rohrleitner Engelbert; Ersatz: Schmidinger Gerhard. - ZAH: Chaluppek Hildegard; Ersatz: Schodermayr Brigitte. - Rathaus: Eder Helga; Ersatz: Kaltenbrunner Reinhard; SR Dr. Nones Reinhard (Amtsarzt).

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ein jährlich zumindest einmal wiederkehrender Antrag behandelt die Bezugsregulierungen mit Jahresbeginn 1. 1. 1992. Aufgrund der Abschlüsse der Beamtenehaltungs- und Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und dem Dienstgeberbund wurde ja wie allseits bekannt eine Bezugserhöhung um 4,3 Prozent mit einem Mindestsockelbetrag von 630,- Schilling beschlossen. Damit hier mit Jahresbeginn keine Verzögerung in der Auszahlung an die Ge-

meindebediensteten erfolgt, ist dieser Beschluß vom Gemeinderat zu fassen, für den ich ebenso um die Zustimmung ersuche.

11) Präs-1491/91

Bezugsregulierung ab
1. 1. 1992.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Abschnitt I

a) Den Beamten der Stadt Steyr werden bis zum Inkrafttreten der entsprechenden landesgesetzlichen Vorschriften vorgriffsweise monatliche Ergänzungszahlungen in Höhe der Differenz zwischen den am 1. 12. 1991 geltenden Bezugsansätzen und den in den Anlagen angegebenen Bezugsansätzen gewährt. Die Ergänzungszahlungen unterliegen der Pensionsbeitrags- und Krankenfürsorgebeitragspflicht, sowie der Pensionsautomatik.

b) Auf die Vertragsbediensteten finden die Bestimmungen der lit. a) sinngemäß Anwendung, wobei diese Bezüge nach den Bestimmungen des § 10 der für die Vertragsbediensteten der Stadt Steyr seit 1. 1. 1991 in Kraft stehenden Vertragsbedienstetenordnung (VBO) festgesetzt werden. Die genauen Entlohnungsansätze sind aus den Gehaltstabellen in der Anlage ersichtlich.

Abschnitt II

Die Pflegedienstzulage und die Pflegedienst-Chargenzulage werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1991 bzw. zum 1. 1. 1992 ge-

nerell neu festgesetzte und noch nicht valorisierte Zulagen, um 4,3 v. H. erhöht.

Abschnitt III

Die Nebengebühren werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1991 bzw. die zum 1. 1. 1992 generell neu festgesetzten und noch nicht valorisierten Nebengebühren um 4,3 v. H. (= Valorisierungsfaktor des Gehaltes v. V/2) erhöht.

Abschnitt IV

Die Bestimmungen der Abschnitte I, II und III treten ab 1. 1. 1992 in Kraft. Wegen der Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem., § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Auch hier keine Wortmeldung, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Akt behandelt die Regulierung der Höchstbeitragsgrundlage der Krankenfürsorge, die hier im Haus eingerichtet ist. Wobei Regulierung hier bedeutet, daß eine Anhebung des Höchstbei-

tragsgrundlagensatzes an die ASVG-Richtsätze vorgenommen werden soll, um weiterhin der KFA ein ausgeglichenes Bilanzieren zu ermöglichen. Das ist also ein Schritt in die Harmonisierung der Sozialversicherung. Ich bitte hier um Diskussion bzw. um Zustimmung.

12) SV-7400/82
SV-7527/91

Regulierung der Höchstbeitragsgrundlage der KFA.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt der Beamten der Stadt Steyr (KFA), GR-Beschluß vom 30. 11. 1972, SV 1879/72, i. d. d. g. F., werden wie folgt geändert:

Der § 26, Absatz 1, hat zu lauten: "Zur Deckung des Aufwandes (einschließlich der Aufwandsentschädigung gemäß § 10 lit. e) leisten alle Mitglieder und die Stadt Steyr Beiträge in Höhe von je 4 % der Monatsbezüge bzw. der Funktionsbezüge oder der außerordentl. Ruhegüsse der Mitglieder einschl. der Sonderzahlungen. Die monatliche Höchstbeitragsgrundlage für den Beitrag wird mit Wirkung vom 1. 1. 1992 mit S 31.800.-- festgelegt. Diese Höchstbeitragsgrundlage erhöht sich jeweils um jenen Betrag, um den nach dem 1. 1. 1992 die Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem B-KUVG steigt. Unter Monatsbezügen sind die Bezüge im Sinne des § 3 (2) des Landesbeamtengesetzes,

LGBl. Nr. 27/54, i. d. g. F., sowie die Ruhe- und Versorgungsbezüge, der Übergangsbeitrag und der Unterhaltsbezug, ausgenommen die Hilflosenzulage, zu verstehen."

Die Kundmachung dieser Verordnung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44, Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Gibt es eine Wortmeldung? Dies ist nicht der Fall und wir kommen daher auch bei diesem Antrag zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Antrag behandelt die Entlohnung des Pflegepersonals im Altersheim. Es ist hier im Amtsbericht eine Gegenüberstellung des bisherigen Zustandes mit dem künftigen Zustand ausführlich beschrieben. Vor allem bei den Nachtdienst-Zulagen und Sonn- und Feiertagszulagen treten entsprechend deutliche Erhöhungen hier für die Fachkräfte im Krankenhaus ein. Diese Maßnahme, die durch Landesgesetz und durch Maßnahme bei den anderen

Pflegeheimen bzw. bei anderem Pflegepersonal einsetzen, bereits so gemacht wurde, bringt uns das eine Erhöhung der Personalkosten in diesem Bereich im kommenden Jahr um rund 265.000 Schilling. Ich ersuche aber trotzdem, um eine Gleichstellung mit den Bediensteten in Landeskrankenhäusern etc. zu ermöglichen, hier um Ihre Zustimmung.

13) Präs-1486/91

Entlohnung des Pflegepersonals im Altersheim.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Personalreferates werden die Bestimmungen des sinngemäß anzuwendenden Landesbeamtengesetzes betreffend die Pflegedienstzulage (§ 30 b) und die Pflegedienst-Chargenzulage (§ 30 c) mit 1. 1. 1992 beim Magistrat der Stadt Steyr in Kraft gesetzt. Die bisher bezahlte Pflegedienst-Chargenzulage bei der Oberschwester (VB Ruml) des Zentralaltersheimes wird durch künftige Bezugsregulierungen auf die gesetzl. Höhe aufgerechnet. Die gleiche Maßnahme wird bei der med.-techn. Fachkraft der Mag. Abt. X (VB Dostal) in gleicher Form durchgeführt. Stellvertreterinnen von Stationsschwestern erhalten für die tageweise Vertretung den 30. Teil der vorgesehenen Pflegedienst-Chargenzulage. Die derzeitige Vertreterin in der Heimabteilung behält übergangsweise bis zu einem künft-

tigen Ausscheiden die bisherige halbe Pflegedienst-Chargenzulage, die lediglich valorisiert durch Bezugsregulierungen, jedoch nicht auf die mit 1. 1. 1992 aufgrund dieses Beschlusses neu festgelegten Pflegedienst-Chargenzulagen festgelegt wird.

Die Nachtdienstzulage für das Pflegepersonal des Zentralaltersheimes wird wie folgt festgelegt:
1. Diplom-Krankenschwester S 378,--, d. s. 1,852 v. H. v. V/2. -
2. Sanitätshilfsdienst S 294,--, d. s. 1,44 v. H. v. V/2.

Die Sonn- und Feiertagszulage wird ebenfalls für das Pflegepersonal des Zentralaltersheimes wie folgt neu festgelegt:

1. Sanitätshilfsdienst S 45,91, d. s. 2,25 v. T. v. V/2. - 2. Krankenpflegefachdienst S 61,22, d. s. 3 v. T. v. V/2.

Die bisher bezogenen Nebengebühren (Erschwerniszulagen und Ges. Gef. Zulagen) bleiben in unveränderter Höhe gewahrt. Die Regelungen betreffen die Nachtdienstzulage, die Sonn- und Feiertagszulage und die alten Regelungen betreffend die Pflegedienst- und Pflegedienst-Chargenzulagen treten mit gleicher Wirksamkeit außer Kraft. Festgelegt wird, daß die Rundung der Nachtdienstzulage auf volle Schillingbeträge zu erfolgen hat, wobei Beträge unter 50 Groschen abgerundet werden und 50 Groschen und mehr eine Aufrundung bewirken. Bei der Sonn- und Feiertagsdienstzulage wird auf Groschenbeträge gerechnet, wo-

bei auch diese Groschenbeträge sinngemäß im vorstehenden Sinne zu runden sind.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall, wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Antrag, der vorletzte des heutigen Tages, behandelt die Überstellungsmöglichkeit von Beamten und von Vertragsbediensteten aus den Staffeln P 3 (p 3) nach P 2 (p 2) mit einer Voraussetzung, daß eine mindestens 10jährige Verwendung im erlernten Lehrberuf in einem zusammenhängenden Dienstverhältnis - einschließlich der Kollektivvertragsarbeiterzeit - zur Stadt Steyr bestehen muß, wenn der Lehrberuf nach den Bestimmungen oder den Übergangsbestimmungen des Berufsausbildungsgesetzes oder in der Land- und Forstwirtschaft oder, wenn in dem betreffenden Zweig der Landwirtschaft eine solche Berufsbe-

zeichnung nicht erworben werden kann, durch die Erwerbung der Berufsbezeichnung eines Gehilfen oder das Erfordernis der Erlernung eines einschlägigen Lehrberufes durch die erfolgreiche Ablegung der Facharbeiteraufstiegsprüfung entsprechend erlernt bzw. nachgewiesen wurde. Eine Sache, die mit den entsprechenden Bestimmungen der Handwerkerdienstzweige-Verordnung im Einvernehmen steht - ich bitte dies zu berücksichtigen. Nicht berücksichtigt in diesem Antrag wurde der Wunsch der Gewerkschaft, hier auch Überstellungsmöglichkeiten in den Staffeln P 1 vorzusehen. Ich bitte um Abführung der Diskussion bzw. um Abstimmung.

14) Präs-1484/91

Überstellungsmöglichkeit
von P 3 (p 3) nach P 2 (p 2).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Personalreferates wird für die Bediensteten in handwerklicher Verwendung eine zusätzliche Anstellungsmöglichkeit in die Verwendungs- bzw. Entlohnungsgruppe P 2 (p 2) geschaffen. Als Voraussetzung der Überstellung nach P 2 (p 2) ist eine 10jährige Verwendung im erlernten Lehrberuf in einem zusammenhängenden Dienstverhältnis (einschl. der Kollektivvertragsarbeiterzeit) zur Stadt Steyr, wenn der Lehrberuf nach den Bestimmungen oder den Über-

gangsbestimmungen des Berufsausbildungsgesetzes oder in der Land- und Forstwirtschaft oder, wenn in dem betreffenden Zweig der Landwirtschaft eine solche Berufsbezeichnung nicht erworben werden kann, durch die Erwerbung der Berufsbezeichnung eines Gehilfen oder das Erfordernis der Erlernung eines einschlägigen Lehrberufes durch die erfolgreiche Ablegung der Facharbeiteraufstiegsprüfung entsprechend erlernt wurde, sowie weiterhin die Verwendung im erlernten Lehrberuf erfolgt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wer wünscht dazu das Wort? Ich sehe, daß keine Wortmeldung gewünscht ist und wir kommen auch in diesem Fall zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, bitten wir, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Am schönsten wäre es natürlich jetzt für mich, wenn ich so wie bei den vierzehn bisherigen Anträgen auch nur eine kurze Verlesung des Titels zu machen hätte, dann eine einstimmige Abstimmung durchzubringen und

dann die Ärmel aufzukrempeln, um dieses Werk zu vollziehen. Aber ich höre gerade und nehme auch an, daß dies so nicht gespielt wird. Daher bitte ich nun zum Voranschlag 1992, die Diskussion mit meinem Beitrag beginnen zu dürfen.

So wie es üblich ist, soll man sich ja die Szenarien vorstellen, unter denen ein Budgetvoranschlag erstellt wird. Und zwar einerseits von der Weltwirtschaft kommend, die uns ja alles andere zeigt, als große Prosperität. Große Rezession in den USA - für 1991 wird ein Minuswachstum, vulgo eine Schrumpfung, erwartet. Die volkswirtschaftlichen Eingriffe durch Zinsmarktpolitik in den USA, durch Versuche, die dramatisch gestiegenen Arbeitslosenziffern zu verhindern, durch Versuche, die Verschuldung im Ausland zu verhindern, sind Zeichen dafür, daß es von dort - als ehemalige Konjunktur-Lokomotive, nichts zu erwarten gibt. Es gibt schier unlösbare Probleme in der dritten und vierten Welt. Auch dort sind die Auslands- und Außenverschuldungen dramatisch groß geworden, das sich vor allem wieder auf die heimischen Volkswirtschaften auswirkt, wenn hier mit diesen Dritte- und Vierte-Welt-Ländern Geschäfte auf Kreditbasis abgewickelt werden.

Es ist schließlich in Europa ein Umbruch im Gange, der auch an uns nicht spurlos vorüber geht. Die Grenzöffnungen im Osten, der

vermehrte Zustrom von Auswanderern, von Wirtschaftsflüchtlingen, die wünschenswerten Demokratisierungsbestrebungen, die aber meistens einen Zerfall größerer Wirtschaftsblöcke mit sich bringen - um die UdSSR oder den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe im Osten Europas zu erwähnen, die in Handelsbeziehungen mit Österreich bisher eine große Rolle spielten. Die Nationalitätenkonflikte in Südost-Europa, nicht nur Jugoslawien, auch wenn man an Albanien, Bulgarien und andere Länder am Balkan denkt, wo die Probleme fast unlösbar erscheinen.

Und letztlich in die andere Himmelsrichtung, zur Europäischen Gemeinschaft, der immer mehr Menschen in Österreich mit besonders kritischen Augen entgegen treten. Uns allen ist klar, daß die EG für ein reiches Land, das Österreich nach wie vor ist, nicht so ist, daß wir von der EG mit allen möglichen Vorzügen überhäuft und beschenkt werden, sondern daß wir als Nettozahler eintreten werden. Wie weit wir uns von einer europäischen Bewegung heraushalten und abkoppeln können, ist eine andere Frage, die wir hier im Gemeinderat auch nicht zu entscheiden haben. Aber es ist so in kurzen Worten ein kleiner Abriß der augenblicklichen Weltwirtschaft und damit auch der Weltpolitik.

Auf Österreich übertragen - ich habe schon gesagt die internationale Abhängigkeit, die Ver-

flechtung, die Vernetzung in der Wirtschaft, vor allem unsere weit über 40 Prozent gehende Export- und Importwirtschaft mit der nunmehr vereinigten Bundesrepublik Deutschland; mit ihren bekannten Problemen der Aufnahme der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik, die uns auch hier Probleme weitergeben kann. Und so kommt es auch, daß fast wöchentlich - wer die Medien verfolgt - die Wirtschaftsinstitute ihre Prognosen verändern. Leider - für uns Budgetgestalter - nicht in die Richtung einer neuen Konjunkturerholung, einer Super-Konjunktur in der Erhöhung der Wachstumsraten der Nationalprodukte, sondern immer wieder in die eines weiteren Zurücknehmens. Darum muß die Prognose, die eigentlich im Sommer gemacht wurde und die unserem Budget zugrunde liegt, etwas relativiert werden. Ein kleiner Vergleich dazu: In Österreich war die Wirtschaftswachstumsrate im Jahr 1990 noch 4,6 Prozent; für das Jahr 1991 rechnet man mit 4 Prozent. Vor etwa zwei oder drei Wochen rechnete man für 1992 noch mit 2,8 Prozent, aber inzwischen gibt es hier schon eine Revision auf 2,5 bzw. 2,3 Prozent und Pessimisten sogar darunter. Der Arbeitsmarkt, der klarerweise für uns auch signifikante Bedeutung hat, ist nach wie vor gekennzeichnet, daß es immer mehr Personen in Beschäftigung gibt, aber gleichzeitig auch immer mehr Arbeitslose

vorhanden sind. Der Arbeitsmarkt ist aber auch deswegen sehr wichtig für uns, weil durch viele sogenannte Billigarbeitskräfte bei uns, auch wenn die Beschäftigtenzahl steigt, auf der Seite der Lohnsummensteuer nicht genügend überbleiben könnte.

Steyr ist Gott sei Dank - und das auch durch eine doch vorausschauende Politik hier im Hause - was die Förderungen von großen Industrieunternehmungen anbelangt, von den Konjunkturerbrüchen, die Österreich und Oberösterreich im speziellen heimgesucht haben - wie KTM, wie die Reduktion bei AMAG - bislang noch fast verschont geblieben. Ich sage bewußt fast verschont, weil auch hier in unserem großen ehemaligen Steyr-Werk Teilbetriebe kurz vor der Schließung stehen.

Schließlich noch ein Wort zu dem weiteren volkswirtschaftlichen Eckdatum, zur Inflationsentwicklung. Hier haben die Prognostiker bzw. jene, die das inzwischen schon ausgerechnet haben, seit dem Jahr 1990 eine gleiche Inflationsrate von 3,3 Prozent geschätzt, wobei aber auch hier wieder eine Revision für das kommende Jahr leider in die falsche Richtung hinaufgeht. Vielleicht aber nicht einmal in die falsche Richtung, wenn ich an die Finanzierung unserer Defizite denke, weil das ja damit billiger werden könnte. Es geht jedenfalls in eine Erhöhungsrichtung, durch

die Steuerpakete, die die Regierung in den letzten Wochen schnüren mußte. Auch hier werden wir wahrscheinlich mit den prognostizierten 3,3 Prozent nicht über die Runde kommen.

Schließlich noch das kommunalpolitische Szenario. Auch hier gilt das Gesagte, daß die Vernetzung der Wirtschaft gerade auch Steyr spürt. Der Zusammenbruch der Ostmärkte, wo sich die GFM in den letzten Jahren einen besonderen Exportmarkt aufgebaut hat, aber auch andere Industrieunternehmen in Steyr sind davon betroffen. Aber durch die strategisch richtigen und wichtigen Entscheidungen der vergangenen Jahre hat die manchmal stark kritisierte Förderpolitik Richtung BMW, Richtung Steyr-Daimler-Puch, Richtung SNF und von anderen Betrieben ihre Bestätigung bekommen, sodaß wir davon ausgehen können, daß uns diese Rezession nicht so hart trifft, wie andere Regionen und wir mit dem vorgelegten Voranschlag - obwohl er auch schon einige Wochen und Monate so vor uns liegt - doch das Auslangen finden werden können. Diese Einschätzung ist im Voranschlag so niedergehalten, daß er gegenüber dem Jahr 1991 um etwa 4 Prozent eine Erhöhung erfährt. Ich möchte jetzt noch etwas machen - lieber Roman, nicht als Oberlehrer und nicht als Belehrung, sondern wirklich nur als Aufklärung. Nachdem sehr viele neue, junge Gemeinderätin-

nen und Gemeinderäte im Saal sind, möchte ich die Entstehung, die Werdung dieses Budgetvoranschlages ein bißchen skizzieren.

Bereits im Juni haben die Fachabteilungen über die Abteilungsvorstände ihre Budgetvorschläge für 1992 eingereicht. Eine sogenannte Beamtenrunde, bei der der Magistratsdirektor mit dem Rechnungsdirektor und mit diesen Abteilungsleitern beisammen sitzt. Das ist sozusagen die erste Durchforstung, alles wird sozusagen mit einem "grobe Rechen" einmal überarbeitet und es wird versucht, alle jene Dinge aus dem Vorschlag hinauszubringen, die nach Beamtenmeinung keine Priorität genießen. Man versucht auch, dort wo vielleicht zu hoch gestellte Erwartungen und Wünsche an das Budget sind, eine erste Bremse einzulegen. Die nächste Runde, eine Politikerrunde zur vorläufigen Abgrenzung, wurde bisher mit den zuständigen Stadträten gemacht. Hier hatte also auch der politische Funktionär noch einmal die Möglichkeit, die Prioritätenliste ins richtige Lot zu bringen. Schließlich wurden die Gemeinderatsfraktionen aufgefordert und haben auch - nicht alle sofort, manche erst nach mehrmaligem Drängen - ihre Wunschvorstellungen an die anderen Referate herangetragen. Das war wie alle Jahre ein eher klägliches Paket an Forderungen, die vorgelegt worden sind. Auch früher war das so und auch früher

hat man versucht, den Großteil der realisierbaren Wünsche und Forderungen der anderen Fraktionen einzubauen, womit in früheren Zeiten auch erreicht wurde, daß diese Budgets fast einstimmig und etliche Male sogar überhaupt einstimmig beschlossen wurden.

Für dieses Budget, bei dem die ursprüngliche Gemeinderatskonstellation klarerweise nicht berücksichtigt werden konnte, weil ja zwischen der Erstellung und der Beschlußfassung die Gemeinderatswahl war, bedeutete das, daß die Verhandlungen noch in einer viel tieferen Form nötig waren, um hier ein Budget zustande zu bringen, von dem ich - und die Signale sprechen dafür - hoffen kann, daß es auch eine tragbare Gemeinderatsmehrheit finden wird. In diesem Zusammenhang ergeht mein herzlichster Dank klarerweise an die Beamten im Haus, die damit beschäftigt waren - an der Spitze Herr Dr. Schmidl. Ich bitte ihn aber, diese Danksagung auch in der Abteilung weiterzureichen, denn es ist nicht immer nur der Chef, der allein die Arbeit hat, sondern es sind auch die Vielen, die darunter liegen und dabei beteiligt sind. Ich möchte aber auch meinem Vorgänger als Finanzreferent, Herrn Bürgermeister Leithenmayr, dafür danken, denn er hat ja fast bis Anfang November, bis zur Konstituierung des Stadtsenates die Agenden getragen und daher auch diese von mir geschilderte

Vorgangsweise in vielen Fällen selbst durchgeführt. Das ist bisher noch nicht dagewesen, aber ich muß es machen. Nämlich der Dank an meine Schüler, an die Eltern und an meine Lehrer. Die Politiker sind ja oft in der Kritik, ohnehin nichts zu arbeiten und nichts zu leisten, aber dafür noch viel Geld zu kassieren. Für mich war es nur möglich, weil meine Mannschaft an der Schule so hinter mir gestanden ist, und sehr viele Stunden und Tage der Abwesenheit für mich ertragen hat, daß ich hier als Finanzreferent stehen kann, Ihnen jetzt diese Arbeit vorlegen kann und zum "Eingemachten", zum Zahlenwerk weiterleiten kann. Es ist nicht selbstverständlich und ich hoffe - das Fernsehen ist ja Gott sei Dank nicht mehr hier und es ist nichts auf "Eingang" geschaltet - ich hoffe nicht, daß mein Dienstgeber davon allzu viel Wind bekommt, sonst wird er mir einmal die Gretchenfrage stellen müssen: "Lieber Freund, was willst Du überhaupt, willst Du Schuldirektor sein, oder willst Du Zeremonienmeister oder Zaubermeister im Gemeinderat sein?" Jetzt zum Voranschlag 1992, zum Zahlenwerk. Ein Zahlenwerk, das - ich lese das aus der Zeitung und im Rundfunk habe ich es heute früh auch schon gehört - fast eine Milliarde Schilling schwer ist. Ich behaupte, daß unser Zahlenwerk, über das wir heute reden, 1,56 Milliarden Schilling schwer ist und möchte das auch

kurz in den größten Posten darbieten.

Der ordentliche Haushalt, 816 Millionen, so wie er aufgrund der Verhandlungen aussehen wird. Es stimmt nicht ganz mit Ihrer Tischvorlage überein, es sind hier einige kleine Millionen Differenz. Der außerordentliche Haushalt mit 178 Millionen - ich darf mir die Hunderttausender und alles, was dahinter kommt hier ersparen. Der Haushalt der Stadtwerke mit rund 145 Millionen Schilling, der Haushalt des Reinhaltungsverbandes mit rund 43 Millionen Schilling, der Haushalt der GWG mit rund 215 Millionen Schilling und der Sparkassenfonds oder die Gelder aus dem Sparkassenfonds bzw. die Sparkassenrücklage mit rund 165 Millionen Schilling. Das zusammen ergibt etwa 1,56 Milliarden Schilling, über die wir heute hier reden und entscheiden werden müssen.

Von diesem o. Haushalt, dem ich mich zunächst zuwenden möchte, entfällt der Hauptanteil ausgabenseitig auf die Personalkosten. 350 Mill. S incl. der Pensionisten, incl. der Mandatare, incl. der Bediensteten der GWG, incl. der Bediensteten des RHV. Dies ist für manchen Statistiker auch wieder ein verlockendes Rechenbeispiel, wenn wir dann über die Prozentsätze diskutieren oder sogar streiten werden, wieviel oder wie wenig nun das Personal ausmacht. Denn gerade die beiden letztgenannten Bereiche RHV und

GWG stehen faktisch durch die Bruttoveranlagung sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite zu Buche. In der prozentuellen Rechnung ist aber das Ergebnis im Hinblick auf zu hohe Verwaltungskosten eher verzerrt. Beim Personal habe ich auch eine kurze Durchschlags- oder Durchschnittsrechnung angestellt. Die 881,5 Dienstposten, die im Soll-Stand des Dienstpostenplanes für das Jahr 1992 drinnen sind, werden - wenn man das ausdividiert - ein Jahres-Brutto incl. unserer Dienstgeberabgaben von 340.000 Schilling ausmachen. Bei den Pensionisten sind das 390.000 Schilling, das ist nicht verwunderlich, denn in Pension geht man normalerweise am Ende der Laufbahn und hat dort bekanntlich höhere Bezüge, als am Anfang der Laufbahn. Ich habe auch die Mandatare ausdividiert, die 36 aktiven Gemeinderatsmandatare - und ich komme hier auf einen Durchschnitt von 260.000 Schilling - nur zur Gegenüberstellung.

Die nächsten Posten in diesem o. Haushalt auf der Ausgabenseite sind der Sachaufwand in Höhe von rund 237 Mill.; Investitionen, die im o. Haushalt vorgenommen werden oder über den o. Haushalt finanziert werden 122 Mill.; Beiträge, beispielsweise eben die Landesumlage und andere 140 Mill.; schließlich Tilgungen 35 Mill.; Rücklagendotierung 17 Mill. und Subventionen an diverseste Einrichtungen von insgesamt 85

Mill. Schilling ergeben diesen Voranschlag. Und jetzt habe ich natürlich einen fürchterlichen Fehler begangen, denn ich habe gesagt, daß ich vom o. H. spreche, aber es waren auch die Zahlen des ao. H. dabei und das ergibt also 986 Mill. S rund gerechnet. Die Abrundungsdifferenzen haben sich ergeben, weil ich eben auf Millionen kalkuliert habe. Wer dies noch im Detail nachschauen oder nachlesen möchte, findet im Budget auf Seite 308 den sogenannten Haushaltsquerschnitt, aus dem diese Zahlen sehr leicht in der Summe überblickbar sind. Hier auch einnahmenseitig, das heißt sowohl ordentlicher als auch außerordentlicher Haushalt zusammengenommen, bedeutet das, daß wir Steueranteile und eigene Steuern mit 555 Mill. kalkuliert haben, daß wir Leistungseinnahmen, sprich Gebühren und Tarife, mit 151 Mill. ansetzten, daß wir Transferzahlungen von Bund und Land - von Bedarfszuweisungen über andere Förderungsmittel - in Höhe von 54 Mill. zu erhalten hoffen, daß wir durch Verkäufe 7 Mill. zu bekommen glauben, daß wir aus den Rücklagen 100 Mill. S entnehmen wollen und daß wir Darlehensaufnahmen bzw. aus Darlehensrückflüssen rund 79 Mill. verwenden müssen und schließlich sonstige Einnahmen noch einen Betrag von rund 42 Mill. aufweisen müssen. Zusammengerechnet komme ich somit wieder auf etwa 988 Mill. S der

beiden Haushalte. Wie gesagt, auf der genannten Seite 308 wäre das im Detail und auch langsam nachzulesen, wen es interessiert. Nach diesem Überblick über die gesamten Ausgaben und Einnahmen möchte ich mich den Unterabschnitten des ordentlichen Haushaltes zuwenden. Ich möchte mich dabei auf die Dinge beschränken, die besonders markante Abweichungen zu Vorjahren aufweisen bzw. bei denen ich glaube, daß man die hier berechneten oder kalkulierten Defizite einer kritischen Betrachtung unterziehen soll oder sich vielleicht auf die Schulter klopfen soll, daß wir diese Defizite auf uns nehmen, um diese Leistungen der Bevölkerung gegenüber auch zu erbringen. Ich werde aber das nicht machen, was ich aus meiner nunmehr 13jährigen Erfahrung im Gemeinderat ohnehin von den anderen Fraktionen zu hören erwarte. Ich werde mich also nicht mit dem Amtsblatt beschäftigen, ich werde mich nicht mit den Stadtsenatspensionen beschäftigen und ähnlichen Dingen, sondern mich auf diese von mir angeführten, aus meiner Sicht auch für die Verkürzung der Debatte nötigen Dinge, beschränken.

Dazu habe ich das Budget auf Seite 7 aufgeschlagen; vielleicht wünschen Sie auch hier kurz mitzulesen oder mitzuschauen. In der letzten Zeile auf Seite 7, unter dem Ansatz 0341 Zentrale Kläranlage, plötzlich von 8,5 Mill. auf 0 Schilling. Das hat nichts

damit zu tun, daß die Kläranlage nicht mehr klärt, sondern weil das alles dann im Konto 8110 bei der Abwasserbeseitigung untergebracht ist, womit ich dort die Differenz im vorhinein schon aufgeklärt haben möchte. Auf Seite 9 der Ansatz 0910 Personalaus- und Fortbildung. Ich glaube, gerade das ergibt die Personalentwicklung im Haus und die Verbesserung der Personalstruktur. Ein wichtiger Finger zeigt, daß man hier eine deutliche Erhöhung der Ansätze für Fortbildung im Personalsektor hineinbringt. Auf Seite 11 der Posten 1800, das ist der dritte Ansatzposten auf der Ausgabenseite; hier stehen noch 58.000 Schilling bei Zivilschutz, es wird um 0,035 Mill., sprich 35.000 Schilling, erhöht werden. Eine Forderung, die uns von Stadtrat Eichhübl seitens der FPÖ-Fraktion übermittelt wurde, die wir gerne hier aufgenommen haben. Schließlich auf derselben Seite in der letzten Zeile und auf der nächsten Seite in der ersten Zeile sind die Kindergärten und die Horte verzeichnet. Wenn man sich hier die Mühe macht, die Ausgabensummen den Einnahmensummen gegenüberzustellen, kommt man darauf, daß hier insgesamt 47,4 Mill. S Ausgaben und nur 17 Mill. S an Einnahmen verzeichnet sind. Man hat also im Kindergarten- und Hortesektor rund 30 Mill. S Abgang. Das ist es, was ich gemeint habe mit dem kritischen Auseinandersetzen.

Man sollte nicht sagen, daß man Kindergärten und Horte sofort auflöst, sondern daß man die Wichtigkeit und Notwendigkeit erkennt, aber daß man nie vergißt auch die einnahmenseitige Betrachtung zu überlegen. Wenn man jetzt noch heranzieht, daß im ao. H. bei den Investitionen 11 Mill. S für Kindergartenerweiterungsbauten bzw. für die Ausfinanzierung des Plenkberg-Kindergartens drinnen stecken, dann kommen wir schon auf ein Defizit von 41 Mill. S. Und jetzt muß man natürlich schon das Land auch einmal loben - immerhin bekommen wir hier 9 Mill. S an Landesbeitrag. Aber noch einmal, 31 Mill. S für die kleinsten Kinder - nicht einmal für die Kleinsten, für die zahlen wir extra noch - also für die Kinder im Kindergarten- und Hort-Alter zahlen wir aus städtischen Geldern. Auf Seite 13 dann die Volkshochschule - auch so ein Posten. Wir wollen uns klar deklarieren, daß wir in unserer Stadt Ausbildung vom Kind bis zum Senioren haben wollen. Aber wenn man das betrachtet, sieht man auf der Ausgabenseite 7,8 Mill. und auf der Einnahmenseite leider nur 3 Mill. S. Auf Seite 14 und 15 ist die gesamte Kultur dargestellt. Da kann man sich das Rechnen schon ersparen, Sie müssen nur in die Summengruppe 3 hinunter zu schauen. Links die 1,885 Mill., das sind die Einnahmen aus Theaterkartenverkauf, aus dem Kartenverkauf bei Lichtbildervorträgen,

usw. Auf der rechten Seite die 23,5 Mill. S, das sind die Ausgaben. Zugegeben - auch Ausgaben für die Kulturverwaltung. Aber die Kultur verwaltet sich leider nicht ohne Personen. Wenn man sich hier die großen Brocken ansieht, dann sind das die 11,8 Mill. S Stadttheater, die Maßnahmen für die Musikpflege - ich denke, daß ich richtig informiert gewesen bin, daß hier vor allem die Musikreisen der Stadtkapelle und der Musikhauptschule begründet sind. Das Heimatmuseum mit über 4 Mill. S, das auch hier drinnen ist, usw.

Also ein hohes Defizit, aber wir bekennen uns dazu. Sonst hätten wir es ja auch nicht so in das Budget hineingenommen.

Auf Seite 17 finden wir schließlich die gewaltige Steigerung bei den Landesbeiträgen. Ich komme im Schlußwort dann noch darauf zu sprechen, wo unsere großen Budgetprobleme liegen, aber hier beispielsweise liegen sie. Im zweiten Ansatz 4130 - Maßnahmen der Behindertenhilfe; hier geht es um den Landesbeitrag, um die Landesumlage, die von 11,5 auf 15,7 Mill. S erhöht wird. Natürlich, und es ist zu hoffen - im Landtag wird ja auch beschlossen, daß die Behinderten in einer besonderen Form jetzt Pflegeabgeltung bekommen können -, daß auch von diesem Geld wieder über Altersheim und andere Ansatzstellen etwas zurück kommen wird. Aber im Regelfall nicht in dem Ausmaß, wie wir es

hinauszahlen, weil - und das ist eben auch die Besonderheit - wir auch bei diesen Lastaufteilungen, so wie bei der EG, Nettozahler sind. Das heißt, wir bezahlen die Behinderten in Aschach, in St. Ulrich, in anderen Orten teurer mit, als es die Bürger über die Budgets dort selbst tun. Das ist eben das Schicksal der Finanzkraft-Analyse und der damit verbundenen höheren Leistungen.

Schließlich die Erhöhung im ZAH-Bereich, von 69 auf 79 Millionen. Wobei bei den Ausgaben 10 Mill. mehr, bei den Einnahmen nur 2,5 oder 2,4 Millionen mehr budgetiert sind. Hinweisen möchte ich auch auf den Ansatzposten 4240 Heimhilfe und Hauskrankenpflege; dieser Betrag wurde von 724.000 auf 3,5 Mill. Schilling aufgestockt. Das betrifft auch MOHI. Es ist das aufgrund der Verträge, die wir geschlossen haben, die entsprechende Erhöhung. Wir werden die Hälfte des Abganges tragen, die andere Hälfte das Land. Wenn ich weiterschaue, auf Seite 19 der Ansatzposten 5120 - ein modernes, wenig strahlenbelastendes Röntgengerät, das für die Gesundheitsabteilung angeschafft wurde und eben hier die Leasing-Rate dafür enthalten ist. Noch viel dramatischer sind die beiden letzten Posten der Gruppe 5, nämlich die Beiträge an das Land als Krankenanstalten-Erhalter - von 30 auf 45 Millionen. Weiters Maßnahmen der Veterinärmedizin - nein, das war nur für mich eine interne Aufzeichnung, die Verän-

derung von 45.000 auf 60.000. Ich bitte das aus dem Protokoll zu streichen, Herr Dr. Pfeil.

Ich komme nun weiter zur Seite 21, zum Fremdenverkehr. Eine Aufstockung des Ansatzpostens 7710 von 1,7 auf 2,08 Mill. S plus 360.000 S und mehr für die Neuaufgabe eines Prospektes für den Tourismusverband. Die Abwasserbeseitigung, dieser Posten ist von 34 auf 55 Mill. S erhöht. Der letzte auf dieser Seite ist der Winterdienst. Ich wünsche unserem zuständigen Vizebürgermeister Sablik recht viel Glück, daß es in diesem Winter sehr warm ist, daß es nicht schneit, daß es kein Eis gibt und daß immer Tauwetter herrscht, damit wir uns beim Winterdienst möglicherweise dann bei der Verwirklichung des Budgets entsprechende Geldmittel ersparen. Auf Seite 23 schließlich der Posten 8790, die Stadtwerke; immerhin hier im ordentlichen Haushalt bereits 11,7 Mill. S an Verlustabdeckung für diverse Bereiche und Weiterleitung der Nahverkehrsbeiträge. Auch eine kleine Spitze an die Geld- und Kreditwirtschaft im Lande - die letzte Zeile, Ansatz 9100, die Spesen aus dem Geldverkehr. Die Banken erhöhen die Spesen, wir zahlen dafür die Rechnung. Und zur Krönung des o. Haushaltes auf Seite 25, Posten 9300 - die Landesumlage von 17,6 auf 34 Mill., sozusagen eine Verdoppelung. Hier werden wir also ganz schön kräftig zur Kasse gebeten. Wenn

man sich diese Umlagenerhöhungen ansieht, dann kommt bei Landesumlage, Behindertenbeihilfe und Krankenanstaltenumlage ein Mehr von 35,5 Mill. S zustande. Nun zum - aus meiner Sicht - Wesentlichen des ao. Haushaltes, der zum größten Teil durch Rücklagenauflösungen und durch Darlehensaufnahmen finanziert werden wird. Die Ausgaben-Schwerpunkte sind hier der Wohnbau mit etwa 35 Mill. S, wobei zusätzlich - in Vorgesprächen vereinbart - auch noch 25 Mill. S für den Wohnbau aus dem Sparkassenfonds als zinsenloses, aber rückzahlbares Darlehen gewährt werden. Direkte Wirtschaftsförderung - mehr als 20 Mill. S. Ich habe es bereits bei den Einleitungen erwähnt, wie wesentlich es ist, hier in unserer Strukturverbesserung zu investieren. Das betrifft auch andere Bereiche. Mehrere Ausgaben von mehr als insgesamt 10 Mill. für Feuerwehren und Rotes Kreuz; die erwähnten 11 Mill. S für die Kindergärten; das ZAH mit mehr als 5 Mill. Investitionsaufwand; Straßenbau und Straßenerhaltung 18,5 Mill.; der Kanalbau mit 23 Mill.; die Müllabfuhr und die Deponieentgasung mehr als 5 Mill.; für die Stadtwerke wiederum Zuschüsse, die benötigt werden und auch so im Stadtwerke-Finanzplan vorgelegt werden - 8 Mill. S; Sportstättenbau mit 13 Mill. S; Altstadterhaltung mit 8 Mill.; FAZAT mit 2 Mill.; geschützte Werkstätte 4 Mill. Wenn

ich das nun addiere, komme ich auf 165 Millionen plus 25 Millionen Darlehen aus der Sparkasensrücklage.

Dieser Entwurf ist in der vorgelegten Form nicht ganz gültig. Wir werden hiezu noch eine Abänderung vorgetragen erhalten; das mache aber nicht ich. Den Abänderungsantrag wird dann unser Fraktionssprecher in seiner Wortmeldung einbringen. Ich habe, wie gesagt, von drei Fraktionen die Signale, daß eine Zustimmung zum o. H. und zum ao. H. in dieser Form erwartet werden kann. Von einer Fraktion habe ich leider eine ablehnende Haltung erfahren und das, obwohl die überaus wichtigsten oder wichtigen Teile der Forderungen erfüllt worden wären bzw. auch erfüllt werden über den Abänderungsantrag. Trotzdem bleiben im Sinne einer konstruktiven Gemeinderatsarbeit unsererseits die wichtigsten Punkte davon in diesem Entwurf auch dieser Fraktion enthalten und bestehen. Zu den Änderungen im einzelnen wird, wie gesagt, Herr Vizebürgermeister Sablik als Fraktionsobmann berichten.

Letztlich zu den Ausführungen im Anhang zum Budget, der auch eine Fundgrube für Budgetexperten und solche, die es noch werden wollen, ist. Dieser Anhang enthält den Dienstpostenplan und die damit verbundenen Personalkosten. Es ist müßig, im nachhinein über Personalkosten zu jammern, wenn man bei der Erstellung des Dienstpostenplanes ein solches

Elaborat hier vorlegt und vorlegen muß. Die Erfüllung dieses Dienstpostenplanes ist dann mit den Personalkosten untrennbar verbunden. Schuldenstand und Schuldendienst - eine Analyse, die hier drinnen ist, von der ich die Wesentlichste - auf Seite 287 wäre das - suche. Den Schuldendienst, wobei ich die wesentlichsten Zahlen hier bringen möchte. Der Anfangsstand in der Spalten von 527 Millionen, der aufgrund der letzten Gemeinderatsitzung ja nicht mehr 527 Mill. beträgt, sondern 560 Mill.; dann die Tilgungen von 35 Mill. S und schließlich die Zuzählungen von rund 74 Mill. S, die einen Schuldenstand ohne Tilgungen im nächsten Jahr von 599 Mill. Schilling, mit Tilgung, gerechnet von 599 Mill. S, ergeben werden.

Über den Haushaltsquerschnitt, der ebenfalls in diesem Anhang enthalten ist, habe ich schon bei der Einleitung berichtet. Dann gibt es ein Paket an Sammelnachweisung diverser Verbrauchsgüter, wie Gas, Strom, Wasser etc. Und dann gibt es auch als wesentlichen und integrierenden Bestandteil unseres Budgets die drei Teilbudgets der Stadtwerke, des RHV und der GWG. Ich möchte die Posten nicht wieder im einzelnen durchgehen, weil ich annehme, daß die zuständigen Referenten - nämlich Stadtrat Eichhübl seitens der Stadtwerke, Stadtrat Sablik seitens des RHV und Stadtrat Tatzreiter seitens der GWG - dies

machen bzw. zumindest darauf dann entsprechend reagieren, wenn hier Wortmeldungen dazu erfolgen.

Letztlich, obwohl es nur ein kleiner Betrag ist, auch die Abwicklung oder Abrechnung der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung, die hier enthalten ist. Zusammenfassend kann ich sagen, daß das Erbe, das ich hier angetreten habe, so wie jedes Erbe ja nie ausreichend genug dotiert sein kann. Es hält sich aber in dem Rahmen, den sich die Gemeinderäte oder der Gemeinderat in den letzten Jahren auferlegt hat und es bewegt sich auch das heurige Budget in diesem Rahmen. Ich habe schon gesagt, daß durch die Auflösung von Rücklagen und durch geplante Kreditaufnahmen ein ao. H. finanziert werden kann, der für alle Steyrerinnen und Steyrer vieles bringt. Es bringt mehr Wohnraum, mehr und zukunftsichere Arbeitsplätze durch unsere Wirtschaftsförderungs-Investitionen bzw. Subventionen, die wir vergeben werden und wollen. Es gibt mehr Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, vom Kleinkind - wenn ich an die Aktion Tagesmütter, an die Kindergärten, an die Schulen, das FAZAT, die Volkshochschule usw. denke -, es bietet eine Verbesserung der Infrastruktur - ich habe schon bei den Maßnahmen im Straßenbau, im Kanalbau, beim öffentlichen Verkehr, Busanschaffungen bei den Stadtwerken etc. erwähnt, daß es ein deutliches Mehr für

den Umweltschutz und auch für die Gesundheit bringt -, es gibt auch eine deutliche Verbesserung der Vorsorge für Behinderte - ein Meilenstein hier ist die Schaffung der längst geschützten Werkstätte -, es gibt ein Mehr für den so wichtigen Tourismus, damit unsere Wirtschaftsstruktur in Steyr verbessert werden kann und es gibt auch ein deutliches Mehr für alle Vereine und Aktivitäten im sozialen Bereich und auch im Kulturbereich, wobei ich im Kulturbereich gerade besonders den Sport mit seinem hohen Stellenwert ansiedeln möchte. Obwohl es bei uns hier referatsmäßig getrennt ist, ist das für mich eine völlig untrennbare Einheit.

Fast zum Schluß kommt ein kleines Rechenbeispiel: von den ca. 40.000 Schilling, die wir 1992 für jeden Steyrer bewirtschaften, sind nur ca. 1.800 Schilling durch neue Schulden gedeckt. Immerhin 23.000 Schilling dieser Maßnahmen geben wir aus eigener Kraft, aus Kraft der Steyrer Steuerzahler aus. Und das glaube ich ist auch bemerkenswert, wenn man hier das Budget betrachtet. Ich will aber - sonst glaubt jemand, wir hätten diesmal das Sensationsbudget des ganzen 20. Jahrhunderts eingebracht - die Probleme, die uns drücken nicht verschweigen. Ich habe vier Hauptprobleme aufgelistet:

Das erste und nicht unbedingt in der Reihenfolge das wichtigste, aber sehr wichtige, ist der zu hohe Personalkostenanteil. Da

nicken einige und ich sehe auch den Kollegen Spöck. Wir sind in dieser Frage auch wirklich einer Meinung und auch die anderen Fraktionen stimmen heftig mit dem Kopf zu. Es muß etwas geschehen, bevor etwas geschieht. Auch hier ist im Budget wieder ein Ansatz drinnen, den der Kollege Sablik noch erklären wird, damit hier eine externe Organisationsstruktur-Analyse gemacht werden kann. Damit hier die Verwaltung sparsamer werden kann und daß vor allem bei freiwilligen Leistungen in Zukunft der Arbeitgeber auch die Marktsituation, die Arbeitsmarktsituation durchaus beachten müssen wird. Wir merken seit dem Objektivierungs- und Ausschreibungsgesetz, daß es pro Ausschreibung Bewerbungen in höchster Zahl gibt. Für das ZAH 38, für Omnibus-Chauffeure 24, 12 dort, 20 da usw. Wenn es so einen Zuzug zum öffentlichen Dienst gibt, in einem sehr hohen Ausmaß, dann kann man das nicht durch Überzahlungen gegenüber anderen Bereichen abdecken, sondern in diese Richtung gestalten - und ich glaube, da wäre wieder eine Einstimmigkeit erforderlich. Schließlich das rapide Ansteigen der Landesbeiträge. Ich habe bereits darauf hingewiesen, durch einen schlechten Finanzausgleich bekommen wir relativ immer weniger vom Bund und müssen gleichzeitig durch unsere Finanzkraft immer mehr an das Land liefern. Ich sage es noch

einmal, auch für die Umlandgemeinden. Jeder der aus Steyr absiedelt und draußen ein Haus baut, ist nicht nur für uns als Steuerbringer verloren, sondern verursacht uns noch zusätzlich über die Landesumlage erhöhte Kosten. Das geht auch in die Richtung der Grünen Fraktion. Also die Zersiedelung des Stadtgebietes oder das Verdrängen grüner Flächen.

Nun zur Defiziterhöhung aus sehr vielen Dienstleistungsbereichen - aus dem öffentlichen Verkehr, im Kulturbereich, beim ZAH. Ich könnte also das ganze Buch jetzt noch einmal von vorne durchblättern, überall steigen die Defizite. D. h. einerseits steigen die Kosten - oftmals nicht durch uns verursacht, sondern wieder durch den Bundes- und Landesgesetzgeber. Zum Beispiel bei den Umweltschutzgesetzen brauchen wir Umweltberater. Die Personalkosten steigen, aber hereinbringen tun wir diese Gelder leider nicht. Alternative Kulturveranstaltungen: die Angebote steigen, die Erlöse dabei leider nicht. Ich habe hier auch schon die Stadtwerke im Zusammenhang mit den Tarifstrukturen erwähnt. Dann gibt es eben - und das ist aus der Sicht eines Finanzverantwortlichen fast nicht mehr nachvollziehbar - solche Vorschläge, wie Halbierung oder überhaupt ein Freisetzen der Tarife. Wenn sich die Bedeckungsvorschläge damit in Grenzen halten, daß man sagt, wir streichen den verdienten

Stadträten, die um sehr wenig Geld jahrelang geleistet haben, ihre Pension, dann ist das nicht die Politik, die ich machen möchte.

Schließlich der vierte Punkt, Abdeckung mancher Ausgabenerhöhung aufgrund der neuen Kräfteverhältnisse im Hause. Auch das kann man hier so sehen, daß eine mittelfristige Finanzplanung nicht nur von allen seit etlicher Zeit gewünscht wird, sondern endlich auch einer Realisierung zugeführt wird, wobei natürlich als Grundlage für eine Finanzplanung ein Stadtentwicklungskonzept in seinen Grund- und Rohzügen vorhanden sein muß. Diese mittelfristige Finanzplanung muß kommen, aber wir haben jetzt schon in den Budgetverhandlungen gesehen, wie kurzlebig die Zahlen, die wir niederschreiben, sind. Seit Juni haben wir dieses Budget mehrfach in verschiedenster Richtung durchforstet, die Ansätze abgeändert; wir haben bei den interfraktionellen Gesprächen die Ansätze geändert, wir hören durch Wirtschaftsforschungsprognosen etc., wie wir hier laufende Korrekturen durchführen müssen. Besonders wichtig für dieses Stadtentwicklungskonzept und für diese mittelfristige Finanzplanung ist, daß wir laut und deutlich unsere Forderungen an Bund und Land stellen müssen. Nicht so, wie es jetzt geschieht, daß wir relativ immer weniger vom Bund bekommen und relativ immer mehr an das Land zahlen,

sondern daß wir hunderte Millionen Schilling brauchen, um die Vorhaben, die uns allen nötig erscheinen - manche davon erscheinen uns besonders dringend nötig - überhaupt realisieren zu können - wie z. B. die Nordspange. Mit hohem Genuß höre ich, wie von den Medien über die Autobahn Richtung Budweis und Prag durch das Mühlviertel berichtet wird. Die Staatssekretärin Theresia Fekter, ihres Zeichens Oberösterreicherin, lade ich herzlich ein, nach Steyr zu kommen. Vielleicht kann man ihr die Botschaft über die Medien geben, nachdem ich kein Sekretariat habe und ich daher meine Briefe selbst schreiben muß. Sie sagt nämlich: "Wenn Ihr über die Trassenführung einig seid, das Geld ist kein Problem". Ich bitte sie, das Geld für die Nordspange flüssig zu machen - ich nehme auch an, daß der Verkehrsreferent diesbezüglich massiv in Vordergrund treten wird. Ich bitte sie auch, daß die zuständigen Referenten der Bundes- und Landesstellen endlich Geld flüssig machen für das besonders wichtige und auch schon zugesagte Parkdeck Bahnhof; daß wir für das Freizeit- und Sportbad - ich wollte absichtlich nicht Erlebnisbad sagen, damit nicht irgendein falscher Schluß gemacht wird - Millionen von Geldern von Stadt, Land und Bund brauchen; daß wir eine Hotelansiedlung dringend unterstützen müssen - eine Hotelansiedlung, die mit sich bringen soll, daß hier ein Kon-

großsaal gemacht werden kann, der auch kulturelle Veranstaltungen einer bestimmten Dimension ermöglicht und der auch den Kongreßtourismus nach Steyr bringen kann. Ich habe bereits erwähnt, daß wir eine Fachhochschule mit Vehemenz fordern müßten. Aber nicht nur eine Fachhochschule der Technik, wie ich das aus der Zeitung entnommen habe. Ich weiß schon, daß in den Industriebetrieben die Techniker im Vordergrund sind, aber gerade der Wirtschaftsingenieur ist wichtiger denn je. Das heißt, daß in dieser Fachhochschule auch ein Teil Wirtschaftsuniversität oder Wirtschaftsfachhochschule enthalten sein muß und daß diese Fachhochschule ermöglicht, hier einen direkten Weg vom Fachhochschulabschluß in den zweiten Studienabschnitt der Universität machen zu können. Damit würden wir die Studenten in unserer Region halten, bevor sie dann auf viel aufwendigere Art und Weise zur Abrundung des Studiums in die Ferne gehen müssen.

Das FAZAT - auch das wird für uns ein Dauerthema sein, aber hoffentlich nicht ein Dauerthema, bei dem wir mit Leichen-Bittermiene hier stehen müssen. Das FAZAT hat eine Berechtigung, wenn es die gestellten Aufgaben erfüllt. Als Gründerzentrum, als Betriebsansiedlungsgesellschaft, vielleicht als Trägerverein oder Trägerinstitution für eine Fachhochschule. Wir brauchen hier jedenfalls dringend Geld vom Bund

und diese Liste ließe sich auch beliebig lange fortsetzen. Aber mit einem Budget von 1,5 Milliarden Schilling kann man nicht 100 Milliarden oder 50 Milliarden Schilling an Forderungen erfüllen. Ich glaube, im großen und ganzen liegt hier ein abgerundeter Voranschlag vor. Der für mich sehnlichste Wunsch einer einstimmigen Budgetbeschlußfassung wird wohl ein Weihnachtstraum bleiben und ich danke nochmals allen, die an der Erstellung dieses umfangreichen Werkes mitgewirkt haben, vor allem jenen, die positiv mitgewirkt haben. Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß ich auf eine einnahmenseitig erfolgreiche und ausgabenseitig sparsame - die Stadtsenatsmitglieder sollten jetzt zugehört haben - Erfüllung des Budgets hoffe und daß ich mit Ihrer aller Unterstützung gerne darauf hinarbeiten werde. Danke.

15) Ha-4300/91

Voranschlag 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Finanzjahr 1992 wird im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und mit Ausgaben in Höhe von S 815.508.000,- und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 173.249.000,- ausgeglichen.

Im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind - festgestellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr und des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt S 144.900.000.--, der Finanzplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 7.880.000.-- sowie der des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 19.760.000.--, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung, des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung, der GWG der Stadt Steyr und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben.

Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe 500 v. H.

Grundsteuer B für andere Grundstücke 420 v. H.

Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag 172 v. H.

Lohnsummensteuer 1000 v. H.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich danke dem Finanzreferenten für seine Budgetrede. Sie war sehr ausführlich und hat auch interessante Ausblicke über unsere zukünftige Politik eröffnet. Als

erster zu Wort gemeldet ist mir Kollege Vizebürgermeister Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Einen kleinen Moment bitte, noch eine Minute.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich war zu wenig ausführlich. Soll ich noch einmal anfangen?

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich mache einen anderen Vorschlag, wir könnten fünf Minuten lüften!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich sehe die allgemeine Zustimmung. Wir unterbrechen die Sitzung für eine kurze Pause.

PAUSE VON 10.50 UHR BIS 11.05 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wir setzen die unterbrochene Sitzung wieder fort. Zu Wort gemeldet ist mir Kollege Vizebürgermeister Erich Sablik in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion. In Vorbereitung Kollege Stadtrat Schloßgangl.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich möchte mich in meiner Wortmeldung als Fraktionsvorsitzender der sozialdemokratischen Partei möglichst kurz halten, um Redemeldungen anderer zeitlich nicht im Wege zu stehen. Wir als Sozialdemokraten können mit diesem, eben vorgetragenen Budget, sowohl im ordentlichen wie im außerordentlichen Haushalt, leben. Allerdings würde es auch für uns noch viele Punkte geben, bei denen wir uns etwas anderes vorstellen. Aber es ist eben wie im Leben oder wie im Haushalt in einer Familie ein Höchstmaß an Kompromissen zustande gekommen, um möglichst alle Wünsche, die nicht nur aus den Parteien, sondern auch aus der Bevölkerung kommen, zu berücksichtigen. Daß alle Wünsche in einem Budget unterkommen, das hat es noch nie gegeben und wird es wahrscheinlich auch in der Kommunalpolitik im Land und im Bund niemals geben können. Wir waren bemüht, als Sozialdemokraten unsere Wahlversprechen soweit wie möglich in dieses Budget einzuarbeiten, sind aber auch in wesentlichen Punkten davon abgegangen, wenn es die Situation erfordert hat. Wir finden unsere Wünsche bezüglich wohnen, Umwelt, Soziales und mehr Arbeitsplätze durch Wirtschaftsförderung durch dieses Budget als gesichert an. Noch dazu kommt, daß die Verschuldung im Rahmen bleibt und die Annuitäten fast in derselben

Höhe wie die Zinsen zurückgezahlt werden können. Natürlich hätten wir Wünsche, beispielsweise an den o. H. im Bezug auf die zu hohen Personalkosten im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Das ist uns völlig bewußt, wir wissen aber auch, daß hier der Pflegebereich sehr viele Personalkosten erfordert und nach meiner Ansicht darf im Pflegebereich nicht gespart werden. Gespart werden muß in Zukunft bei der Verwaltung. Ich könnte mir vorstellen, daß wir uns das wissenschaftliche Zentrum, das der Städtebund unterhält, zunutze machen - wir sind ja dort Mitglied als Stadt Steyr - und das kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum hat schon so manche Strukturanalyse in öffentlichen Verwaltungen erstellt, die auch umsetzbar waren. Es gibt sehr viele Personalberatungsfirmen, es gibt Wirtschaftstreuhänder, es gibt alle möglichen Rationalisierungsfirmen, die aber ohne Erfahrung über die öffentliche Verwaltung, ohne Erfahrung in der Umsetzung ihrer Erkenntnisse für uns eigentlich wenig geeignet erscheinen.

Man könnte hier stundenlang über dieses Budget reden, aber wenn ich sehe, daß der Wohnbau mit 24,4 Prozent dotiert ist, dann freut mich das; der Kanalbau, der zugleich auch eine Umweltschutzfunktion hat, mit 13 Prozent, dann ist das für unsere Stadt sehr gut. Daß die Wirtschaftsförderung mit 11,21 Pro-

zent dotiert ist, obwohl die Wirtschaftsförderung Angelegenheit des Landes ist, finde ich hervorragend gelöst. Und diese eine Million, die zusätzlich verhandelt wurde, ist zielführend. Wir sehen für den Sozialplan eine halbe Million und 0,2 Millionen für das ZAH, sodaß hier insgesamt für Soziales 5,25 Prozent sichtbare Kosten sind, während in anderen Positionen ebenfalls für Soziales vorgesorgt ist. Daß für alternative Kulturangelegenheiten 1,2 Millionen verhandelt wurden, finde ich durchaus positiv. Genauso 0,6 Mill. Schilling für die eben erwähnte Organisationsanalyse - man sieht, daß wir nicht nur davon reden, sondern auch vorgesorgt haben. Eine halbe Million für Umwelt-Meßstationen, eine Million für Stadtentwicklungspläne, usw. Für den Frauennotruf 400 Mill. Schilling - nein, Entschuldigung. Da sehen Sie nach der Freud'schen Theorie, daß die Versprecher meistens die Meinung wiedergeben. Aber ich bin schon dafür, daß wir diese Organisationsform unterstützen, nicht jedoch mit 400 Millionen. Also 400.000 Schilling, die gefordert wurden, sind hier vorgesehen.

Durch die paar kleinen Beispiele möchte ich zeigen, daß ich es positiv finde, wenn wir miteinander für Steyr Schwachstellen aufspüren, daß ich es auch positiv finde, wenn sich die ÖVP und die GAL bereit erklären, mit uns gemeinsam einen Abände-

rungsantrag in diese Richtung zu erstellen. Das kann nur positiv für Steyr sein und ich bitte die Freiheitliche Partei heute schon, unseren Abänderungsvorschlägen die Zustimmung zu geben. Denn ich kann mir nicht vorstellen, daß sich eine Reihe verantwortungsbewußter Personen, wie ich sie in der Freiheitlichen Fraktion sehe, zu "Nein-Sagern" entwickeln, wenn es um Steyr geht. Das kann ich mir einfach nicht vorstellen. Daher bitte ich Euch schon jetzt um die Zustimmung und ich darf nun den Antrag zur Verlesung bringen:

Es handelt sich um den Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der GAL.

Voranschlag 1992

Gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr stellen die oben angeführten Gemeinderatsfraktionen zum Voranschlag 1992 folgenden A b - ä n d e r u n g s a n t r a g.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Finanzjahr 1992 wird im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und mit Ausgaben in Höhe von S 816.613.000,-- und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 178.249.000,-- ausgeglichen - im einzelnen mit den im Voranschlagsentwurf enthaltenen Beträgen bzw. den in der Anlage angeführten Änderungen - feststellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt: Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr und des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt S 144,900.000,--, der Finanzplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 7,880.000,-- sowie der des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 19,760.000,--, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung, des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung, der GWG der Stadt Steyr und der Dienstpostenplan. Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen: Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe 500 v. H.; Grundsteuer B für andere Grundstücke 420 v. H.; Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag 172 v. H.; Lohnsummensteuer 1.000 v. H. (BEILAGE)

Ich darf diesen Abänderungsantrag dem Vorsitzenden mit den Unterlagen überreichen und bitte um Durchführung der vorgesehenen "Prozedur" und alle anderen bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR

Danke für diese Antragstellung. Ich werde ihn in Behandlung nehmen mit dem Hauptantrag gemäß § 26 des Stadtstatutes. Als nächster ist Stadtrat Schloßgangl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, der Haushaltsvoranschlag für das kommende Jahr wurde aufgrund der Wahlen im vergangenen Herbst und in darauffolgenden langen und schwierigen Parteienverhandlungen, in denen die politische Tätigkeit in unserer Gemeinde nur sehr eingeschränkt stattfand, zum letztmöglichen Zeitpunkt eingebracht. Aufgrund der politischen Situation und der damit veränderten Machtstruktur gab es heuer anerkanntenswerter Weise, nach zwei Jahren, wieder die Möglichkeit, daß die Referenten in ihren eigenen Ressorts bei der Budgeterstellung mitwirken konnten. Aufgrund der hohen Verschuldung unserer Stadt, sie wird Ende 1992 knapp 600 Millionen betragen - gegenüber 1991 rund 560 Millionen - mußten in manchen Bereichen Abstriche bei den geplanten Vorhaben gemacht werden. Als Beispiel möchte ich hier nur den Kanalbau erwähnen. Der ordentliche Haushalt konnte nur durch eine Rücklagenentnahme von 37,27 Millionen und der außerordentliche Haushalt durch eine solche von 62,7 Millionen -

insgesamt also von knapp 100 Millionen - sowie einer Darlehensaufnahme von 74,4 Millionen ausgeglichen budgetiert werden. Allerdings konnten auch Rücklagen in Höhe von 15 Millionen rückgeführt werden. Besonders gravierend erscheinen mir die Ausgaben für die Personalkosten, die mit rund 300 Millionen als reine Personalkosten fast 37 Prozent des ordentlichen Haushaltes betragen. Laut Dienstpostenplan gibt es derzeit 881,5 Bedienstete, 44 Karenzierte - also Bedienstete ohne Bezüge - wobei bei den 881 die Teilzeitbeschäftigten schon hochgerechnet sind.

Hier müssen Überlegungen angestellt werden, wie man Kosten einsparen kann. Und zwar durch Umstrukturierung, Rationalisierung, bessere Effizienz und durch eine entsprechende Strukturanalyse. In manchen Abteilungen, z. B. im Bauamt, wird man zusätzlich qualifizierte Beamte brauchen. In anderen wird man natürlich Abgänge nicht nachbesetzen bzw. umbesetzen können. Ich glaube, auch in einem so großen Verwaltungskörper, wie dem Magistrat, muß ein "Kosten-Nutzen-Denken" Platz greifen, eine Kostenstellenanalyse gemacht werden und eine Obergrenze von Bediensteten vorgegeben werden, die durch die vorerwähnten Maßnahmen gewahrt werden muß. Die ÖVP ist, wie ich glaube, mit einem guten Programm zu den Wahlen angetreten. Ja sogar mit

einem so guten, daß sich andere Parteien nicht gescheut haben, viele Programmpunkte abzuschreiben und in ihr eigenes Programm aufzunehmen. Ich glaube, mit Recht sagen zu können, daß die ÖVP die Denkfabrik in unserer Stadt war und ist, die Durchsetzung vieler unserer Ideen aber bisher vielfach an einer Zweidrittel-Mehrheit gescheitert ist. Wir wollen und werden aber in Zukunft besonders bemüht sein, guten Ideen und Projekten durch entsprechende Mehrheitsfindungen zum Durchbruch zu verhelfen. Das muß sich nicht immer in großen Beträgen und Zahlen niederschlagen, sondern in Maßnahmen, die auch ohne große Kosten für die Stadt etwas bringen. Wir werden unsere Ziele und Programme nicht auf einmal, nicht heute und sofort, sondern langfristig durchzusetzen versuchen. Wir wollen ein mittel- bis langfristiges Konzept für die gesamte Stadt, eine geordnete Raumplanung mit einer optimalen Nutzung unseres Lebensraumes bei größtmöglicher Schonung unserer Natur und Naherholungsgebiete.

Wir fordern seit Jahren ein Stadtentwicklungskonzept, das von einem Universitätsinstitut oder einem international anerkannten Stadtplaner erstellt werden soll und haben dafür in Verhandlungen mit den verantwortlichen Beamten und dem Finanzreferenten Mittel in Höhe von einer Million zugesagt bekommen. Das bereits in Auftrag gegebene

Verkehrskonzept, das größtenteils Ende Jänner 1992 in einem Fachausschuß vorgestellt und diskutiert werden soll, soll eine sinnvolle Ergänzung bzw. Einbindung in das Stadtentwicklungskonzept darstellen. Zur Sicherung unseres Trinkwassers sollen neue Trinkwasserquellen erschlossen werden, wofür eine Million Schilling bereits im Budget vorgesehen sind, die wir seit vielen Jahren gefordert haben.

Besondere Bedeutung hat für uns eine gut funktionierende und florierende Wirtschaft. Die vorgesehene Wirtschaftsförderung beträgt 19,4 Millionen - jetzt, nach dem Abänderungsantrag etwas mehr als 20 - wobei 10 Millionen als Gewerbeförderung an die SNF und 5,87 Millionen an das BMW-Motorenwerk gehen. Hier ist es uns gelungen, daß unsere Forderungen nach einer effizienten Gewerbeförderung, auch für Klein- und Mittelbetriebe mit rund 3 Prozent des Steueraufkommens durch die Wirtschaft, also rund 3 Millionen, bereitgestellt werden. Eine halbe Million ist hier für Zwecke der Nahversorgung-Standardsicherung vorgesehen. Die Gewerbeförderung soll generell als Zinsstützung für Investitionen dienen. Die von uns geforderten Richtlinien für die Vergabe von Förderungsmitteln an die Gewerbebetriebe liegt zur Begutachtung vor und wird in absehbarer Zeit beschlossen werden. Dadurch wird die Benachteiligung der Gewerbeförderung

gegenüber der Industrieförderung ausgeglichen werden. Trotzdem sind wir überzeugt, daß die Industrieförderung in den vergangenen Jahren richtig war und auch wesentlich zur Sicherung der Arbeitsplätze in unserer Region beigetragen hat.

Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns der Verkehr. Wie viele andere Städte droht Steyr im Verkehr zu ersticken. Daher ist für uns das Generalverkehrskonzept von Dr. Stickler und der Bau der Nordspange mit entsprechenden flankierenden Maßnahmen - diese sollen ja letztendlich bei gleichzeitigem Ausbau der Gußwerkstraße rund ein Drittel der Verkehrsentlastung bringen - vorrangig. Eine ganz besondere Bedeutung hat für uns auch die Parkraumbeschaffung. Hier muß die Stadt bereit sein, in den nächsten Jahren entsprechende Mittel aufzuwenden. Wir fordern auch die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, Parkraumrestriktion und -bewirtschaftung. Erst dann werden sich die Fußgängerzonen auch in Steyrdorf wesentlich verbessern. Wobei ich der Auffassung bin, daß ein Parkschein auch gleichzeitig ein Fahrschein für einen städtischen Bus sein soll. Wir brauchen Verkehrsberuhigung, Geschwindigkeitsbeschränkungen und in den Einfahrtsstraßen - und speziell auch als flankierende Maßnahmen bei der Nordspange - Lärmschutzmaßnahmen. Wir wollen, daß der Verkehrsverbund überregional

voran getrieben wird, für Bundes- und Stadtbusse, Eisenbahn und private Linien, daß das Nahverkehrskonzept für Steyr ausgearbeitet und erstellt wird und die Linien in die Randgebiete der Stadt führen. Zum Beispiel Steyrdorf die Schlüsselhoflinie.

Ich möchte, um auf das Budget zurückzukommen, nur einige Gebiete besprechen, weil verschiedene unserer Fraktionsmitglieder zu Teilbereichen und -problemen eingehend Stellung nehmen werden. Für den Straßenbau sind rund 19,5 Millionen vorgesehen. Ich erwähne hier nur die Verbindungsstraße Resthof mit 3,3 Millionen Schilling, Fuß- und Radübergang Plenkberg mit 2 Millionen, Leitnerstiege 0,4 Millionen, Hausleitner Straße zur Mülldeponie 1,5 Millionen Schilling, Aufschließung der Haager Straße und Brückenerhaltung im Wehrgraben je 1,5 Millionen Schilling. Für die Wasserentsorgung und den Kanalbau sind summa summarum 55 Millionen vorgesehen - ein ganz großer Brocken bei den Ausgaben; durch das neue Abwasserwirtschaftsgesetz ist die Gemeinde jedoch verpflichtet, auch in Zukunft hier noch verstärkt Mittel einzusetzen. Es müssen die alten und bestehenden Kanäle überprüft und die Schäden in kürzester Zeit behoben werden. Im speziellen sind für die Abwasserbeseitigung im außerordentlichen Haushalt für Steyrdorf insgesamt 22,7 Millionen, für Reichenschwall 3 Millionen, für den Kanalausbau im

Pyrach 0,1 Millionen, 10 Millionen im Wehrgraben und für Fischhub - Plenkberg 2,5 Millionen vorgesehen.

Besonders begrüßen möchte ich die Wohnbauförderung von 35 Millionen Schilling, wobei noch 25 Millionen als Darlehen von der Sparkasse dazu kommen. Ich glaube, bei fast 3.000 Wohnungssuchenden ist das Sonderwohnbauprogramm mit 750 neu zu errichtenden Wohnungen wohl ein "Tropfen auf den heißen Stein". Hier glaube ich, muß unsere Anstrengung dahin gehen, in Zukunft vermehrt der Althaus-Sanierung einen Vorrang zu geben - vor allem in Steyrdorf und im Wehrgraben. Wir haben auch seit langem die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen gefordert. Daß nach 10 Jahren das Recht besteht, Wohnungen günstig zu erwerben. Davon steht auch nichts im Budget und es schlägt sich auch nicht in Zahlen nieder. Wir sind dabei zu verhandeln und wollen dies auch in die Tat umsetzen, daß es eine objektive Wohnungsvergabe geben wird; und zwar nach dem Punktesystem, das die ÖVP schon vorgeschlagen hat und das vielleicht noch der einen oder anderen Verbesserung bedarf. Wir wollen, daß die Wohnungen familiengerecht bzw. behindertengerecht gemacht werden.

Für die Kultur haben wir wenigstens eine halbe Million gefordert. Eine Million wurde in Verhandlungen zugesagt und aus-

gehandelt. Wir wollen eine Verbesserung des Angebotes im Sommer, einen Kulturveranstaltungs-Kalender, die Förderung privater Kultur-Initiativen, die Förderung von Basis- und alternativer Kultur und Kultur- und Freizeiteinrichtungen in Zusammenarbeit mit dem Tourismusverband besser bekannt machen.

Zusammenfassend möchte ich kurz feststellen, daß es uns gelungen ist, in 10 Verhandlungen, einige unserer wesentlichsten Punkte und Forderungen in einem Abänderungsantrag, dem die Mehrheitsfraktion und - wie ich gerade gehört habe - auch die GAL beigetreten sind, zu erreichen. Die Wirtschaftsförderung wurde auf 3 Prozent des Steueraufkommens, rund 3 Millionen Schilling, erhöht. Für das Stadtentwicklungskonzept haben wir eine Million Schilling eingebracht. Für den Denkmalschutz sind 1,2 Millionen mehr vorgesehen. Die Kulturförderung wurde mit einer Million bedacht und der Ansatz für Planungskosten für wohngerechte Seniorenhäuser wurde mit 200.000 Schilling im Budget angesetzt. Verbesserung der Förderung des Tourismusverbandes, durch die Einsparung einer Kraft, die demnächst in Pension gehen wird, sowie die Übernahme der Abfertigungsgelder für diese Person. Im Zentralaltersheim wird die Ausbildung von zwei Bediensteten für psycho-soziale Betreuung in Graz finanziert und bereits durchgeführt. Aufgrund

einer verbindlichen Fraktionserklärung sowie des gemeinsamen Abänderungsantrages zum Budget 1992, der unsere vorangeführten Forderungen beinhaltet, wird die ÖVP-Fraktion dem Haushaltsvoranschlag 1992 ihre Zustimmung geben.

Bezüglich der Überdachung des Eislaufplatzes kamen wir nach reiflicher Überlegung und Prüfung zu dem Schluß, daß der Neubau eines Eisstadions in den nächsten 10 bis 20 Jahren nicht realistisch erscheint. Da die vorgesehene Überdachung und die Lärmschutzwand einen wesentlichen Lärmschutz für die angrenzende Siedlung sowie eine bessere Ausnutzung des Eislaufplatzes bei Schlechtwetter bzw. bei starker Sonneneinstrahlung bringen wird, werden wir diesem Bauvorhaben zustimmen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Beamten für ihre Arbeit im Dienste unserer Mitbürger bedanken. Mein besonderer Dank gilt Herrn Dr. Kurt Schmidl und seinen Mitarbeitern, die das Budget erstellt haben, sowie dem Finanzreferenten, der die Referenten zur Mitberatung eingeladen hat. Ich möchte mich - nachdem das heute die letzte Sitzung des Gemeinderates ist - auch bei allen Kollegen des Gemeinderates sehr herzlich bedanken und wünsche unseren Bürgermeistern, allen Beamten sowie Ihnen, meine sehr geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest

und ein gutes und glückliches Jahr 1992.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich danke Kollegen Stadtrat Schloßgangl. Als nächster hat sich Stadtrat Eichhübl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte meine Ausführungen zum Budget für 1992 mit dem Hinweis beginnen, daß wir auch diesmal der Einladung des Herrn Finanzreferenten nachgekommen sind, Wünsche und Anregungen zum Voranschlag für 1992 einzubringen. Dieses Mal allerdings unter wesentlich anderen Voraussetzungen. Nicht nur die personelle Veränderung des gesamten Gemeinderates sowie der personelle Wechsel des zuständigen Mandatars für Finanzen, sondern vor allem der Zeitablauf dieser Budgeterstellung ist sehr bemerkenswert. Wie aus einer jüngsten Aussendung der SPÖ hervorgeht, befaßten sich die Mandatare der SPÖ bereits am 21. und 22. Oktober mit dem vorliegenden Voranschlag für 1992 - nein, 1992. Ich bitte um Vergebung, daß ich mich um 30 Jahre geirrt habe, aber der 6er ist mit dem 9er sehr leicht zu verwechseln. Sogar Kollege Bremm stimmt dem erstmals zu. Ich danke ihm recht herzlich für die Zustimmung, aber er wird ja

später auch noch Gelegenheit haben, von dieser Stelle aus einige Anmerkungen zum Budget zu machen und ich hoffe, daß es ihm gelingt, die Jahreszahlen nicht zu verwechseln.

In der zweiten Novemberwoche, als dieses Rechnungswerk bereits gedruckt war, wurden dann erstmals Gespräche mit uns, der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion oder deren Vertreter, geführt. Daher, meine Damen und Herren, erhebt sich schon die Frage, wie ernst es eigentlich die SPÖ mit der Einbindung der FPÖ-Vorschläge gemeint hat. Noch dazu, wenn man berücksichtigt, daß diese seit Jahren allen bekannt sind. Ich möchte daher nochmals auf die wichtigsten dieser Forderungen und Einsparungsvorschläge hinweisen, die wir für dieses vorliegende Budget eingebracht haben.

Erstens die Mittelfreigabe zur Herstellung eines umfassenden Stadtentwicklungskonzeptes.

Zweitens die Mittelfreigabe für eine umfassende Untersuchung zur Erstellung eines modernen, effizienten Magistrats-Verwaltungs-Managements. Drittens die Mittelfreigabe zur Ausdehnung der Heimhilfe. Viertens die Förderung von Betriebsansiedlungen und die Verbesserung der Branchenstruktur. Fünftens die Übernahme von Haus- und Gehsteigreinigung für betagte Mitbürger durch den Wirtschaftshof - und dazu darf ich gleich eine Anmerkung machen. Ich glaube, eben-

falls in der Aussendung der SPÖ, die ich vorhin erwähnt habe, habe ich mit Freuden festgestellt, daß man auf der Ennsleite diesem Gedanken erstmals nachkommt, obwohl die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion seit Jahren diese Forderung für unsere betagten Mitbürger erhebt und wir eigentlich für diese Wünsche bzw. Anforderungen - soweit kann ich mich zurück erinnern - nur belächelt worden sind. Im Bereich der Kultur haben wir weiters permanente und kulturelle Veranstaltungen auf dem Stadtplatz gefordert. Eventuell einen sogenannten Talente-Schuppen. Aber wir haben nicht nur - und darauf liegt meine Betonung - Forderungen gestellt, sondern auch Einsparungsvorschläge eingebracht. Ich darf einige davon wieder in Erinnerung rufen. Nämlich weg von den Stadtratspensionen für ehrenamtlich wirkende ehemalige Stadträte und Vizebürgermeister. Die Abschaffung der Hauptamtlichkeit des ersten geschäftsführenden Vizebürgermeisters ist ja bereits erledigt, aber wir haben auch weitere Forderungsmaßnahmen in bezug auf Einsparungen in unserem Konzept verpackt. Und zwar die Halbierung der Repräsentationskosten, die Halbierung der Verfügungsmittel, Reduzierung der Subventionen, vor allen Dingen auch eine gerechte Vergabe durch entsprechende Richtlinien, eine Reform des Amtsblattes, wobei wir nicht vom Inhalt ausgegangen sind, sondern

eher von der Aufmachung, was beispielsweise das Papier betrifft, oder ob man es nicht zu einem richtigen Amtsblatt entwickeln könnte - als Mitteilungsblatt für die Bevölkerung unserer Stadt. Dann der Verkauf städtischer Wohnungen, den sogenannten Mietkauf; den Verkauf unrentabler Stadtbetriebe und hier haben wir auch, so wie in den vergangenen Jahren, an das Krematorium bzw. an die Bestattung gedacht, aber vor allen Dingen an das Hotel Nagl. Wobei auch der Herr Finanzreferent unsere Auffassung vertreten hat, daß es nicht ein unbedingtes Erfordernis ist, daß die Stadt Steyr ein Hotel betreibt, das der Stadt nur Geld kostet. Weiters die Abschaffung der Dienstzeit-Privilegien, im besonderen jene Regelung, daß der Geburtstag ein arbeitsfreier Tag ist.

Uns wurde vorerst angeboten, über einen frühzeitigen Nachtragsvoranschlag, und vor einigen Tagen erst, über einen Abänderungsantrag, teilweise unsere Vorstellungen für notwendige Ausgaben unterzubringen, allerdings ohne unsere Einsparungsvorschläge zur Bedeckung der Mehr-Ausgaben in einigen Bereichen, zu berücksichtigen. Davon muß ich bei meinen Ausführungen beim vorliegenden Voranschlag ausgehen. Dies auch deshalb, weil auch der angekündigte Abänderungsantrag noch nicht beschlossen ist, der gemeinsam von der SPÖ, ÖVP und GAL eingebracht

wurde und auch noch nicht berücksichtigt werden konnte. Ich darf aber doch hinzufügen, daß auch die FPÖ Abänderungsanträge eingereicht hat, auf die ich später noch im Detail zu sprechen kommen werde. Wir haben jedoch fairerweise vorher allen Fraktionen unsere Vorstellungen schriftlich übermittelt und ich muß eigentlich schon sagen, daß ich darüber erstaunt bin, daß Kollege Sablik gerne eine Zustimmung zu einem Abänderungsantrag haben möchte, den die FPÖ im Detail gar nicht kennt. Wir haben aber vermerkt, daß einige Änderungen dabei sind. Das war eine Aufstellung der geplanten Mehr-Ausgaben, eine Aufstellung der geplanten Bedeckungskosten, aber den Antrag an sich haben wir bisher noch nicht bekommen. Das nur zur Klarstellung.

Bevor Kollege Zagler noch weiter die "beleidigte Leberwurst" spielt, möchte ich aber doch zur Budget-Grundsatzrede kommen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der Haushaltsvoranschlag 1992, mit einem Budgetvolumen von rund 1 Milliarde, ist aus der Sicht der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion nicht mit jenen Erwartungshaltungen ausgestattet, die wir uns wünschen und vorstellen. Eine genaue Betrachtung des ordentlichen Haushaltes ergibt, daß der Sparwille bei den Repräsentationsausgaben von nahezu einer Million, beim Amtsblatt bzw. der Pressestelle von über 3 Millionen

oder bei Zuwendungen für das Personal und für die Personalvertretung von über 2,5 Millionen nicht gegeben ist. Man hört auch nichts von der Erfüllung einer weiteren freiheitlichen Sparforderung, nämlich der Abschaffung der Stadtratspensionen, für die - und darauf lege ich auch heute wieder wert - noch niemand, der diese bezieht, einen Schilling Pensionsbeitrag einbezahlt hat. Wir sind nicht dagegen, daß man für die Zukunft eine neue Regelung schafft. Aber unter der Voraussetzung, daß man Pensionen nur beziehen kann und ein Anrecht darauf hat, wenn man auch entsprechende Beiträge dazu geleistet hat.

Nur die Abschaffung - wie ich sie vorher schon erwähnt habe - der Hauptamtlichkeit des geschäftsführenden Vizebürgermeisters ist uns in diesem Zusammenhang doch etwas zu wenig. Es ist daher auch nicht verwunderlich, wenn der Schuldenstand auf nahezu 600 Millionen, der jährliche Schuldendienst auf über 70 Millionen Schilling ansteigen und die Rücklagenauflösung immer höher wird - neue Kredite müssen aufgenommen werden, die zur Ausfinanzierung des außerordentlichen Haushaltes besonders benötigt werden - und daher auf rund 140 Millionen Schilling ansteigen. Eine Vorsorgepolitik, wie wir sie uns vorstellen, ist das sicher nicht. Eine Politik der Vorsorge, meine Damen und Herren, eine Politik der Zukunft, muß sich insgesamt

betrachtet auf ein umfassendes Stadtentwicklungskonzept beziehen. Leider war die relative Gemeinderatsmehrheit vorerst nicht bereit, auch nur einen Schilling für ein Stadtentwicklungskonzept im außerordentlichen Haushalt einzusetzen. Das betrachten wir - auch wenn jetzt nachträglich die Bereitschaft besteht - doch als eine gewisse Kurzsichtigkeit dieser Politik.

Dafür werden auf der anderen Seite für ein noch nicht vorhandenes Konzept eines Generalverkehrsplanes 1,1 Millionen Schilling ausgegeben und ich weiß nicht, ob einer von Ihnen bereits ein ...

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Das war ein Auftrag auch mit Deiner Stimme.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... ob einer von Ihnen ein Konzept in Händen hält, das bereits im Frühjahr dieses Jahres dem Gemeinderat zur Behandlung hätte vorgelegt werden müssen. Herr Kollege Zagler, ich glaube nicht, daß ich bei meiner Beurteilung dieser Frage unrecht habe. Außer, Kollege Zagler, Du hast bereits ein solches in Händen, das ist durchaus möglich, aber das kannst Du ja dann selbst beantworten. Wir, meine Damen und Herren, empfinden diesen Weg als falsch. Der richtige Weg müßte eigentlich so sein, daß zuerst ein umfassendes, mehrstufiges

Stadtentwicklungskonzept unter starker Bürgerbeteiligung geschaffen werden sollte, und in diesem ist dann das Verkehrskonzept zu integrieren. Richtig wäre es auch, wenn nach einem Bürgerbeteiligungsmodell ein Stadtentwicklungskonzept, das alle Stadtteile einschließt, in einer 2- bis 3-Jahres-Planungsphase entstehen könnte. Es kann durchaus so sein, daß beispielsweise Einzelprojekte - um nur einige Beispiele zu nennen: der Fußgängerübergang über die Enns, der geplant ist, das geplante ÖBB-Parkdeck und andere Einzelprojekte - einer kontinuierlichen Stadtentwicklung, von der Gesamtkonzeption und vom Gesamtwillen der Bevölkerung aus betrachtet, entgegenwirken. Wir fordern, daß in dieser Beziehung wissenschaftlich-analytisch vorgegangen wird. Und zwar mit einem entsprechenden Bürgermeister, nein, Bürgerbeteiligungsmodell - wobei der Bürgermeister jedoch nicht ausgeschlossen ist. Wir stellen uns daher vor, daß man beispielsweise einen Experten dazu heranziehen könnte, wie das auch das Linzer Institut für Gemeindeforschung und Strukturanalyse gezeigt hat, welches von Mag. Dr. Helmut Retzl geschaffen wurde. Man könnte ihn beauftragen, ein echtes Stadtentwicklungskonzept für Steyr zu erarbeiten. Ein Ansatzposten von mind. 3 Mill. Schilling für das Rechnungsjahr 1992 wäre nach unserer Auf-

fassung das Minimum, um einen Anfang in diese Richtung zu setzen und zu starten.

Es nützt auch der Stadt hinsichtlich einer effizienten Entwicklung nichts, wenn man nur aus der Parteilbrille heraus den Budgetweg einer Befriedigungspolitik geht. Wenn man die Zustimmung der Fraktionen damit erreicht, indem man da und dort Einzelforderungen der Fraktionen und von Vereinen nachkommt, und dann sagt: "Liebe Leute, wir haben einiges für Euch getan, denn den Forderungen nach einer Fußgeherbrücke oder den SV-Förderungen nach einer Überdachung der Kunststeisbahn ist nachgekommen worden". So kann nach unserer Auffassung eine verantwortungsvolle Stadtentwicklungspolitik nicht verlaufen.

Wie betrachtet man eigentlich die Kulturpolitik? Mein Kollege Dr. Pfeil wird ja noch näher darauf eingehen. Im ordentlichen Haushalt sind nur Ausgaben für urbane Aufgaben enthalten. Im außerordentlichen Haushalt ist der Ansatz auf Null gestellt. Nicht eine einzige neue kulturpolitische Maßnahme kann der Kulturreferent mit Null-Dotierung ergreifen. Dabei hat eine umfassende Stadtentwicklung auch sehr wohl kulturpolitische neue Interessen der Bevölkerung wahrzunehmen bzw. auch anzubieten.

Auch für den Umweltsektor oder den Zivilschutz schreibt dieses Budget im außerordentlichen Haushalt eine Null-Dotierung vor.

Dabei gibt es Aufgabenwünsche der Bevölkerung, wie die Forderung der Anrainer am Blümelhuberberg nach Lärmschutzmaßnahmen, die mit Sicherheit gerechtfertigt sind und die noch in etwas konzentrierter Form an den Gemeinderat herangetragen werden. Es gibt nämlich bereits Anzeichen dafür, daß man diese Verkehrsbelastung in Zukunft nicht mehr ertragen können wird und deshalb entsprechende Maßnahmen gesetzt werden müssen. Ein entsprechendes Schreiben und eine entsprechende Berichterstattung über diese Zustände sind ja an Landespolitiker herangezogen worden.

Ich möchte jetzt zu einem Bereich kommen, der für mich persönlich von Bedeutung ist und für meine persönliche Verantwortung gegenüber dem fast destruierten Hallenbad darf ich jetzt einiges deponieren. Es ist meine bestimmte Absicht, meine politische Verantwortung geltend zu machen. Ich will keine Katastrophe heraufbeschwören, aber es geht nicht an, daß täglich hunderte Liter Warmwasser in dieser fast zerstörten Wannenstatik im Boden versickern und im außerordentlichen Etat nur ein Notgroschen aufscheint; nämlich in der Größenordnung von 600.000 S. Unabhängig von diesem Beschluß, der heute hier gefaßt wird, betreffend die Einholung von Förderungen, die wir erwarten, wird es ja nach dem Zeitablauf sicherlich notwendig sein - zumin-

dest wird sich die Frage stellen, ob es in diesem Zwischenzeitraum nicht notwendig ist - entsprechende Sanierungsmaßnahmen durchzuführen, oder das Hallenbad überhaupt zuzusperren. Daher meine Bedenken, daß für diesen Bereich nur 600.000 S bereitgestellt wurden. Nachdem mir Kollege Bremm hier gegenüber sitzt, darf ich zum Ausdruck bringen, daß ich nicht grundsätzlich gegen die Überdachung des Eislaufplatzes bin, aber ich bin für Prioritäten aus der Verantwortung heraus. Daher trete ich für eine Umschichtung dieser Mittel und für eine Zurückstellung der Eislaufplatzüberdachung zugunsten des von uns geforderten Stadtentwicklungskonzeptes, eine ordentliche Dotierung des Kulturressorts, für eine Sicherung des Hallenbades und für Lärm-schutzmaßnahmen ein. Der Hintergrund der Forderung nach der Eislaufplatzüberdachung scheint auch eine vereins-interne oder -externe Auflage des Eishockey-Clubs ATSV Steyr zu sein. Ich sehe momentan nicht ganz ein, daß für diesen in der Regional-Liga spielenden Eishockey-Club - über der Regional-Liga gibt es ja noch eine National- und eine Bundes-Liga - die Überdachung Priorität haben muß.

Nun möchte ich auf weitere Einsparungsforderungen von uns verweisen, die nicht berücksichtigt sind. Wo ist die vom Rechnungshof geforderte Subventionsordnung für Steyr. Seit 9. Dezember

1976 gibt es hier im Gemeinderat einen Grundsatzbeschluß zur Schaffung einer Subventionsordnung für Steyr - dieses Mal habe ich mich nicht in der Jahreszahl geirrt, es ist tatsächlich 1976 eine derartige Subventionsordnung beschlossen worden. Ich möchte Ihnen schon in Erinnerung rufen, was damals die Mitglieder des Finanz- und Rechtsausschusses am 24. Februar zum Ausdruck gebracht haben. Nämlich, daß dieser vorstehende Text für eine zu beschließende Subventionsordnung für Steyr - und da beziehe ich mich auf den genauen Text - seitens der FPÖ-Fraktion und der Gemeinderatsfraktionen bzw. der Mitglieder des Finanz- und Rechtsausschusses zur weiteren Beratung, zur eventuellen Verbesserung und Ergänzung und zur nachfolgenden Antragserhebung im Finanz- und Rechtsausschuß für den Gemeinderat überantwortet wird. Diese Textvorlage fußt auf einen am 9. Dezember 1976 einstimmig vom Gemeinderat angenommenen Antrag der Freiheitlichen Fraktion, auf Erarbeitung von Richtlinien einer Subventionsordnung. Am 24. Februar 1977 wurde dieser Antrag erstmals im Finanz- und Rechtsausschuß erörtert und dem Unterzeichner durch den damaligen Hr. Bürgermeister Weiß empfohlen, eine diesbezügliche Textausarbeitung vorzubereiten. Diese Ausarbeitung wurde gemacht - ich habe sie sogar hier und kann sie dann den Fraktionsobmännern zur

Verfügung stellen - und dann schubladiert. Diese Ausarbeitung lehnt sich an die bestehenden Subventionsordnungen, u. a. der Landeshauptstadt Klagenfurt, die dort am 30. 6. 1967 vom Gemeinderat beschlossen wurde. Der derzeitige Stand der Dinge ist also jener, daß man eigentlich gar keinen neuen Grundsatzbeschluß für eine derartige Subventionsordnung zu fassen bräuchte, sondern man von diesem Grundsatzbeschluß aus dem Jahre 1976 ausgehen kann und diesen auch vollziehen kann.

Ich war beinahe gerührt, meine Damen und Herren, als ich von einem namhaften SPÖ-Mandatar gehört habe, daß man jetzt aufgrund der geänderten politischen Verhältnisse der FPÖ bei ihren Forderungen entsprechend entgegen kommen wird. Ich muß schon fragen, wo dieses Entgegenkommen bleibt bei der von uns seit 20 Jahren deponierten Forderung nach einem objektiven Punktesystem für die Wohnungsvergabe. Wir müßten nur das Grazer Punktesystem als Anhalt nehmen. Das habe ich bereits vor Jahren und auch bei der letzten Budgetdebatte hier deponiert.

Wo bleibt das vorläufige Lippenbekenntnis bei der Bewältigung der Steyrer Mono-Struktur? Da heißt es in einer renommierten Fachzeitschrift: "Steyr: Der Weg aus der Krise - Betriebsansiedlung und Forschung. Der Betriebspark nach englischem Muster, wie sie jetzt auch in Linz

und Wels realisiert werden, soll neben dem Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik, Kurzbezeichnung FAZAT, den nötigen Anreiz für Unternehmen und Firmen bieten, Steyr aufleben zu lassen." Zitat-Ende. Im FAZAT, meine Damen und Herren, soll sich eines der modernsten Meßtechniklabors Österreichs befinden. Man sieht in Steyr einen guten Boden für Grundlagenforschung. Diese Forschung komme der Wirtschaft zugute, heißt es weiters in dieser Zeitschrift. Daher darf ich hier die Frage anhängen, wo die Erfolge sichtbar sind. Bisher scheint das FAZAT eine gewisse Spielwiese ohne Effizienz gewesen zu sein. Millionen sind dorthin geflossen, herausgekommen sind philosophische Facetten. Ich habe - nachdem Kollege Zagler eine Zwischenfrage gestellt hat - diesen Teil der Zeitschrift, die ich angeführt habe in meinen Unterlagen dort liegen und bin gerne bereit, ihn Dir dann zur Verfügung zu stellen.

Ich möchte nun aber in meinen Ausführungen fortfahren, indem ich einen Politiker zitiere, den Sie sicher alle gut kennen. Er sagt beispielsweise: "Was aber insgesamt fehlt" - in diesem Zusammenhang, den ich vorhin erwähnt habe - "ist ein notwendiger Branchen-Mix". Dazu wäre folgendes zu sagen: Es ist sicherlich die Schuld der Bundesregierung, der Landesregierung, daß Steyr in den letzten Jahrzehnten so stief-

mütterlich hinsichtlich der Infrastruktur behandelt wurde. Denn welcher Betrieb läßt sich gerne hier in Steyr nieder, wenn es in und um Steyr ein Ungleichgewicht gibt, an dem die schlechte Verkehrslage zweifelsohne Mitschuld trägt. Wir befinden uns doch fernab vom Verkehrsknoten Westbahn und 20 km fernab von der Autobahn. Andererseits ist es doch auch für die Anrainer der Ennser Straße, am Blümelhuberberg, der Haratzmüllerstraße - um nur einige Beispiele zu nennen - unzumutbar, täglich etwa 120 LKW-Züge zu registrieren. Ca. 35 LKW-Züge alleine fahren ja bekanntlich schon BMW an, die eben diese Straßen benützen müssen. In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals denselben Politiker zitieren, den ich vorhin angeführt habe. "Zwischen 1980 und 1986 wurden alleine in den alles dominierenden Steyr-Werken 4.000 Arbeitskräfte freigesetzt. Ein schwerer Schlag für die 41.000 Seelen-Stadt. Es ist eine Todsünde, einem Betrieb auf Gedeih und Verderb ausgeliefert zu sein. Doch dies soll sich grundlegend ändern." Er hat es jetzt bereits registriert; dieses Zitat und die Bekenntnisse oder Eingeständnisse von Todsünde, Gedeih und Verderb, wie es dort heißt, stammen von keinem Geringeren als vom Steyrer Bürgermeister Hermann Leithenmayr aus der Zeitschrift "Chef-Info"-Nr. 11 vom Oktober 1991. Ich darf dazusagen, daß ich mich seinen Ausführungen an-

schließe, denn es muß mehr gegen diese genannten Todsünden aus der Vergangenheit getan werden. Diese Textstellen, die ich zitiert habe, kann ich wie gesagt jederzeit hier vorzeigen. Aus dieser Aussicht heraus, meine Damen und Herren, muß ein umfassendes Stadtentwicklungskonzept geschaffen werden und die Mittelfreigabe dafür jetzt schon erfolgen. Es wird doch, so hoffe ich zumindest, hier niemand glauben, daß wir ohne wissenschaftlich fundierte Grundlagen, ohne analytische Vorgangsweise zu einer von der Bevölkerung gewünschten Stadtentwicklung gelangen können. Die Zeit der Verordnungen von oben herunter ist sicher vorbei.

Wir treten aber auch für eine objektive Postenvergabe ein - und das nicht neuerdings. Wobei Eignungstests nicht magistratsintern, sondern -extern vorzunehmen sind oder wären. Objektivierungsmaßnahmen sollten zum Ziel haben, daß Bewerber nicht parteiabhängig sind. Wie ich gehört habe, plant ja das Land Oberösterreich bzw. die Landesregierung und der Landtag im nächsten Jahr, Objektivierungsrichtlinien für die Einstellung aller öffentlich Bediensteten zu schaffen und dieses Gesetz soll angeblich auch bald kommen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, ich werde nun entsprechend der Einzel-Voranschläge bzw. der Budget-Ansatzgrup-

pen noch einige Stellungnahmen abgeben. Vor allem bitte ich Sie, die Seite 63 des Voranschlags zuerst zu betrachten. Es geht um den Zivilschutz. Der ordentliche Haushalt weist an Ausgaben für den Zivilschutz einen Betrag von 58.000 S auf. Das sind Kosten für Strom, für die Instandhaltung von Sonderanlagen und eine Zahlung an private Institutionen ohne Erwerbscharakter in der Höhe von 25.000 S, sprich an den Landeszivilschutz. Wobei die Anmerkung erlaubt sei, daß diese Gelder, die an diesen Landeszivilschutz fließen sollen, erhöht werden. Im außerordentlichen Haushalt ist unter der Gruppe I für den Zivilschutz auf Seite 211 nachzusehen - es ist kein einziger Schilling als Ansatzposten dafür vorgesehen. Ich finde, daß für den umfassenden Begriff der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit, auch für den Zivilschutz, mehr getan werden sollte. Das sage ich hier nicht nur als Mandatar, sondern auch als Landesfunktionär des oberösterreichischen Zivilschutzverbandes.

Die Vereinsförderung habe ich vorhin registriert; man kann es auch so sehen. Aber es gibt doch Beispiele dafür, daß andere Länder - und da möchte ich die Schweiz heranziehen - dem Augenmerk des Zivilschutzes wesentlich mehr Bedeutung zuwenden. Dieselbe Kritik betrifft den Umweltschutz. Betrachten Sie bitte die Seite 149, Ansatzposten Nr. 52. Unter dem Titel "Umwelt-

schutz und Reinhaltung der Gewässer" ist ein Betrag von Null Schilling im ordentlichen Haushalt angesetzt. Auch für die Lärmbekämpfung, siehe gleiche Seite, ist der lächerliche Betrag von 111.000 S präliminiert. Ich würde diese Kritik jetzt sofort zurücknehmen, wenn wenigstens im außerordentlichen Haushalt für den Umweltschutz und für die Lärmbekämpfung ein Betrag eingesetzt worden wäre. Aber sehen Sie selbst auf der Seite 231 nach, welcher großen Stellenwert der Umweltschutz und die Lärmbekämpfung bei der Erstellung des Voranschlag-Entwurfes gehabt haben, nämlich überhaupt keinen. Auch hier sehen sie einen Betrag von 0,0 Schilling. Kollege Zagler lächelt darüber. Wahrscheinlich wird er irgendwo versteckt doch noch etwas wissen oder erwarten, daß es auch die anderen finden.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Du überschätzt mich!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Im Zusammenhang der Ausgaben oder der geplanten Ausgaben für den Umweltschutz - da wende ich mich an die Grüne Alternative Liste, denen wird das ja auch bekannt sein - haben die Grünen in Linz kritisiert, daß für diesen Bereich nur 29 Millionen Schilling veranschlagt sind - in Steyr sind überhaupt keine Mittel vorgesehen, außer es kommt zu diesem

Beschluß, der eine geringe Abänderung im Interesse der Grünen Alternativen Liste finden wird. Auch diese Tatsache ist für uns ein Grund, diesem Voranschlags-Entwurf mit großer Skepsis gegenüber zu stehen. Dabei gäbe es gerade auf diesem Sektor sehr vieles in Steyr zu tun - ich habe schon auf das Beispiel der Forderung der Blümelhuberberg-Anrainer nach Lärmschutzmaßnahmen hingewiesen. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß es dort Anrainer gibt, die wahrscheinlich diesem ganzen Geschehen nicht mehr tatenlos gegenüber stehen werden, wenn nicht tatsächlich entscheidende Veränderungen in diesem Bereich gesetzt werden, bzw. wenn nicht tatsächlich die jahrzehntelange Forderung des gesamten Gemeinderates nach der Errichtung einer Nordspange realisiert wird. Mit Ausnahme der Grün-Alternativen - aber ich glaube der erste Sprecher der GAL war auch etwas anderer Meinung, als es erstmals um diese Belange gegangen ist. Ich glaube, mich richtig erinnern zu können, aber es mag durchaus auch anders gewesen sein. Schlußendlich hat sich doch dann eine Ablehnung der Grün-Alternativen im Zusammenhang mit dieser Errichtung Nordspange ergeben.

Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, haben wir - um wieder auf den Sinn des heutigen Antrages zurückzukommen - ebenfalls vor, einen Abänderungsantrag in Richtung Mittelfreigabe

für Lärmbekämpfung zu stellen. Es klingt eigentlich sehr witzig, daß bei einem Budget von nahezu 1 Milliarde für den Umweltschutz und für die Lärmbekämpfung nur ein Betrag von 111.000 S zur Verfügung steht.

Nun zu einem Teil meines Verantwortungsbereiches. Dazu möchte ich Sie bitten, die Seite 179, Gruppe VIII, die Beträge für Freibäder, Hallenbad sowie Sauna zu beachten. Sie können hier sehr klar nachlesen, daß für beide Projekte, die vor Jahrzehnten errichtet wurden, noch Tilgungsraten in der Höhe von rund 939.000 S zu bezahlen sind. Das ist aber nicht die letzte Rate. Die letzte Rate wird etwa im Jahre 2003 fällig sein - so nachzulesen auf Seite 293. Beim Nachweis über den Schuldenstand Stadtbad, Hallenbad und Sauna ergibt dies zusammen einen Schuldenbetrag von 9.105.000 S. Also rund 4,3 Millionen für das Stadtbad und rund 4 Millionen für das Hallenbad mit der Sauna müssen noch bezahlt werden. Sie alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen Bescheid über den desolaten Zustand dieses Hallenbades. Daher nochmals die Frage, was man im außerordentlichen Haushalt für den Fall der Fälle - ohne, daß ich etwas heraufbeschwören möchte - vorgesehen hat. Auf Seite 251, Ansatzposten 833, ist nachzulesen, daß ein Betrag von 600.000 S eingesetzt ist. Wie weit man beim Hallenbad damit kommt, wenn tatsächlich etwas passie-

ren sollte - was sich niemand wünschen würde, ich am allerwenigsten - kann man sich leicht ausrechnen. Daher gibt es auch von uns heute einen weiteren Änderungsantrag, den ich Ihnen später noch im Detail zur Kenntnis bringen werde.

Nun zu einer Bezeichnung im Budget, die immer wieder das Augenmerk auf sich lenkt und bei der man immer hinterfragen muß, was damit gemeint ist. Die Kapitaltransferzahlungen an private Institutionen ohne Erwerbscharakter. Wenn Sie bitte dazu die Seite 209 des außerordentlichen Haushaltes berücksichtigen, unter Ansatzpost 777.000.6, steht ein Betrag von 100.000 S. Warum gibt man nicht gleich bekannt, so wie im Falle der Förderung BMW, SNF oder Vorwärts Steyr, wohin diese 100.000 S fließen. In diesem Fall handelt es sich - und ich sage das wertneutral - um eine außerordentliche Subvention an den Lions-Club. Oder betrachten Sie bitte die Seite 219, Ansatzpost 269. Da heißt es unter "Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Sport und außerschulische Leibeserziehung": Kapitaltransferzahlungen an private Institutionen ohne Erwerbscharakter. Unter diesem Titel ist ein Betrag von 800.000 S im außerordentlichen Etat vorgesehen. Daher erhebt sich wiederum die Frage, warum man nicht gleich ausweist, daß es sich dabei um eine außerordentliche Subvention für die Union Steyr und für den ASKÖ

Resthof handelt. In diesem Zusammenhang fordert die Freiheitliche Fraktion mehr Transparenz bei der Vergabe von Subventionen und einen jährlichen Subventionsbericht, der nicht nur an den Gemeinderat geht, sondern auch im Amtsblatt der Stadt Steyr abgedruckt werden soll. Denn, meine Damen und Herren, es mutet eigenartig an und es geht nach unserer Auffassung nicht an, daß der Gemeinderat eine Jahres-Subventionsliste beschließt und darüber hinaus noch externe, im außerordentlichen Haushalt versteckte Zuwendungen an Vereine gegeben werden. Ich weiß schon, daß jetzt anschließend vielleicht der eine oder andere Mandatar hier herauskommen wird und sagt, daß die Union Steyr bzw. der ASKÖ Resthof dies oder jenes vorhat. Dagegen ist nichts einzuwenden. Wenn ein Vorhaben gerechtfertigt ist, dann soll dies auch im Budget unter einem erkennbaren Titel seinen Niederschlag finden.

STADTRAT KARL HOLUB:

Aber Roman, Du hast es ja selbst mitbeschlossen, daß dies 2-Jahres- und 3-Jahres-Etappenfinanzierungen sind. Es wäre schon gut, das zu beachten.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich beziehe mich nicht auf den Betrag! Herr Kollege Holub, ich habe keine negativen Äußerungen über die ausbezahlten Beträge.

sondern lediglich den Vorschlag gemacht, daß man die Beträge unter dem entsprechenden Titel vermerken soll, damit das Budget klarer erkennbar ist. Ich betone noch einmal, daß es nicht um die Ausgabenpositionen in Schilling geht.

Ich darf nun fortfahren, in der Gruppe 0 ist der Betrag unter dem Titel "Entgelt für sonstige Leistungen und Transferzahlungen", in Höhe von insgesamt 7,253.000 S. auch nicht auf Anhieb erkennbar. Und darum geht es, Herr Kollege Holub.

Um noch einmal auf die Subventionen zurückzukommen. Wir werden beantragen, daß jeder Amtsbericht über ein Subventionsansuchen an den Gemeinderat oder an den Stadtsenat sämtliche Subventionen, die der jeweilige Verein im laufenden Jahr bereits erhalten hat, beinhalten muß; zur klaren und deutlicheren Erkennbarkeit. Weiters ersuchen wir den Bürgermeister, dem Gemeinderat jeweils zu Jahresbeginn einen Subventionsbericht zu übermitteln. Dieser Bericht sollte neben dem Empfänger auch die Höhe und die Begründung für eine Subvention enthalten. In diesem Zusammenhang erinnere ich nochmals an notwendige Forderungsrichtlinien.

Weiters fällt mir auf, daß auf Seite 221 des außerordentlichen Haushaltes ein Ausgabenbetrag von 2 Millionen Schilling angeführt ist, wieder unter dem Titel "Kapitaltransferzahlungen an pri-

vate Institutionen ohne Erwerbscharakter". Daher noch einmal die Frage, die ich vorhin schon gestellt habe: Warum kann man das nicht gleich damit betiteln, wem es zugute kommen soll? In diesem Fall handelt es sich um das FAZAT. Auch auf Seite 223 - ich könnte das jetzt weiter fortführen - findet man diesen ominösen Titel einige Male wieder. Vor allem aber auch beim Ansatzposten 663 unter "Altstadterneuerung und Ortsbildpflege"; dort findet sich unter der Nr. 777.000.1 ein Betrag von 1,5 Millionen Schilling. Mit diesem Betrag sollten bekanntlicherweise einige Wohneinheiten im Wehrgraben geschaffen werden. Das ist zwar keine Kritik jetzt, das möchte ich besonders betonen, wenn ich sage, daß es an und für sich besser gewesen wäre, wenn für die Schaffung von Wohnraum dieser Betrag nicht unter dem Titel "Altstadterneuerung und Ortsbildpflege", sondern unter der Gruppe IV - "Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung" - eingebaut worden wäre.

Es wäre auch sinnvoller gewesen, wenn Sie die sogenannten Kapitaltransferzahlungen an Kirchen, sprich die Subventionen von 1,6 Mill. Schilling, für zwei Kirchen in Steyr, darunter die in Gleink, echt betitelt hätten. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, fällt mir ein, daß wir auch - damit meine ich nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch den gesamten Gemeinderat -

eine moralische Verpflichtung hätten, den elternlosen Kindern aus Kroatien, vor allem den Kindern der bekannten zerbombten Städte, zu helfen. Gott sei Dank gibt es einige private Organisationen, die unter dem Titel "Kroatienhilfe" durch Benefizkonzerte und andere Sammeltätigkeiten einen kleinen Beitrag für die unschuldigsten Opfer des Bürgerkrieges in Kroatien leisten. Bad Hall hat beispielsweise auf private Initiative 100 kroatische elternlose Kinder aufgenommen. Es gibt aber auch in Linz einige Initiativen; u. a. ist hier der Linzer Gemeinderat Mag. Bernhard Eiselt derjenige, der im Zusammenwirken mit dem aus Kroatien stammenden Pfarrer des Wagner-Jauregg-Krankenhauses in Linz ebenfalls Sammelaktionen durchführt. Es könnte sich auch unser Gemeinderat erbarmen und einige, in diese Richtung gehende Hilfsaktionen unterstützen. Ich darf noch einmal sagen, daß gerade die Kinder diejenigen sind, die am unschuldigsten unter diesen Verhältnissen zu leiden haben. Ich fordere daher auch die Stadtgemeinde Steyr auf, vor allem aber den zuständigen Wohlfahrtsausschuß, in Richtung "Hilfe für Kinder aus Kroatien" etwas zu tun und sich etwas einfallen zu lassen. Dieselbe Aufforderung richte ich auch an die Steyrer Kirchen.

Meine Damen und Herren, positiv ist zu vermerken, - jetzt habe ich eigentlich erwartet, daß Kollege

Zagler lächelt, dies ist aber nicht der Fall - daß 4 Millionen zur Verfügung gestellt werden, um Grundankäufe zu tätigen, sowie weitere 2 Millionen vorgesehen sind, um darauf eine "Geschützte Werkstätte" zu errichten. Aber auch hier wieder die Feststellung, warum nicht wie bei anderen Positionen diese Transferzahlung entsprechend betitelt wird. Alles in allem kann man feststellen, daß dieser vorliegende Voranschlag für das Rechnungsjahr 1992 keine besonderen Ansätze einer verbesserten Struktur und einer besseren Planung in Richtung mittelfristige Budgetkonzeption oder Stadtentwicklung nachweist.

Ich möchte nun noch darauf zurückkommen, daß vor wenigen Tagen, sozusagen vor Torschuß, der FPÖ angeboten wurde, doch noch Forderungen über einen Abänderungsantrag in den außerordentlichen Haushalt hineinzubringen. Die FPÖ-Anregungen betreffend die Schaffung eines Stadtentwicklungskonzeptes, eine Wirtschaftlichkeitsüberprüfung der Verwaltung, Mehrausgaben für den Zivilschutzverband sowie Bereitstellung von Budgetmitteln für Kultur im außerordentlichen Haushalt wären der SPÖ 3,6 Millionen Schilling wert gewesen, um unsere Zustimmung zum Gesamtbudget von nahezu 1 Milliarde zu erhalten. Oder sollte man eigentlich besser sagen, um die FPÖ zu ködern. Die weiteren Wünsche der anderen Parteien la-

gen in der Größenordnung von etwa 5,5 Mill. Schilling, soweit ich mich auf dieses Gespräch erinnern kann, und die Abdeckung dieser Summen sollte lediglich durch Schuldenerhöhung ausgeglichen werden. Diesen Voranschlag hat dann die FPÖ zurückgewiesen, weil wir die Auffassung vertreten, die FPÖ-Gemeinderatsfraktion macht keine Konsens-Politik auf dem Rücken der steuerzahlenden Bürger unserer Stadt. Es kann doch wirklich nicht im Interesse der Steuerzahler sein, nur die Schulden zu erhöhen oder aus Rücklagen verschiedene Mehrausgaben abzudecken. Die SPÖ agiert ja in dieser Hinsicht bundesweit mit diesem alt hergebrachten Stil, daß sie nur Gelder ausgeben kann, die andere erarbeiten müssen. Diese Einstellung ist nach unserer Auffassung sehr kurzsichtig und wenn man es richtig betrachtet - so hat es mir zumindest ein bekannter Mann, der in der Wirtschaft tätig ist, gesagt - eine Bankrott-Erklärung wirtschaftlichen Denkens. Wir fordern daher vor allem die SPÖ auf, sich endlich Gedanken zu machen, und zwar besonders dringend ernsthafte Gedanken. Gerade weil wir bereit sind, meine Damen und Herren, Mitverantwortung zu übernehmen, sehen wir uns veranlaßt, nur unter bestimmten Voraussetzungen diesem Budget die Zustimmung zu geben. Aus dieser Überlegung heraus, empfehlen wir daher allen Fraktionen, sich folgenden Abän-

derungsanträgen der Freiheitlichen GR-Fraktion anzuschließen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die im ordentlichen Haushalt 1992 ausgewiesenen Ausgabenpositionen für Repräsentationen, für die Pressestelle, für Zuwendungen für das Personal, sprich Personalvertretung, um 40 Prozent abzusenken.

Abänderungsantrag 1 gem. § 38 (2) h

Der Gemeinderat wolle folgende Abänderung des heute, 17. Dezember 1991, zur Beratung vorliegenden Voranschlages der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1992 beschließen:

Die im Voranschlagsentwurf - ordentlicher Haushalt - angeführten Ausgabenpositionen bzw. ausgewiesenen Beträge werden um 40 Prozent abgesenkt, und zwar für:

a) Repräsentationen, siehe Seite 37, VA-Post 019, und Seite 47, Ansatz-Post 723000.9 und 723000.8

b) Pressestelle, siehe Seite 33 und 35, VA-Post 1/0150

c) Personalvertretungs-Zuwendungen, siehe Seite 51 und 53, VA-Post 094 und 099

Die eingesparten Beträge von rund 2,7 Millionen sollen für ein Stadtentwicklungskonzept, für Lärmschutzmaßnahmen, für das Kulturressort und für das Hallenbad (Reparaturfonds) zur Verfügung gestellt werden.

PS: Ausgewiesene Ausgaben im Voranschlagsentwurf

zu a) Repräsentationen: S 816.000,-- + 20.000,-- + 150.000,-- = 986.000,--

zu b) Pressestelle/Amtsblatt S 3.286.000,--

zu c) Personalvertretung/Gemeinschaftspflege: S 500.000,-- + S 2.045.000,-- = 2.545.000,--

Gesamtausgaben für diese 3 Titel: S 6.817.000,--

2. Die im ordentlichen Haushalt ausgewiesenen Ausgaben für Pensionen für ehemals, ehrenamtlich wirkende Stadträte und Vizebürgermeister sind zu streichen und den damaligen Grundsatzbeschuß des Gemeinderates soll man aufheben.

Abänderungsantrag 2
gem. § 38 (2) h

Der Gemeinderat wolle folgende Abänderung des heute, 17. Dezember 1991, zur Beratung vorliegenden Voranschlages der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1992 beschließen:

Die im Voranschlagsentwurf - ordentlicher Haushalt - angeführte Ausgabenposition für Pensionen in der Höhe von S 3.428.000,--, siehe Seite 29 und 266, VA-Post 760000.8, für 9 ehemals wirkende Stadtsenatsmitglieder (9 Pensionsempfänger) bzw. die dafür vorgesehenen Ausgabenbeträge sind zu reduzieren, weil sechs ehemalige, ehrenamtlich wirkende Stadtsenatsmit-

glieder keine Pensionsbeiträge eingezahlt haben.

Der Grundsatzbeschuß des Gemeinderates, der zu diesen "Ruhegüssen" (Privileg) für Stadtsenatsmitglieder führte, ist daher vom Gemeinderat ab sofort aufzuheben.

Die eingesparten Beträge sollen für ein Stadtentwicklungskonzept, für Lärmschutzmaßnahmen, für das Kulturressort und für das Hallenbad (Reparaturfonds) zur Verfügung gestellt werden.

3. Der im außerordentlichen Haushalt ausgewiesene Ausgabenbetrag von 6,7 Mill. Schilling für die Kunsteisbahn-Überdachung soll für diesen vorgesehenen Zweck abgesetzt und wie folgt umgeschichtet werden, wobei ich zur Erklärung nur anfügen möchte, daß wir nicht von den 10 Millionen Schilling ausgegangen sind und die tatsächlichen 6,7 Mill. S ansprechen, abzüglich der zu erwartenden Landesförderung.

Ich darf im Antrag fortfahren, wobei mind. 3,3 Mill. Schilling an Einsparungsvorschlägen betreffend unsere Abänderungsanträge Nr. 1 und 2 dazukommen. 3 Mill. Schilling als Ansatz für ein Stadtentwicklungskonzept, 3 Mill. Schilling für Lärmschutzmaßnahmen, 2 Mill. Schilling für das Kulturressort, 1,5 Mill. Schilling zusätzlich für das Hallenbad - sozusagen als Notgroschen für eventuelle Reparaturen - und 0,5

Mill. Schilling für weitere Umweltschutzmaßnahmen.

Abänderungsantrag 3 gem. § 38 (2) h

Der Gemeinderat wolle folgende Abänderung des heute, 17. Dezember 1991, zur Beratung vorliegenden Voranschlags der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1992 beschließen:

Der im Voranschlagsentwurf - ao. H. - ausgewiesene Betrag von 6,7 Millionen Schilling für die Kunsteisbahn-Überdachung (siehe Seite 217, VA-Post 5/2621) und die Einsparungsbeträge in der Höhe von 3,3 Millionen (fußend auf die Abänderungsanträge Nr. 1 und Nr. 2) sollen für folgende Maßnahmen umgeschichtet bzw. wie folgt verwendet werden:

3 Millionen als Ansatz für ein Stadtentwicklungskonzept

3 Millionen für Lärmschutzmaßnahmen

2 Millionen für außerordentliche Aufgaben der Kultur

1,5 Millionen zusätzlich für das Hallenbad (Reparaturfonds)

0,5 Millionen für weitere Umweltschutzmaßnahmen (= 10 Millionen)

Wenn der Gemeinderat jetzt diesen 3 Abänderungsanträgen zustimmen sollte, ändert sich im Budgetrahmen gar nichts, weil es sich lediglich um Umschichtungen handelt. Außerdem werden damit Einsparungen von 40 Prozent bei den Repräsentationen usw., wie

ich es vorhin erwähnte, erzielt. Die eingesparten Gesamtbeträge für die ersten drei Titel ergeben dann einen Jahresbetrag von 2,752.680 S und bei den Stadtsenats-Einsparungen ungefähr - das konnte man nicht genau herausrechnen, aber vielleicht weiß es der Herr Finanzreferent. 3,4 Mill. Schilling sind ja die Gesamtbeträge, die die gerechtfertigten Pensionen für jene, die Beitragszahlungen leisten, auch beinhalten. Man müßte also den Betrag herausrechnen, den wir meinen; nämlich für jene 6 Stadtsenatsmitglieder, die bisher keine Pensionsbeiträge gezahlt haben. Ich glaube, daß dies richtig ist.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf vorausschicken, daß die FPÖ-Fraktion dem Voranschlag 1992, mit Ausnahme der von uns positiv beurteilten Einnahmen und Ausgaben, die Zustimmung nicht geben wird, sollten unsere vorhin genannten Anträge für notwendige Ausgaben mit gleichzeitigen Bedeckungsvorschlägen durch Einsparungsmaßnahmen abgelehnt werden.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, daß alle jene Mandatäre, die dem Abänderungsantrag der SPÖ, ÖVP und GAL beitreten, sich schon darüber im klaren sein müssen, daß die verlangten Mehrausgaben durch eine 4 Mill. S-Rücklagenentnahme und eine 1 Mill. S-Darlehensaufnahme abgedeckt werden müssen. Im be-

sonderen spreche ich dabei die ÖVP-Fraktion an, weil sich strukturell an diesem Budget nichts ändert, sondern durch Ihre Zustimmung nur die Ausgaben in die Höhe getrieben werden. Die Anträge der FPÖ-Fraktion hingegen, die notwendige Mehrausgaben und Mehraufwendungen in verschiedenen Bereichen im Interesse der Bürger unserer Stadt beinhalten und vorsehen, würden durch entsprechende Einsparungsvorschläge und Umschichtungen abgedeckt werden. Das ist eben der große Unterschied zwischen den beiden vorliegenden Abänderungsanträgen der Parteien SPÖ, ÖVP und GAL im Gegensatz zu den Anträgen der FPÖ.

Ich möchte auch die Gelegenheit noch wahrnehmen, nachdem Kollege Stadtrat Zagler darauf hingewiesen hat, daß die Aufklärung verschiedener Fragen der Verantwortlichen für die zugeordneten Bereiche, in bezug auf die budgetäre Planung, notwendig sein könnte, ein paar Worte bezüglich den Stadtwerkebetrieben und der Finanzplanung für 1992 zum Ausdruck zu bringen und folgendes zu vermerken. Ich darf vorausschicken, daß wir, was die Ausgaben der Stadtwerke oder überhaupt das Budget der Stadtwerke betrifft, in der Freiheitlichen GR-Fraktion eine positive Haltung einnehmen. Allerdings wurde der Investitionsplan 1992, der ja von meinen Vorgängern - und wie ich annehme, in Absprache mit der SPÖ - erarbeitet wurde, vom Kol-

legen Zagler und weiteren SPÖ-Mitgliedern im zuständigen Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen nicht gut geheißen. Ich möchte nur auf einen Bereich eingehen, und zwar die Erdgasversorgung. Bekanntlich wurden ja die Mittel für die geplanten Ausweitungen der Erdgasleitungen nach Garsten aus diesem Budget herausgenommen. Ich habe bereits im Ausschuß erwähnt, daß ich dies für nicht zielführend befinde. Wenn man auch davon ausgeht, daß in erster Linie in allen Stadtteilen derartige Versorgungsstränge vorrangig sind, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß es sich um ein Konzessionsgebiet der Stadtwerke handelt und man vor allen Dingen doch Bedacht darauf nehmen müßte, daß das Erdgas eine entsprechende Einnahmequelle darstellt. Mir kommt das so vor, als würde man ein Produkt, das sich sehr gut verkauft, einfach vom Ladentisch nehmen. Nicht zu vergessen, meine Damen und Herren, ist die Tatsache, daß die Einnahmen der Gaswerke in nicht unerheblichem Ausmaß zur Abdeckung der Verkehrsbetriebe herangezogen werden. Ich möchte ebenfalls bitten, das in die Überlegungen miteinzubeziehen, wenn man darüber diskutiert. Wir haben auch darüber gesprochen, daß es durchaus möglich sein könnte, eine andere Finanzierungslösung für die Aufschließung nach Garsten zu finden. Man könnte z. B. daran

denken, Gelder aufzunehmen. Jedoch mit dem Hinblick, daß aus dem Erlös der verkauften Gasmenge Rückzahlungen getätigt werden. Somit nur einige Bemerkungen zum Ressort, für welches ich zugeteilt worden bin, aber ich glaube, es wird noch möglich sein, im Verlauf des heutigen Tages - sofern es notwendig ist - weitere Stellungnahmen abzugeben.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber zum Schluß meiner Ausführungen als Fraktionsobmann der Freiheitlichen GR-Fraktion den Beamten dieses Hauses, den Herren Bürgermeistern, allen Damen und Herren des Gemeinderates sowie allen Bediensteten der Magistratsverwaltung und ihren Angehörigen ein schönes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr 1992 wünschen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich danke Kollegen Eichhübl; die Anträge 1 bis 3 der FPÖ-Fraktion werden mit in Behandlung genommen.

Vereinbarungsgemäß unterbreche ich die GR-Sitzung für eine Stunde und wir setzen im Anschluß fort.

PAUSE VON 12.30 BIS 13.50 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich hoffe, Sie hatten ein gutes Mittagessen, konnten sich ein wenig entspannen und ich darf die Sitzung wieder eröffnen. Wir setzen die Beratung fort, zu Wort gemeldet ist GR Dipl.-Ing. Mundorff.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie sind nicht allzu sehr mit Arbeiten im Verdauungstrakt beschäftigt und können auch noch meinen Ausführungen folgen, denn die Zeit nach der Mittagspause ist ja bekanntlich eine sehr undankbare.

Die sozialdemokratischen Parteien haben - zumindest wo sie an der Macht sind - national wie international ihre Tradition darin, daß sie sozial wie auch demokratisch mißverstehen. Sozial deswegen, weil sie der Ansicht sind, daß damit gemeint ist, das von sparsamen, wirtschaftlich orientierten Personen und Betrieben verdiente Geld nach Gutdünken und parteitaktischen Gesichtspunkten freizügig verteilen zu können. Demokratisch, das ist ein neues Markenzeichen in der Sozialistischen Partei, weil sie davon ausgehen, daß diese Vorgangsweise im Interesse des Volkes ist. Weit gefehlt! Mündige Bürger fallen auf diese Masche nicht mehr herein - diese werden immer mehr. Die langfristige Gesunderhaltung oder besser gesagt die Genesung der pekuniären Ver-

hältnisse fordert von allen - und wie in jeder Firma - insbesondere auch vom Verwaltungsapparat Effizienz, Transparenz durch Verwendungsnachweis der Mittel, sparsamen Umgang mit allen Ressourcen und Vermeidung von Verschwendungen, Förderung des Leistungsdenkens und Setzen der richtigen Prioritäten mit Weitblick. Das alles vermisse ich sehr häufig im vorgestellten Budget. Stattdessen strotzt es nur so von Repräsentationskostenpauschalen bzw. Subventionen nach dem "Gießkannen-Prinzip", die zudem noch schön verschleiert, ohne Verwendungsnachweis, nach "Salami-Taktik" adaptiert sind. Aufblähung des Verwaltungsapparates um etliche Mitarbeiter und Höherstufungen, Zuwendungen zu defizitären Betrieben und Gaststätten, die zu einer Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten der Privatwirtschaft führen und letztlich Prestige-Investitionen, die nicht zwingend sind und die wir uns daher nicht leisten sollten, wie beispielsweise die Überdachung der Kunsteisbahn. In dieser Situation verstehe ich, daß Herr Leithenmayr eine Image-Kampagne durch ganzseitige Zeitungsinserate starten muß. Dabei verbitte ich mir aber derartige Bemerkungen und zitiere wörtlich: "Es kann nicht Maß aller Dinge sein, daß populistische Politiker, welche noch nie Verantwortung haben tragen müssen, mit ihren Aussagen, welche wie aus dem 1000jährigen Reich an-

muten, recht haben sollten!" - Zitat Ende. Damit haben Sie keine faire Chance verdient. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Leithenmayr, weiß ich als Leitender Angestellter von BMW, was Verantwortung tragen heißt und spüre ständig den belebenden Wind des Wettbewerbs um meine Ohren.

In Anspielung auf Ihr Faible für die Kunsteisbahn möchte ich Ihnen als Parabel-Spezialist der letzten Gemeinderatssitzung auch noch ein altes Sprichwort auf den Weg mitgeben: "Wenn es dem Esel zu wohl wird, geht er auf das Eis!"

GEMEINDERAT GERHARD BREMM:

Ein bißchen mäßiger. Wir sind andere Umgangsformen gewohnt.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Das ist ein altes Sprichwort. Das können Sie überall nachlesen.

Zurück zum Budget unseres Weihnachtsmannes. Er teilt die Mittel munter aus, 14 Prozent mehr als im letzten Jahr und dabei hat er fast nichts mehr. Das ist wahrhaft spendabel, um nicht zu sagen fahrlässig. Aber vielleicht können wir in einigen Jahren diesen Scherbenhaufen aufräumen, allerdings werden wir schon darauf schauen, daß vorher etwas in den Sack hineinkommt, bevor wir Weihnachtsmann spielen. Sollten unsere Kollegen von der ÖVP einem derartig desolaten Budget, der Veräußerung des Familiensilbers zustimmen, so haben sie of-

fensichtlich aufgrund parteiinterner Probleme auf ihre eigentlichen Ziele als Wirtschaftspartei vergessen.

In der Privatwirtschaft würde ich mich wenigstens genieren, einem Budget zuzustimmen, das von Darlehen mit erdrückendem Schuldendienst und Auflösung der ohnehin spärlichen Rücklagen bis auf 20 Millionen Rest lebt.

Wir von der ÖVP sind aber gerne bereit,

Gelächter

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

die Vorreiterrolle zu übernehmen, damit auf unserem Kielwasser auch die ÖVP wieder auf einen wirtschaftlichen Kurs zurückfindet. Zwischen der politischen Grundausrichtung der FPÖ und der österreichischen Wirtschaft besteht ein tiefer und stetig wachsender Grundkonsens, wegen der stets rational und liberal ausgerichteten Wirtschaftspolitik der FPÖ. Sie ist prädestiniert dafür, zwischen Umwelt und Wirtschaftsprogramm einen dem Gemeinwohl dienenden Konsens zu schaffen und zu erhalten.

Sogar eine Symbiose zwischen Wirtschaft und Beamten - man höre - nach dem Vorbild der sehr erfolgreichen und daher viel zitierten Japaner halte ich zwar für eine Vision, aber bei entsprechender Bewußtseinsbildung und Motivation für möglich. Ich hoffe, daß das Weiterbildungs-

budget in dieser Richtung verwendet wird.

Jedenfalls fallen wir nicht auf plumpe Bauernfängereien herein, die kurz vor Torschluß einige "Milliönchen" für FPÖ-Vorhaben locker machen wollen. Denn nach der Vorstellung der SPÖ soll die Bedeckung dieser Vorhaben - wie wir bereits gehört haben - nicht durch die von der FPÖ vorgeschlagenen Einsparungen, sondern durch Höherverschuldung zu Lasten der Steuerzahler erfolgen. Dazu ist die FPÖ nicht bereit. Ich möchte daher betonen, daß unsere Vorschläge sogar zu einer Senkung der Neuverschuldung führen würden, wenn sie voll umfänglich realisiert werden würden. Wenn auch die anderen Fraktionen, die wesentlich mehr Zeit für eine Durchforstung des Budgets gehabt haben, ähnlich kritisch sein würden, könnte eine Neuverschuldung sicherlich vollständig vermieden werden oder zukunftssträchtige Vorhaben gestartet werden.

Im Interesse unserer Stadt und ihrer Bürger ist dieses Budget daher unannehmbar und ich appelliere trotz dieser gemachten Zusagen an ÖVP und GAL, sich diese Zustimmung noch einmal zu überlegen. Wir möchten in diesem Fall nicht als Nein-Sager, sondern als Besserwisser, wie es anders gehen könnte, erscheinen.

Abschließend möchte ich noch zu einem Thema sprechen, das mir persönlich besonders am Herzen liegt, nämlich die Weichenstellung für die Zukunft auf wirt-

schaftlichem Gebiet. Auch das ist, wenn man die Höhe der Beträge ansieht, ein Fremdwort für die ÖVP, nein, für die SPÖ, - Entschuldigung - die glaubt, irgendwie wird es schon weitergehen. In der heutigen angespannten Situation, auf die Sie, Herr Zagler, bereits eingegangen sind, ist diese Einstellung äußerst bedenklich. Im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt sind Ausgaben für diesen Zweck vorgesehen, und zwar für Forschung und Wissenschaft 5,7 Millionen. Davon für das FAZAT 4,5 Millionen - der Rest: 1,2. Auf der Wirtschaftsseite sind 22,5 Millionen vorgesehen, davon Schuldendienst 3,1 Millionen und für SNF und BMW zusammen 15,9 Millionen - Rest: 3,5 Millionen, bis auf diese Aufstockungen, die noch beschlossen wurden.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Das sind alles nicht unsere Aufgaben. Das machen wir zusätzlich zu dem, wofür andere zuständig sind.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Was meinen Sie jetzt damit?

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich meine, daß dies freiwillige Leistungen der Stadt Steyr sind.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Ich will ja nur sagen, daß in Summe eigentlich nur 4,2 Millionen für andere Sachen als lächerlicher Betrag übrig bleiben. Dies ist äußerst bedenklich, wenn man berücksichtigt, daß die Branchenstruktur in Steyr traditionsbedingt sehr einseitig auf metallverarbeitende Betriebe ausgerichtet und daher anfällig gegenüber branchenspezifischen Konjunkturschwankungen ist.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Machen sie einen Holz-BMW, dann haben wir eine Holzwirtschaft in Steyr.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Das war kein konstruktiver Beitrag, oder?

Um diesen Zustand im Interesse einer langfristigen, stabilen Beschäftigungslage zu verbessern, sollte die Ansiedlung von Betrieben aus anderen Branchen stärker gefördert werden als mit diesen 4,2 Millionen. Außerdem erfordern Verkehrssituation und Just-in-time-Produktion die Ansiedlung von Zulieferbetrieben in der Nähe der etablierten Großunternehmen. Beide Forderungen lassen sich in einem langfristigen Wirtschaftsentwicklungskonzept vereinen, wobei hier auch das FAZAT endlich einmal einen nützlichen Beitrag leisten könnte. Wir von der ÖVP fordern daher - von der FPÖ fordern daher, daß die Erstellung eines derartigen

Konzeptes zum frühest möglichen Zeitpunkt aufgegriffen wird. Es freut mich ganz besonders, daß Sie vor allem die flankierenden Bemerkungen so sehr amüsieren. Da sieht man, wie ernst Sie die Situation nehmen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich danke auch herzlich für diesen erfrischenden Beitrag. Als nächster hat sich Herr Mag. Philipps zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werteres Präsidium! Bevor ich zum eigentlichen Grund meiner Wortmeldung kommen kann, möchte ich noch auf einige Punkte eingehen, die meine Vorredner aufgeworfen haben. Kollege Eichhübl hat über die Schneeräumung sehr positiv berichtet, die auf der Ennsleite angeblich sehr kurz ins Leben gerufen werden sollte. Hätte er das Ohr nämlich an der Basis der Bevölkerung, wäre er mit Sicherheit darauf gekommen, daß die SPÖ schon seit einigen Jahren bestrebt ist, hier eine gangbare Lösung zu finden, die sowohl die Bevölkerung als auch die Gemeinde tragen kann. Wir haben also in jahrelanger Vorarbeit versucht, hier eine Möglichkeit zu finden, die - natürlich mit Abwägung der jeweiligen Möglichkeiten - sich vielleicht jetzt in der nächsten Zeit ver-

wirklichen ließe. Wir haben es aber nicht notwendig empfunden, hier mit den Medien Kontakt aufzunehmen, weil wir mit der Bevölkerung sehr eng zusammenarbeiten. Aus diesem Grund sind wir auch erst jetzt nach der Wahl - weil es vor der Wahl nicht mehr notwendig war - damit in unsere Stadtzeitung gegangen.

Ein Statement, das mich ein bißchen verwundert hat, war - wenn ich zurückdenke an die konstituierende Sitzung - die Rede des Fraktionsvorsitzenden der FPÖ - wenn ich richtig informiert bin. Es wurde besprochen, das Gesprächsklima dementsprechend zu verbessern und es wieder in die richtigen Bahnen zu lenken. Ich muß aber ganz ehrlich sagen, - einerseits als Newcomer, wenn ich so sagen darf, andererseits als 18jahrelang dienender Funktionär der SPÖ - daß ich es bis jetzt absolut noch nicht durchschaut habe, daß die SPÖ Gelder ausgibt, die andere verdienen müssen. Das heißt, ich möchte mich gegen diese populistische Äußerung verwehren.

Äußerst zurückweisen möchte ich auch die in der Folge entstandene Meldung des FPÖ- oder ÖVP-Angehörigen, der jetzt kurz vor mir gesprochen hat und den Esel offensichtlich auf das Eis schicken möchte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn dies das zukünftige Gesprächsklima unseres Gemeinderates werden wird, dann möchte ich doch mit Nachdruck darauf hinverweisen, daß

es ein Ding der Unmöglichkeit sein wird. Ich sehe gerade eine Broschüre von uns in die Höhe gehalten, in der versucht worden ist, dementsprechende populistische Äußerungen richtig zu stellen. Ich könnte jetzt natürlich auch das andere in die Höhe halten, das ist nachher gekommen, aber bitte. Es gibt eine ganze Reihe davon und daß es natürlich zu einer medialen Auseinandersetzung kommen wird und es so sein kann, ist klar. Ich darf aber doch noch einmal appellieren und ich pflege auf einer normalen, vernünftigen Basis sachlich zu verhandeln. Gerade diese Sachlichkeit bringt mich zu meiner Wortmeldung, weil ich der Meinung bin, daß solche Äußerungen eine Sachlichkeit der jeweiligen Partei doch sehr in Frage stellen. Ich möchte auch zum FAZAT ein paar Worte sagen, weil es doch bis zu einem gewissen Grad mit meiner beruflichen Tätigkeit auch zusammenhängt. Wie Sie wissen, wird es in der nächsten Zeit - die meisten hoffen es - zu einem EG-Beitritt Österreichs kommen und dann stellt sich natürlich hier die Problematik des Europa-Ingenieurs. Die HTL-Steyr ist fähig, ausgezeichnete Leute auszubilden, die allerdings bei der Qualitätsprüfung gewisse Probleme haben könnten, weil der HTL-Ingenieur nicht ausreichend sein wird.

Mein Konzept in dieser Richtung wäre es - und ich habe die Gelegenheit gehabt, mit führenden

Managern und Technikern der Steyrer Betriebe, auch mit BMW übrigens, zu sprechen. Es wurden mir auch die Äußerungen in der Richtung gegeben, ich durfte sie auch bis zu einem gewissen Grad weiterverwenden und habe sie in mein Konzept eingebaut, das wie folgt in etwa aussehen könnte: Bei einem EG-Beitritt Österreichs wird es notwendig sein, einen sogenannten Europa-Ingenieur auszubilden, das man mit Hilfe einer Fachhochschule zusammenbringen könnte. Wenn man die Problematik des FAZAT und die Problematik der Fachhochschule zusammenlegen würde, ergibt sich daraus ein Dauerbildungszustand, der mit der dementsprechenden Finanzierung einerseits auch den nötigen Output ergeben würde.

Das heißt, bei einer dezentralen Regelung dieser Problematik der Fachhochschule - nicht in Linz, sondern aufgeteilt auf die Statutarstädte Oberösterreichs - wäre es möglich, Fachgebiete wie folgt zu gliedern: Linz eventuell Elektronik, Wels: Chemie und Steyr - nachdem wir 8.000 Kfz-Beschäftigte haben - würde Kfz-mäßig Priorität haben. Eventuell bestünde auch hier eine Möglichkeit, die Elektronik einfließen zu lassen.

Das ergibt dann folgende Aufteilung: High-Tech für die Industrie, die hier in Steyr doch sehr konzentriert angesiedelt ist; wirtschaftliche Ausbildung würde der HAK entsprechen; Grundvorlesungen, Werkstätten-HTL und teil-

weise Industrie und die Forschung den Universitätsinstituten, die ja schon zum Großteil hier angesiedelt sind.

Das heißt, hier könnte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und als Endergebnis könnte ein sogenannter Wirtschaftsingenieur herauskommen, der momentan wirklich sehr sehr dringend benötigt wird. Ein Techniker, der von der Wirtschaft etwas versteht oder ein Wirtschaftler, der von der Technik etwas versteht. Unser Stadtkapital würde hier greifbare Ergebnisse bringen.

Eine Verbesserung der Infrastruktur würde außerdem im Wehrgraben vor sich gehen. Daher möchte ich Ihnen dieses Konzept in dieser Form vorstellen und ich bin der Meinung, daß sich die Stadt Steyr hier für diese Problematik bewerben sollte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke vielmals. Die nächste ist Frau Gemeinderat Scheucher.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich habe jetzt die undankbare Aufgabe, die Position und die Haltung der GAL für alle verständlich zu erklären. Wie Ihnen sicher aufgefallen ist und wie Sie sicher bemerkt haben, sind unsere Diskussionen, diesem Budget zuzustimmen oder es abzulehnen, sehr weit gegangen. Sogar über die Mittagspause hinweg, denn für uns gibt es große

Schwierigkeiten, dieses Budget anzunehmen. Ich möchte das ganz deutlich sagen und ich werde dann noch darauf zurückkommen warum. Wir haben mit diesem Budget enorme Probleme. Wir haben aber auch - und jetzt möchte ich gleich einmal das Positive in den Vordergrund rücken - ganz zarte Ansätze der Rathaus-Mehrheit erkannt, hier auch Wünsche - und zwar gar nicht so besonders Wünsche, die Fraktionen einbringen, sondern Wünsche und Forderungen, die wir für die Steyrer eingebracht haben - zu berücksichtigen.

Eine unserer Grundforderungen ist dabei allerdings nicht erfüllt worden. Diese Grundforderung war, diese Wünsche mit Einsparungen auf einem anderen Sektor zu bedecken. Wir haben diesen Abänderungsantrag heute früh sehr schnell bekommen und es war für uns sehr schwierig, ihn im Verlauf der Gemeinderatsitzung genau durchzustudieren. Wie Sie alle wissen, hatte unser Fraktionsobmann gesundheitliche Probleme, es ist alles ein bißchen drunter und drüber gegangen und in dieser Situation sollten wir den Abänderungsantrag noch schnell durchchecken, ob irgendwelche Fallen enthalten sind. Wir haben diese Bedeckung für gegeben gehalten, denn es wurde uns gesagt, daß das Geld aus dem Sparkassenfonds genommen wird. Erst bei einer kurzen Fraktionsitzung in der Mittagspause haben wir festgestellt, daß dies nicht

die Bedeckung ist, die wir uns vorgestellt hätten. Unter Bedeckung dieser Zusatzausgaben haben wir erwartet, daß anderswo Einsparungen vorgenommen werden. Es gäbe meiner Meinung nach große Möglichkeiten, woanders Einsparungen vorzunehmen. Wir haben schon mehrfach in Verhandlungen - auch mit Stadtrat Zagler, Herrn Dr. Schmidl und dem Bürgermeister - darauf hingewiesen, daß wir glauben, daß für Steyr ein Stadtentwicklungskonzept, verschiedene Sozialprobleme, ein Sozialplan, eine Kulturanalyse im Augenblick und im kommenden Budgetjahr sicher vordringlicher sind, als eine Eislaufplatzüberdachung. Wobei wir aber bitte nicht sagen, daß die Sportler ruhig frieren sollen. Wir erkennen auch an, daß die Anrainer möglicherweise eine gewisse Lärminderung haben würden, aber wir glauben einfach, daß Mittel für andere Dinge momentan besser angelegt wären. Es ist doch so, Kinder vor Witterungsunbilden zu schützen - darauf ist die Argumentation sehr oft hingegangen. Es ist einmal so bei einem Wintersport, der eben auch sehr oft im Freien ausgeübt wird. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß die Kinder das nicht tragisch nehmen. Ich war lange genug mit Schülern auf dem Eislaufplatz.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Naß werden sie.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Ich weiß, daß sie naß werden, aber das hat der Wintersport einfach so an sich. Trotzdem glaube ich, daß das nicht der eigentliche Grund ist. Noch dazu, wenn man immer wieder hört - gestern ist es uns in Gesprächen mit dem Bürgermeister bestätigt worden - daß es Überlegungen gibt, in 6 bis 7 Jahren möglicherweise ein Sportzentrum an einer anderen Stelle zu errichten - mit angeschlossenem Eislaufplatz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:
In 10 Jahren.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Darum glaube ich, daß diese Überdachung im nächsten Jahr nicht vorgenommen werden müßte. Möglicherweise gäbe es auch noch andere Ansatzpunkte im Budget, gewisse Einsparungen vorzunehmen. Ich denke hier an die Stadtratspensionen, wo an 9 ehemalige Stadträte Pensionen in der Höhe von jährlich 3,4 Millionen ausbezahlt werden, von denen nur 3 jemals in den Pensionsfonds einbezahlt haben. Wenn man vergleicht, daß das ganze Gemeinderats-Personalbudget 9,45 Millionen sind, dann sind die 3,4 Millionen sehr hoch. Da könnten Einsparungen vorgenommen werden; diese Bezüge könnte man streichen. Ich glaube, auch eine Durchforstung der Budgetabteilung 0 würde Einsparungen erbringen. Ich habe gesehen,

daß hier bereits 0,6 Millionen für ein Konzept veranschlagt sind. Das finden wir sehr gut. Schade ist, daß die Einsparungen für das kommende Budgetjahr nicht mehr zu tragen kommen. Es würde sicher auch unseren Wünschen entsprechen, wenn man das Bezüge-schema im ganzen überarbeiten würde. Wir denken, daß man auch oben etwas "abspecken" könnte, denn vergleichsweise Top-Manager-Positionen in der Wirtschaft sind in etwa mit 100.000 bis 120.000 Schilling dotiert. Man könnte also eine Bezügeordnung überdenken und vielleicht das eine oder andere hier gewinnen. Das war bis jetzt sehr viel Kritik, aber wir sehen auch noch, daß die Stadt viele Dinge mit einer großen Neuverschuldung erkaufte; das stört uns besonders. Wenn schon in den letzten zwei Jahren eine Neuaufnahme von Krediten jeweils zwischen 70 und 75 Millionen vorgenommen wurde, wenn gleichzeitig starke Auflösungen von Rücklagen stattgefunden haben - im laufenden Jahr ebenfalls in der Höhe von 100 Millionen -, wenn man auf der anderen Seite Schwerpunkte zwar dem Namen nach setzt und sagt, wir geben große Brocken in den Wohnbau, dann ist das völlig berechtigt. Wir finden es gut, daß der Wohnbau hoch - ich glaube mit 30 bis 35 Millionen - dotiert wird. Für uns sind das aber trotzdem nur Schwerpunkte dem Namen nach. Denn 30 bis 35 Millionen für den Wohnbau, 20

Millionen Wirtschaftsförderung, dort 10 Millionen, da 5 Millionen ergeben in Summe so in etwa 100 Millionen. Es fehlen uns irgendwo 50 bis 70 Millionen, von denen wir - nachdem wir weder im Stadtsenat vertreten sind, noch bei der Erstellung des Budgets irgendwelche Möglichkeiten gehabt haben mitzureden oder Einsicht zu nehmen - nicht sagen können, wo sie versickern. Es ist wahrscheinlich schon jahrelang aus dem ordentlichen Haushalt zu viel ausgegeben worden und wenn man diese Praxis fortsetzt, dann könnte das die Stadt in nächster Zeit in große Schwierigkeiten bringen, wenn einmal die Steuereinnahmen nicht so weiter wachsen, wie es geplant ist. Ich könnte mir vorstellen, daß 20 bis 30 Millionen Mindereinnahmen im nächsten Jahr reichen, daß die Stadt Schwierigkeiten bekäme. Wenn ich nämlich an die Rücklagen denke, die wir jetzt haben, sind das 27 Millionen, die noch als Rücklagen vorhanden sind. Außer - und das ist jetzt wieder die Kritik am Anknabbern des Sparkassengeldes - man betrachtet diese Gelder als Rücklagen. Ich weiß schon, daß es dem Namen nach so nicht stimmt, aber für uns hat es sich so dargestellt und wir haben das Gefühl, daß die Stadt meint, daß immer irgendwo ein Sparstrumpf ist und wenn die GAL unbedingt etwas haben will, damit sie zustimmt, dann knabbern wir diesen Sparstrumpf an - vielleicht merken sie es gar

nicht, wie wir sie "über den Tisch gezogen haben". Am Anfang haben wir es auch nicht gemerkt, das ist richtig und sind erst jetzt ein bißchen darauf aufmerksam gemacht worden, daß es für uns keine echte Bedeckung ist.

Auf der anderen Seite haben wir aber - jetzt komme ich zum positiven Teil - zusätzliche Zusagen erhalten, die im Budget enthalten sind. Posten, die das Budget für Dinge beinhaltet, die uns sehr wichtig sind. Ich denke hier an das Stadtentwicklungskonzept, wobei wir uns wirklich ein Stadtentwicklungskonzept mit einer verbindlichen Grünlanddeklaration, in der auch der Bautätigkeit räumliche Grenzen gesetzt werden, vorstellen. Ich habe bei der Rede des Herrn Stadtrat Zagler vernommen, daß er uns den Vorwurf macht, der Stadt sowohl Einnahmen zu mißgönnen, indem wir die Siedler auf das Land hinaustreiben, als auch die Zersiedlung dort fortzusetzen. Hier haben Sie uns gründlich mißverstanden, Herr Stadtrat. Wir wollen die Zersiedlung weder im städtischen Bereich, noch außerhalb des städtischen Bereiches. Wir sind der Meinung, daß ein Stadtentwicklungskonzept durchaus Bauland- und Gewerbereserven vorsehen sollte. Es sollte aber auch verbindliche Grünlandreserven haben, nämlich Grünland, das man von vornherein als unantastbar festlegt. Es sollte nicht so sein, daß man dann um jeden Meter Schutzgebiet strei-

ten muß. Diese Schutzgebiete sollten zusätzlich vorhanden sein. Ich denke besonders an die Enns-Au- und Steyr-Au-Gebiete, die grundsätzlich zu Schutzgebieten erklärt werden sollten. Das wichtigste ist jedoch, daß in diesem Stadtentwicklungskonzept eine verbindliche Grünlanddeklaration enthalten ist und daß nicht genau das passiert, was Sie befürchten, daß nämlich weder das Stadtgebiet zersiedelt wird, noch daß die Zersiedlung nach außen geht. Ein Stadtentwicklungskonzept sollte für uns darüber hinaus auch eine Menge anderer Dinge enthalten. Wie z. B. Standorte für Industrie - wir haben ja ein sehr gutes Industriegebiet in Steyr-Hinterberg, das man vielleicht noch ergänzen oder durchdacht vergeben könnte. Es sollte nicht passieren, daß die Betriebe immer irgendwo angesiedelt werden. Ein Stadtentwicklungskonzept sollte auch ein Verkehrskonzept beinhalten, das auf das Stadtentwicklungskonzept zugeschnitten ist und nicht umgekehrt. Ein Verkehrskonzept ohne Stadtentwicklungskonzept wird früher oder später erneuerungsbedürftig sein.

Wir sehen dieses Stadtentwicklungskonzept, das jetzt in das Budget hineingenommen wurde auch als einen Posten für den Umweltschutz - auch wenn er dort nicht zu sehen ist. Für uns ist ein Stadtentwicklungskonzept mit einer verbindlichen Grünlanddeklaration ein Beitrag zum Um-

weltschutz. Auch wenn es in diesem Bereich immer noch 0,0 heißt. Das habe ich schon herausgelesen und zuerst hat es uns eigentlich sehr empört. Was wir noch wollen und was wir zumindest budgetmäßig in Ansätzen zugesichert bekommen haben, das ist die Erstellung eines Sozialplanes für Steyr. Wir stellen uns hier eine Sozialstudie vor, deren Ziel es sein sollte, in den spezifischen Aufgabenfeldern der Steyrer Sozialpolitik Engpässe sowohl auf administrativen als auch auf politischen Ebenen aufzuzeigen, daß man Innovationsdefizite in beiden Bereichen sichtbar macht und daß man entsprechend dem wirklichen, sozialen Stützungsbedarf hier Veränderungs- und Reformschritte diskutiert bzw. einleitet. Die GAL sieht sich eben auch als Anwalt der Sozialvereine und -organisationen. Anders als bei Sportvereinen, die eine große LOBBY hinter sich haben, ist es bei den ehrenamtlich und oft sehr dilettantisch arbeitenden Sozialvereinen, die keine breite Rückendeckung haben. Wir finden jedoch, daß sie einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag für den Sozialbereich der Stadt bringen. Ich habe das "dilettantisch" - um nicht mißverstanden zu werden - nicht in ihrer Arbeit gemeint, sie arbeiten im sozialen Bereich gut und effizient, aber vielleicht sind sie im Wirtschaftsbereich etwas dilettantisch. Ich denke hier an das Frauenhaus, über das ich

schon einmal gesprochen habe, und über die Probleme, die es vielleicht mit den Leiterinnen des Vereins "Frauennotruf" gegeben hat. Diese Probleme sind im organisatorischen Bereich gelegen. Die Arbeit, die sie im Frauenhaus selbst leisten, wird - so glaube ich - von niemandem bezweifelt und es wird sicher niemand widersprechen, daß diese Einrichtung notwendig und wichtig ist. Wir haben auch gesehen, daß die Unterstützung des Vereins "Frauennotruf" mit 0,4 Millionen in Summe im Zusatzbudget enthalten ist; und das war für uns eine sehr wichtige Forderung. Das sind eben jene Sozialvereine, für die wir ein bißchen Anwalt spielen wollen.

Genauso liegt uns natürlich der Kulturbereich am Herzen und wir glauben, daß hier Finanzmittel für eine Bedarfsanalyse erbracht werden sollten. Ich habe gesehen, daß 1 Million zusätzlich dotiert ist, wir finden es zwar nicht sehr viel und glauben, daß das Doppelte angemessen gewesen wäre. Wir möchten aber auch - hier könnten Einsparungen vorgenommen werden - im Kulturbereich eine Umschichtung von der traditionellen Hochkultur, von dem - ich sage jetzt ausdrücklich - NUR UNTERSTÜTZEN des Landestheaters hin zu einer Alternativkultur. Darüber müßte eine Diskussion in Gang kommen; ich präsentiere jetzt keine fertigen Lösungen, denn diese Studie sollte ja Diskussionen und Projekte

anregen, egal ob das jetzt ein Kulturhaus mit einem von der Jugend geforderten "Beisl-Betrieb", ein Programmkino oder was immer werden soll, ob kleinere oder größere Kulturinitiativen gefördert werden. Es geht einfach darum, Budgetmittel einmal umzuschichten; und so hätten wir uns diese Bedeckung auch vorgestellt. Man sollte nicht hergehen und sagen, da habt Ihr zusätzlich eine Million, sondern von den traditionellen Bereichen etwas wegnehmen und es in andere Bereiche geben.

Das wären also unsere wichtigsten Punkte gewesen, ich nehme absichtlich den Verkehrsbereich aus, denn ich glaube, wir gehen mit allen hier vertretenen Fraktionen konform, daß wir den Individualverkehr verringern, die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs steigern und daß wir vor allem eines schaffen müssen, nämlich daß wir im Bewußtsein der Bevölkerung eine Änderung hervorrufen. Der Schritt vom Auto zum Autobus oder zum Fahrrad muß zuerst im Kopf passieren, erst dann wird er auch angenommen und umgesetzt werden. Ich hoffe, daß auch im Verkehrsbereich - wie ich gehört habe werden ja im Jänner im Verkehrsausschuß Diskussionen und Klausurtagungen stattfinden - eine Tarifänderung, eine größere Attraktivität bzw. Verlängerung der Linienführung, eine bessere Angleichung der einzelnen Linien untereinander diskutiert werden, denn

alles das wäre in diesem Bereich durchaus denkbar.

Wir wünschen uns auch den Ausbau eines weiteren Radwegnetzes und ich glaube, daß es hier immer Mißverständnisse zwischen den anderen Fraktionen und uns gibt. Unter Weiterführung des Radwegnetzes verstehen wir nicht einen weiteren Ausbau des Hobby-Radwegnetzes an der Peripherie Steyrs und hinaus. Es hat alles seine Berechtigung und ist sehr schön, aber wenn wir das Rad neben den Autobussen zum zentralen Verkehrsmittel machen und die Leute dazu bringen wollen, daß sie auf das Auto verzichten, dann brauchen wir Radfahrwege in die Stadt und in der Stadt. Das verstehen wir unter dem Ausbau des Radwegnetzes.

Wir haben mit diesem Abänderungsantrag zum Budget alle diese Dinge, die uns wichtig sind und die - auch wenn ich zuerst mit Erstaunen gehört habe, daß sie von einer anderen Fraktion für sich reklamiert werden - uralte GAL-Forderungen sind. Wir sehen also diese Forderungen im Budgetantrag verwirklicht und deshalb haben wir den Zusatzantrag auch unterschrieben. Es wird hier erstmals eine Zustimmung zum Budget seitens der GAL geben, nicht aber, weil wir das ganze Budget gut finden. Es sind Brocken enthalten, die wir nur sehr schwer schlucken können, es gibt Brocken, die wir gar nicht durchschauen können und wir möchten auf jeden Fall eine größere

Transparenz. Weiters möchten wir in Zukunft, daß alle Fraktionen, nicht nur die im Stadt-senat enthaltenen, schon bei der Erstellung des Budgets eingebunden werden, damit dieses provisorische Budget diskutiert und noch einmal verhandelt werden kann. Grundsätzlich sollte man nachher nicht mehr fordern können, daß man dies und jenes noch dazu haben möchte, sondern es muß heißen: Das könnte dafür eingespart werden. Das heißt, daß wir von Anfang an in diesen Prozeß eingebunden werden. Wenn das nicht passiert und wenn dieses Budget - wie auch das letzte, bis auf den Zusatzantrag und die Zusatzwünsche, die wir dann erfüllt bekommen haben - wieder ein rein sozialistisches Budget ist und unsere Forderungen nicht erfüllt werden, dann werden wir mit Sicherheit beim nächsten Budget wieder nicht zustimmen. Das heißt jetzt nicht, daß wir uns verkauft haben - ich sehe die Schlagzeile schon - und man hat uns auch nicht die Zähne gezogen.

Wir haben nur abgewogen. Auf der einen Seite haben wir Dinge gesehen, die wir nicht mittragen können und wir werden sie auch nicht mittragen, denn es muß ja jeder einzelne Punkt dann noch abgestimmt werden. Dieses Eislaufplatzdach werden wir z. B. sicher nicht mitstimmen, da werden wir immer nein sagen, sowie bei einigen anderen Dingen auch. Auf der anderen Seite haben wir

aber gesehen, daß es Ansätze gibt, andere Parteien einzubinden. Außerdem haben wir unsere Wünsche, die wir nicht für uns haben, sondern für Steyr und die Steyrer, in diesem Budget enthalten. Ich glaube, wenn wir das durchbringen, dann ist zumindest im nächsten Jahr für die Bevölkerung in Steyr einiges geschehen. Hoffentlich haben wir keinen Konjunktur-Rückgang, sonst weiß ich nicht, ob uns die Bevölkerung sehr dankbar sein wird.

In diesem Sinne gibt es mit sehr großem Bauchweh und großer Kritik dieses Mal ausnahmsweise eine Zustimmung der GAL.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Zweite Wortmeldung Vizebürgermeister Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Frau Kollegin Scheucher, ich darf Ihnen versichern, daß ich Ihr Bauchweh respektiere - Sie haben das Wort gebraucht. Sie können uns aber glauben, daß es sich nicht um ein sozialistisches Budget handelt, dem Sie zustimmen. Es ist auch kein ÖVP-Budget, sondern es ist ein gemeinsames Budget. Wir waren eben die ersten, die aufgrund unserer Erfahrung ein Budget gemacht haben, in der Meinung, dieses Budget wäre für die Führung der Stadt im nächsten Jahr notwendig, um die dringendsten Be-

dürfnisse abzudecken. Es war ein Verhandlungsvorschlag und diesen haben wir jeder Partei übermittelt. Wir sind dann ins Gespräch gekommen und haben von vornherein bei der Überreichung des Vorschlages auch gesagt, daß wir natürlich - wie immer bei Verhandlungen, muß jeder ein bißchen nachgeben - bereit sind, alle diese Einbringungen von anderen, zu einem gemeinsamen Budget zu verarbeiten und das ist auch geschehen. Ich kann Ihnen versichern, daß Ihre Anliegen zum Großteil auch unsere sind. Es wird gar nicht schwer sein, dieses Budget miteinander zu vollziehen.

Als Referent möchte ich kurz zum Thema Umwelt sprechen. Ich beziehe mich nicht auf Schillingbeträge, die in genauer Höhe angegeben sind, sondern ich möchte nur den Gemeinderat darauf aufmerksam machen, daß zur Umwelt auch die Reinigung der Abwässer gehört und wir mit 61,6 Prozent dem Reinhaltverband Steyr und Umgebung angehören. Durch eine gesetzliche Änderung wird uns vorgeschrieben werden, daß die Regenrückhaltebecken in der Weise ergänzt und erweitert werden, daß auch bei Hochwässern bzw. bei starken Regenfällen, die ein 5faches des jetzigen Wertes betragen können, alle Abwässer - auch die von Straßen - gesammelt und langsam über die Kläranlage abgearbeitet werden. Das kostet die Kleinigkeit von 100 Millionen

Schilling. Nach dem Verteilungsschlüssel wird auf die Stadt ein Brocken von 61 Millionen zukommen. Ich möchte das nur dem Finanzreferent sagen, damit er sich Zeit nimmt, hier eine Kostenstelle zu erfinden, die diesen Betrag - in mehreren Raten natürlich - aufnimmt.

Das nächste Anliegen im Bereich des Umweltschutzes muß die Mülltrennung sein. Eine Mülltrennung, die funktioniert und nicht nur pro forma gemacht wird. In der Industrie hat es ja viele Neuerungen gegeben; es gibt heute chemische Verfahren, um die PET-Flasche dem Recycling zuzuführen. Es wird natürlich der Stadt Geld kosten und ich rufe heute schon die Mitglieder des Umweltausschusses auf, hier mitzuarbeiten, damit bis Ende des Sommers im Jahr 1992 die Mülltrennung zu funktionieren beginnt. Wir können uns nicht mehr leisten, einerseits wertvolle Rohstoffe auf die Deponie zu bringen und andererseits den Deponieraum so schlecht zu nutzen, daß wir in 10 bis 12 Jahren nicht mehr wissen, wohin mit dem Müll aus unserer Stadt. Auch dies wird im Budget 1992 seinen Niederschlag finden müssen. Ich melde auch heute bereits hier Bedarf an. Genau dasselbe bei der Kompostierung. Wir verbringen derzeit 5.000 Tonnen Grünschnitt und Bioabfall auf die Deponie, wo er zum Teil auch benötigt wird, denn Grünschnitt wird benötigt, um giftige Klärschlammwürfel

zu umhüllen. Aber trotzdem ist es zu viel, wenn wir viele tausend Tonnen auf die Deponie kippen. Ich bin gemeinsam mit Kollegen Mayr in Verhandlung mit der Abfallentsorgung Steyr-Land, die uns endlich einmal eine richtig funktionierende Kompostieranlage zur Verfügung stellen sollen. Natürlich kann ich nicht daran vorbeigehen, daß Kollege Dipl.-Ing. Mundorff etwas in den Raum gestellt hat, was für uns bisher etwas ungewöhnlich war. Er hat sich mit allen möglichen "Schmähs" geäußert, die wir jedoch gewohnt sind, da sie Ihr Parteiführer Haider gebraucht und wir wissen, daß er selbst nicht daran glaubt. Er kann gar nicht daran glauben. Aber Sie, lieber Herr Kollege, gebrauchen diese Worte, als würden Sie daran glauben. Daher müssen Sie auch gestatten, daß wir Ihnen dazu etwas sagen.

Wenn Sie mit dem Begriff des fehlenden Demokratieverständnisses der Sozialdemokraten operieren, muß ich Ihnen sagen, daß unsere Partei, nicht die Partei, sondern wir, die lebenden Vertreter dieser Partei, sehr empfindlich sind. Denn zwischen 1918 und 1934 hat es in Österreich eine gut funktionierende Demokratie gegeben - übrigens auch in Deutschland. Diese Demokratie ist dann zerschlagen worden und es hat vielen tausenden aufrechten Österreichern aber auch Deutschen das Leben gekostet, diese Demokratie

zu verteidigen. Es ist durchaus nicht so, daß wir das einfach so hinnehmen. Uns zu unterstellen, weil wir vor dieser Wahl im Gemeinderat die Mehrheit gehabt haben, daß hier ein Demokratie-Mißbrauch getrieben worden ist, dagegen muß ich mich auch verwehren. Wir haben diese Mehrheit immerhin in demokratischen Wahlen, in freier geheimer Wahl erhalten und es ist nicht von ungefähr, daß - wenn Sie sich in Ihrer Gemeinderatsrede auf Ihre Firma beziehen - die Entscheidungsträger in Deutschland sehr wohl auch das politische Umland geprüft haben, bevor sie hier eine Milliardeninvestition getätigt haben und daß sie es sehr wohl zu schätzen gewußt haben, daß hier verantwortungsbewußte Bundes-, Landes- und Gemeindepolitiker vorhanden waren, die ihnen Gesprächspartner genug waren, um hier eine Investition in dieser Größenordnung zu realisieren.

Wir wissen auch von Gesprächen mit Ihren Vorgesetzten, daß sie auch heute noch diese Zusammensetzung in der demokratischen Regierung des Landes oder der Gemeinde froh zur Kenntnis nehmen, denn Ihre BMW-Gruppe hat auch schon woanders Investitionen getätigt, wo sie hinten nach um den Erfolg dieser Investition zittern mußte.

Es ist leider so, daß der Wahlkampf scheinbar noch nicht zu Ende ist. Ich kann mir das nicht anders vorstellen. Die FPÖ hat gegen Leithenmayr so lange Lügen

erfunden, daß sie scheinbar schon selbst daran glaubt und er der "Buh-Mann" der Bezirke Steyr-Stadt und -Land ist. Wenn man Ihnen länger zuhört ist das so. Ich verwahre mich dagegen. Leithenmayr hat diese Wahl ganz normal in geheimer Abstimmung gewonnen und auch hier war keine Schiebung dabei. Wenn Sie in Ihrer blauen Zeitung schreiben, es ist keine Stimme von Ihnen dabei, dann bedaure ich dies, denn Sie werden im Laufe der Zeit merken und es zu schätzen wissen, daß er durchaus ein Mann ist, dem man vertrauen kann und nicht nur einer, von dem man sich abwendet. Nun zu den Schulden. Sie sprechen so leichtfertig von Schulden bzw. Verschuldung. Warum treten wir nicht den Gang zum Insolvenzrichter an? Wahrscheinlich deswegen, weil Gemeinden dort nicht hingehen können. Aber, meine Damen und Herren der FPÖ, überlegen Sie einmal, was mit diesen Schulden geschaffen worden ist. Es kommt ja nicht von ungefähr, wenn Sie z. B. hier hinausschauen - es war durch die langen Jahre der Not in Österreich und nach dem Krieg durch den Wiederaufbau nicht möglich, die Brücken so zu sanieren, daß sie noch länger gehalten hätten. Sehen Sie hinaus zu diesen drei großen Brücken, dann wissen Sie, woher ein Großteil dieser Schulden kommt. Man kann Brücken und die Zuland-Bauwerke nicht einfach meterweise bauen; nach der "Salami-Taktik", aber im umgekehr-

ten Sinn, sozusagen heute ein Stück und morgen ein Stück. Eine Spannbetonbrücke muß in drei Monaten fertig sein, sonst ist sie technischer Unsinn und fällt wieder hinunter. Also sind hier mindestens 100 Millionen enthalten.

Wenn Ihre Herren von BMW es zu schätzen wissen, daß hier gute Facharbeiter, gute Verwaltungskräfte zu finden sind, dann kommt das daher, weil hier bei uns und in der Umgebung die Leute ausgebildet werden. Wir haben eine beispielgebende HTL, eine beispielgebende HAK, eine Anstalt für Kindergartenpädagogik und was sonst noch. Wissen Sie, wie diese gebaut worden sind? Die Stadt hat sie vorfinanziert und schön langsam bekommen wir das im Leasing-Verfahren wieder zurück. Die Stadt hat die Grundstücke im Ausmaß von mindestens 100 Millionen Schilling gespendet. Wer hat diese Grundstücke gekauft? Die bekommt man ja nicht einfach zu Weihnachten auf den Baum gehängt.

In weiser Voraussicht haben wir Grundstücke gekauft, wo heute oben entlang der Ennser Straße die Industriebetriebe stehen. Angefangen bei der Brauerei, IMPEX und noch weiter hinaus, z. B. Steyr-Trucks, die GFM hat sich erweitert. Und das alles auf Grundstücken, die die Stadt gekauft, aufgeschlossen und zum Normalpreis weitergegeben hat. Wenn das keine vorausschauende Politik war, dann frage ich Sie.

was ist denn sonst eine vorausschauende Politik? Wenn wir Grundstücksreserven haben, angekauft im Ausmaß von mindestens 70 Millionen (noch nicht verbaut), mit einem Verkehrswert von mindestens 250 Millionen Schilling. Bitte addieren Sie die Beträge und dann sagen Sie mir, wo hier eine maßlose und ehrgeizige Schuldenpolitik gemacht worden ist - ich sehe keine. Es gibt jedoch eines, daß man nämlich hinterher immer klüger ist als vorher. Schon die alten Römer haben das eingemeißelt und ich möchte es auch Ihnen zu bedenken geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke. Nächster am Wort ist Herr Stadtrat Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren, ich möchte zunächst einmal zu einem Teil der heutigen Debatte sprechen. Ich möchte die Budget-Debatte noch gar nicht sonderlich aufhalten, sondern grundsätzlich mein Gefühl in dieser heutigen Sitzung schildern und ich nehme an, daß es uns zum weiteren Fortgang nicht schlecht bekommen wird.

Wir sind in diesem Gremium mit relativ großer Akribie dabei, Dinge aus der Vergangenheit in die Gegenwart zu wälzen und die Gegenwart nach Möglichkeit dahingehend zu verwenden, daß wir den Blick in die Zukunft verlieren. Mir

geht es dabei wirklich nicht gut. Ich glaube, daß dieser Oktober des Jahres 1991 nicht umsonst gewesen sein sollte. Er sollte dazu da sein, daß die Gesprächskultur im Gemeinderat verbessert und vertieft wird, daß die Dialogfähigkeit der einzelnen Mitglieder im Gemeinderat verbessert wird - was nicht heißen muß, daß die Leidenschaftlichkeit der einzelnen Mitglieder des Gemeinderates und der sonstigen Stadtsenatsmitglieder noch gesteigert werden muß, um ihrer selbst willen -, daß aber eine gewisse Leidenschaftlichkeit von politischen Mandatären abverlangt werden kann, soll und muß ist auch selbstverständlich. Wenn ein Politiker zu dieser Leidenschaftlichkeit nicht imstande, also wehleidig ist, dann sollte er tatsächlich überlegen, ob er im richtigen Beruf oder in der richtigen Beschäftigung ist. Wenn aber die Kränkung des anderen zum System wird, die Gebrauchnahme von Aussage, Gegenaussage und Befindlichkeit zum parteitaktischen Spielball wird, dann wird es in der Demokratie bedenklich. Ich habe die große Sorge und möchte daran erinnern, daß - wenn sich die Töne so weiter entwickeln, wie sie jetzt sind - es um mehr geht als um partei-politisches Kleingeld und daß es darum geht, daß unsere Stadt Steyr den Weg in die Zukunft wieder gehen kann, daß unsere Bürgerinnen und Bürger sich in einem geordneten Rechtssystem befinden können,

daß man nicht etwa von Rede und Gegenrede Angst vor einem EG-Beitritt produziert, sondern miteinander mit der Realität fertig zu werden. Ich betone das MIT-EINANDER. Deshalb habe ich mich früher zu Wort gemeldet, als Nicht-Mitglied des Gemeinderates, weil ich ja mein Gemeinderatsmandat zurück gelegt habe; damit auch als Nicht-Befähigter zum Mitstimmen, sondern nur zum Antragstellen.

Natürlich ist dieser Zeitraum von Oktober bis Dezember 1991 ein sehr bewegender gewesen, wo alle Beteiligten in diesem Saal lernen müssen, mit geänderten Verhältnissen umzugehen. Ich sage das auch im vollen Bewußtsein dessen, daß ich schon auch imstande bin, deutlich und härter zu artikulieren. Ich galube nämlich, daß dies unbedingt notwendig ist. Ich glaube aber, daß bei all dieser Fähigkeit zur Härte, die ich den neuen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat überhaupt nicht abspreche, auch die Fähigkeit zur Vernunft und zur vernunftsvollen Mäßigung nicht abhanden kommen sollte. Das soll nicht heißen, ruhig sein und das "Schwanzerl" einziehen, wenn jemand mit dem Stock droht, sondern in Demut vor der Verantwortung für Steyr zu stehen.

Ich wollte das zunächst einmal als mein Grundgefühl anbringen. Eben deshalb, weil ich zum Mitstimmen über dieses Budget nicht berechtigt bin, sodaß ich hier in der Rolle des Bürgers herinnen

sitze, vor dessen diese Sitzung abgeht.

Ein anderer Fall ist der zweite Grund, warum ich meinen Kollegen Spöck gebeten habe, mir den Vortritt zu lassen. Ich muß auch meine Fraktion dafür um Verständnis bitten, weil es so nicht vereinbart war. Wir haben in der letzten Zeit einige Investitions- und Reinvestitionsentscheidungen getroffen. Insbesondere um vermietete und verpachtete Objekte aus dem städtischen Bereich, bei denen wir im guten Glauben waren, daß die Informationen, die wir bekommen haben, richtig sind. Die Investitionen in Gast- und Schankgewerbelokalen, die ursprünglich der Stadt gehören, die im Bestandweg an Pächter weiter gegeben wurden in Erfüllung der Pachtverträge vorgenommen wurden. So war im letzten Stadtsenat - das sage ich wieder als Fortführung meines Gefühls aus der Diskussion - eine Beschlußfassung über Reinvestitionen für abgenützte Gebrauchsgegenstände in zwei Objekten. Ich nenne jetzt die Namen dieser beiden Objekte nicht, ich fordere nur ganz entschieden auf, die Verträge nochmals zur Hand zu nehmen. Wir haben sie ja gesehen, weil wir Einsicht verlangt haben und Dr. Schwager hat sie ebenso vor sich liegen und ich bitte um Ergänzung, falls ich jetzt als Nicht-Jurist etwas falsch interpretiere.

In dem jüngeren Vertrag läßt sich ziemlich deutlich die Verpflich-

tung der Verpächterin, also der Stadt Steyr, zur Instandhaltung sowohl am Vertragsgegenstand als auch am Inventar ableiten. Man wird darüber nachdenken müssen, ob diese Verträge in weiterer Folge so geführt werden dürfen. Nämlich in Verantwortung für das Budget unserer Stadt und in Verantwortung um die Konkurrenzfähigkeit der restlichen Betriebe in der Stadt.

Im älteren Vertrag, der uns vorgelegt wurde, findet sich dieser Passus just nicht. Soweit ich diesen Vertrag gelesen habe, geht eine Verpflichtung zur Instandhaltung und zur Reinvestition durch die Verpächterin nicht hervor. Im Gegenteil, es ließe sich aus dem Absatz 6, wo die Rückerstattungsverpflichtung seitens des Pächters enthalten ist, in irgendeiner Form ableiten, daß der Pächter zur pfleglichen Instandhaltung, zur Investition und zur Reinvestition verpflichtet ist. Wir sollten diese Verträge noch einmal überprüfen und ich bitte wirklich für die Vertreter der Allgemeinheit um eine Aufklärung, wie weit die Verträge hier korrekterweise exekutiert wurden. Ich persönlich hege jedenfalls Zweifel daran, ob hier der nötig strenge Maßstab angelegt wurde, der anzulegen gewesen wäre.

Ich appelliere - eben weil ich vorhin sagen konnte - um die Befindlichkeit hier im Raum, um das Klima der Ehrlichkeit, um das Bemühen des Miteinanderauskom-

mens, um eine sehr objektive Prüfung und die entsprechenden Beschlüsse, die sich daraus zwangsläufig ableiten könnten oder wenn sie es könnten, dann auch müßten.

Ich will der Budget-Debatte jetzt nicht weiters entgegentreten und will auch nicht die Möglichkeiten wahrnehmen, die mir mein Ressort bieten würde, jetzt schon dazu Stellung zu nehmen, soweit meine Aufgaben als Stadtrat vom Budget betroffen werden, aber ich möchte noch einmal in aller Ernsthaftigkeit und mit Verantwortungsgefühl an das Gesprächsklima in diesem Gemeinderat appellieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke sehr. Der nächste am Wort ist Gemeinderat Rohrauer. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! So wie jedes Jahr bei der Budget-Rede hat auch dieses Mal unser Kollege Stadtrat Eichhübl von der Freiheitlichen Partei einen Rundschlag über das ganze Budget gemacht. Als Personalvertreter beim Magistrat Steyr habe ich auch immer kritisiert, daß er immer gegen die Magistratsbediensteten geht und so ist es auch diesmal wieder geschehen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist eine grobe Unterstellung. Ich weise zurück, daß ich gegen die Magistratsbediensteten gehe.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Und zwar deswegen, weil der Betrag von 2,5 Millionen Schilling für die Personalbetreuung von der FPÖ abgelehnt wird und somit den Magistratsbediensteten nicht zukommt. Diese 2,5 Millionen Schilling setzen sich zusammen aus 500.000,- Schilling Gemeinschaftspflege, das ist für die Kinderweihnachtsfeier, für Betriebsausflüge und sonstige Veranstaltungen der Personalvertretung, aus dem Essenszuschuß von 600.000,- Schilling, dem Essenstransport von 210.000,- Schilling und den dafür getätigten Personalkosten von einer Million. Bei fast 1.000 Mitarbeitern des Magistrates - 960 Bedienstete und 94 Pensionisten - sind diese Personalbetreuungskosten eigentlich relativ gering. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat in der neuesten Ausgabe - diese wird in den nächsten Tagen versendet - ihrer Zeitung AKTIV über die Steyrer Magistratsbediensteten geschrieben. Der Steyrer Magistratsbedienstete: Sozialschmarotzer, Dauerschläfer, Privilegienhamster, Unmensch. Darf ich weiter vorlesen: Ist es für Sie als Magistratsbediensteter das erste Mal, daß Sie mit solchen oder ähnlich klingenden Definitionen über unseren Berufsstand konfrontiert werden? Werden Sie auch in der Ver-

wandtschaft, beim Sportverein, in der Damenrunde, beim Kaffeekränzchen oder am Stammtisch als Magistratsbediensteter belächelt, verulkt oder gar beschimpft? Magistratsbeamte sind nicht nur Schreibtischhengste. Die Verwaltungsposten machen nur etwa ein Drittel der Gesamtbeschäftigtenzahl aus. Diese Verwaltungsbeamten haben Gesetze zu vollziehen, die nicht von ihnen gemacht wurden. Solche Bestimmungen sind für den Bürger meistens unverständlich und daher wird nicht das Gesetz angezweifelt, sondern jene Personen, die diese Gesetze zu vollziehen haben, also wir Beamten. Die überwiegende Anzahl der Bediensteten setzt sich aus dem Pflegepersonal - ich möchte hier die Aufzählung durchführen, mit wie vielen Dienstleistungen die Stadt Steyr ihren Bürgern entgegenkommt - dem Pflegehilfpersonal und Küchenpersonal des ZAH, den Kindergärtnerinnen, den Reinigungskräften in Schulen, Kindergärten und Amtsgebäuden, den Wirtschaftshof- und Gärtnereibediensteten, Handwerkern verschiedener Branchen, Buschauffeuren, Wasser- und Gasinstallateuren, den Bestattungsbediensteten, dem Service-Personal in den Bädern, Saunen und der Kunsteisbahn, Klärwertern in den Kläranlagen und Kanalarbeitern zusammen. Alle diese Magistratsbediensteten - ca. 600 Personen - verrichten nur zum Wohl der Steyrer Bevölkerung ihren Dienst.

Wegen der nicht immer fairen Zeitungsberichterstattung entsteht auch der Eindruck, daß es bei den Steyrer Magistratsbediensteten vor lauter Privilegien nur so wimmelt. Wie sehen diese aber wirklich aus? Wir dürfen alle städtischen Einrichtungen benutzen, natürlich alles zum Normaltarif. Ohne Ermäßigung, egal ob Bus, Gas, Bad, Theater oder ähnliches. In der Privatwirtschaft ist es gang und gäbe, daß Mitarbeitern ein entsprechender Preisnachlaß bei betrieblichen Produkten gewährt wird. Ich möchte hier an dieser Stelle auch sagen, daß auch die Freiheitlichen Unternehmen, wie z. B. Mautner Markhof, an einem guten Betriebsklima interessiert sind und mittels freiwilligem Sozialaufwand, auch über die Betriebsräte, in ein gutes Arbeitsklima investieren. Sie wissen nämlich, daß dadurch die Dienstleistungen positiv beeinflusst werden. Da wollen Sie, meine Damen und Herren der FPÖ, gegen die Personalbetreuung sein? Besinnen Sie sich auf Ihre eigene Situation in Ihrem eigenen Betrieb, egal ob Sie als Dienstnehmer oder Dienstgeber beschäftigt sind. Dann werden Sie zur Erkenntnis gelangen, daß Ihre Einstellung zu diesem Thema einfach keine richtige sein kann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Als nächster hat sich Gemeinderat Fürweger zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich möchte zuerst ein sachliches Thema anschneiden und dann auf das Gesprächsklima kommen. Als sachliches Thema habe ich mir den Zeitungsbericht, der 3 oder 4 Wochen alt ist, herausgesucht. Es handelt sich darin um die lärmgeplagten Steyrer am Posthofberg und dieses Problem ist mir ein ganz starkes Anliegen. Ich erlebe diese Verkehrssituation jetzt täglich, wir haben einen Stau in Steyr, der beim Pumpwerk beginnt und über den Kreisverkehr bis hinauf zum Posthofberg, zum Ennser Knoten geht. Die Bewohner oben am Posthofberg sind nicht zu vergleichen mit "Häuslbauern", die sich zu Flughäfen oder zur Autobahn heranbauen. Diese Hausbesitzer dort oben waren vorher auch schon ansässig und ich glaube, sie verdienen es nicht, so geplagt zu werden. Sie äußern sich auch jetzt dementsprechend und sie drohen sogar mit einer Blockade. Darum finde ich, daß dieses Budget hier im Ansatz zu gering ist, noch dazu, wenn ich mir die Rechnung von 1990 ansehe, wo nur 5.800,-- Schilling ausgegeben worden sind und im Voranschlag 1991 13.000,-- Schilling. Zur Lärmplage ist meiner Meinung nach nicht nur der Posthofberg anzusprechen, sondern ich denke

auch an die Sierninger Straße weiter zum Krankenhaus. Auch dort herrscht starker Verkehr und auch dort brauchen die Leute schalldichte Fenster oder auch Lärmschutzwände.

Nun zum Gesprächsklima. Es hat genau gepaßt, daß auch Kollege Rohrauer vor mir gesprochen hat. Ich habe hier die Zeitung der SPÖ, möchte aber zuerst Herrn Vizebürgermeister Sablik erwähnen, denn das hat mir gefallen. Er z. B. spricht in seinem Interview von 98 Prozent Sachfragen, die wir behandeln. Daß wir also nicht polemisch reden und sachlich argumentieren. Auf der Seite 14 muß ich aber leider einen Satz lesen, der mir nicht gefallen hat. Es geht dabei um den Resthof und ich kann nicht verstehen, wie man den Resthof mit dem Dritten Reich in Verbindung setzen kann. Wenn ich den Satz bitte herausnehmen darf: "Denn es kann nicht Maß aller Dinge sein, daß populistische Politiker, welche noch nie Verantwortung tragen haben müssen, mit ihren Aussagen, welche wie aus dem Tausendjährigen Reich anmuten, recht haben sollen".

Ich weiß nicht welche populistischen Politiker hier gemeint sind und ich weiß auch nicht welche Aussagen hier ein Steyrer Politiker gemacht haben sollte. Wenn es vielleicht deswegen war, weil Sie im Resthof 17 Prozent weniger Stimmen erreicht haben, so liegt das sicher nicht bei uns, sondern bestimmt bei Ihnen. Ich

kenne die Situation im Resthof. Die Leute rufen von den Balkonen schon herunter, weil die Baufirma Zwettler am Samstag nachmittag Fliesen schneidet usw. Daß die Abfallbeseitigung nicht funktioniert und die Schachteln schon bis auf den Gehsteig herumliegen, habe ich auch im letzten Ausschuß bereits vorgezeigt. Ich glaube, das ist ein Zu-Spüren-Bekommen bei den Wahlen und nicht das, was Sie hier mit dem Tausendjährigen Reich anschneiden. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Nächster am Wort ist Herr Gemeinderat Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich werde am Schluß meiner Ausführungen noch ganz kurz auf Teile der Abänderungsanträge der Freiheitlichen Partei eingehen.

Zunächst möchte ich aber auch heuer wieder einige Punkte der Vorstellungen zur Budgeterstellung der ÖVP-Gemeinderatsfraktion hervorheben, die in meinen Augen von großer Bedeutung, insbesondere für unsere Familien in Steyr sind. Diesmal jedoch, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, mit dem Unterschied, daß Steyr bunter geworden ist - wie Kollege Stadtrat Holub nach dem Ausgang der Wahl so treffend gesagt hat. Diesmal

mit dem Unterschied, daß unter Umständen Verwirklichungen durch die neuen Mehrheitsverhältnisse möglich sind. Wir haben heute bereits einen gemeinsamen Abänderungsantrag der SPÖ, der ÖVP und der GAL gehört und wahrscheinlich wird er auch die Zustimmung finden. Dies war in der Vergangenheit bis jetzt noch nicht üblich. Steyr wird bunter! Nicht ganz so sicher bin ich aber, wenn ich mir die Kraftausdrücke vom Kollegen Dipl.-Ing. Mundorff nochmals vor Augen führe.

Geschätzte Kollegin Stadtrat Ehrenhuber, ich möchte in meinen Ausführungen - wie im Vorjahr - mit den Kindergartentarifen beginnen. Im Juni 1988 sind die Besuchsgebühren für die städtischen Kindergärten, Tagesheimstätten und Horte neu festgesetzt worden. Seit diesem Zeitpunkt zahlt ein Großteil der Eltern - über 80 Prozent - bei einer Bemessungsgrundlage von S 12.000,- (Bemessungsgrundlage ist das Monatsbrutto-Einkommen minus Sozialversicherung, minus der Lohnsteuer, minus Beiträge zu gesetzlichen Interessensvertretungen, minus S1.400,- für jedes weitere unversorgte Kind, aber incl. der Familienbeihilfe) den Höchstbeitrag von S 700,- plus S 20,- für Spiel- und Beschäftigungsmaterial monatlich.

Seit diesem Zeitpunkt trete ich für eine breitere Staffelung ein. Es ist in meinen Augen äußerst ungerecht, unsozial und auch unverständlich, daß jemand, der S

12.000,- verdient genauso seinen Höchstbeitrag zahlen muß, als wenn jemand S 20.000,-, S 30.000,-, S 40.000,- oder mehr monatlich verdient. Durch Vorlage eines Jahreslohnzettels oder des Einkommensteuerbescheides müßte hier auf jeden Fall eine breitere Staffelung vorgenommen werden. Bisheriges Echo der Sozialdemokraten - damals Sozialisten: Ja, wir werden darüber reden. Damit ist dieses Thema abgehakt gewesen. Indem, daß aber Steyr - bedingt durch die Gemeinderatswahl und die neuen Mehrheitsverhältnisse - bunter geworden ist, sehe ich hier einer positiven Änderung zugunsten unserer Familien, zumindest 1992 entgegen und werde versuchen, mich als Motor dazu zur Verfügung zu stellen.

Fairerweise möchte ich bei dieser Gelegenheit - Kollege Zagler hat auch schon einige Zahlen dazu angeführt - feststellen, daß alleine die Personalkosten in der Gruppe II im ordentlichen Haushalt rund 27 Millionen Schilling für unsere Kindergärten und Tagesheimstätten betragen. Die berechnete Überstellung unserer Kindergärtnerinnen in die Verwendungsgruppe b hat sich hier schon voll ausgewirkt.

Beim außerordentlichen Haushalt finden wir als erste Baurate die 3 Millionen Schilling für den neu zu errichtenden Kindergarten Fabriksinsel bei Gesamtbaukosten von 7 bis 8 Millionen Schilling.

Für Gruppenerweiterungen, sanitäre Einrichtungen und Einrichtungen in Kindergärten - im Kindergarten Taschelried sind 4,3 Millionen Schilling vorgesehen und schließlich wird der Kindergarten Plenklberg ausfinanziert mit 3,2 Millionen Schilling. Berechtigterweise blicken wir hier ein wenig neidvoll auf unsere Nachbargemeinde Behamberg in Niederösterreich hinüber.

Apropos Kinderfreundlichkeit - Stichwort kinderwagengerechte Abstiege vom Resthof zum Rohrsteig, vom Bereich der Haratzmüllerstraße bei der Grenzgassen-Kreuzung oder der Hangkronenweg, gemeint ist der Weg vom Resthof entlang der Hangkrone in das Brunnenschutzgebiet. Der derzeitige Stand in bezug auf diesen Hangkronenweg - der Akt wird sicherlich auch Kollegen Rohrauer interessieren - dieser Akt liegt bei der Magistratsabteilung III. Als hoffentlich positiv zu bemerken sind die Grundablöseverhandlungen, die ab April 1991 getätigt worden sind und vor einigen Wochen positiv abgeschlossen werden konnten. Der Sanierung Anfang 1992 steht laut Dipl.-Ing. Schönfelder also nichts mehr im Wege. Das wäre das 7jährige Jubiläum.

Zum kinderwagengerechten Abstieg vom Resthof zum Rohrsteig. Hier müßte die bestehende Stiege bzw. der Weg rückwärts bei der Ofnerstraße zum Gasthaus Sandmair entsprechend saniert werden. Beim Abstieg zum Ennsufer-

weg im Bereich der Grenzgasse ist die Verzögerung - bedingt durch die Kreuzungserweiterung, die leider noch immer nicht vollzogen wurde - teilweise verständlich. In diesem Bereich kommt es ja immer wieder durch die aus Richtung Münchenholz kommenden und in die Grenzgasse links abbiegenden Fahrzeuge zu Stauungen. Leider nicht nur zu Stauungen, sondern auch zu Unfallunfällen.

Bevor ich aber beim Verkehr, wertetes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, weitergehe, möchte ich wieder zu den Familien bzw. zu unseren Kindern zurückkommen. Im außerordentlichen Haushalt finden wir seit Jahren in der Gruppe VIII S 200.000,- angesetzt für ein Spielplatzkonzept. Dieses Spielplatzkonzept wäre besonders auch für die bestehenden Spielplätze von großer Bedeutung. Sehr viele Spielplätze sind zum Teil völlig einseitig konzipiert und oft nur der Ausdruck der Wünsche der Erwachsenen und nicht unserer Kinder. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, was wir Eltern zum Teil ja auch täglich sehen können: die Sandkiste ist das begehrteste Spielobjekt gefolgt von den Geräten, die einen Bewegungsablauf zulassen. Grundlage für ein solches Spielplatzkonzept wäre zunächst eine Spielplatzbewertung mit einem allgemeinen Teil, wie z. B. Spielplatzeinrichtung, Bodenbeschaffenheit,

Straßenverkehr, ein Kleinkinderbereich mit Sandkisten, Spielgeräten, ein Spielbereich für die älteren Kinder und natürlich auch der Erwachsenenbereich.

Auch schon angesprochen von meiner Vorrednerin Kollegin Scheucher: Wie sieht es mit unseren Radwegen, mit unserem Fahrradnetz aus? Wir haben auch gehört, daß in der Gruppe VI im außerordentlichen Haushalt 1 Million für die Errichtung von Rad- und Wanderwegen vorgesehen ist. Richtig was Kollegin Scheucher betont hat, aber trotzdem bin ich der Meinung, daß gerade der Schaffung eines Radweges vom Resthof in das Brunenschutzgebiet und vom Bundesschulzentrum Werndlpark in Richtung Garsten der Vorrang eingeräumt gehört.

Werte Kolleginnen und Kollegen, zuversichtlicher bin ich wieder, daß sich hier in unserem neu zusammengesetzten Gemeinderat eine Mehrheit finden läßt für die Einführung eines Familienpasses für Freizeit- und Kultureinrichtungen oder den schon viel zitierten Stand-by-Tarif. Ich erinnere hier an einen Abänderungsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion vom 26. Juni 1986, wo wir bei der Neufestsetzung der Tarife für das Alte Theater eine Ermäßigung von 50 Prozent für Kinder, Lehrlinge, Schüler, Studenten, Präsenzdiener in Uniformen und Arbeitslose unter gleichzeitiger Einführung des Stand-by-Tarifes gefordert ha-

ben. Damals abgeschmettert von der Sozialistischen Fraktion gegen die Stimmen der ÖVP, der GAL und der damals noch im Gemeinderat vertretenen KPÖ; Kollege Eichhübl von der Freiheitlichen Partei war bei dieser Sitzung nicht anwesend - er war entschuldigt.

Um nochmals auf den Verkehr zurückzukommen, möchte ich auch noch auf einen Punkt eingehen, der mir besonders als Familienvater, als Taboraner am Herzen liegt. Ich möchte zunächst einmal hier einen offenen Brief vom 27. Mai 1991 an den Bürgermeister der Stadt Steyr mit folgendem Inhalt zitieren:

"Wilhelm Spöck, offener Brief an den Bürgermeister der Stadt Steyr, Heinrich Schwarz, Rathaus; Steyr, 27. Mai 1991. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der Gemeinderatssitzung vom 16. Mai 1991 wurde der Grundsatzbeschluß zum Generalverkehrskonzept der Stadt Steyr vom Gemeinderat gefaßt, der grundlegende Aussagen zur künftigen Verkehrsplanung enthält. Das Generalverkehrskonzept muß natürlich auch für uns Tabor-Bewohner den Umbau des Tabor-Knotens mit sich bringen. Durch Lärm und Abgase von über 25.000 Kraftfahrzeugen, die täglich den Tabor-Knoten passieren, ist die derzeitige Situation einfach unerträglich. Auch der Fußgänger darf nicht mehr länger Freiwild sein. Ich darf Sie daher, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ersuchen, auf rasche-

ste Bearbeitung der Detailpläne durch Dr. Stickler zu drängen, um den derzeitigen katastrophalen Zustand zu beenden. Gleichzeitig ersuche ich Sie, auch rechtzeitig die betroffene Bevölkerung einzubinden bzw. auch die Vorschläge des Projekt-Teams Taborknoten, der Interessensgemeinschaft der Wohnungseigentümer Steyr-Tabor und der Pfarre Tabor mit der Schaffung eines Kreisverkehrs, Absenkung der Fahrbahn auf mindestens 2,5 Meter, rollstuhlwa-
gengerecht, eine Architektur für die Menschen, d. h. auch schön und funktionsgerecht, wenn möglich mitzuberücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen!"

Dieser Brief erging an alle Bewohner des Tabors. Auf den Brief selbst, werte Kolleginnen und Kollegen, habe ich zwar keine Antwort erhalten, doch anlässlich eines Stadtteilgespräches, eines Bürgergespräches im Herbst im Jugend- und Kulturzentrum habe ich mit Freude bei dieser Gelegenheit zur Kenntnis genommen, daß eine Variante von Dipl.-Ing. Dr. Stickler die Schaffung eines Kreisverkehrs mit abgesenkter Fahrbahn vorsieht.

Die Variante 2 mit abgesenkter Fahrbahn: Außendurchmesser 40 Meter, Kreisfahrbahnen 2 x 4 Meter, die Fußgänger werden in einer eigenen Ebene über den abgesenkten Kreisverkehr geführt. Bei dieser - in meinen Augen besten - Variante werden Fußgänger und Kraftfahrzeugverkehr konsequent getrennt. Die Bau-

kosten sind zwar bei dieser Variante relativ hoch, doch würde ich trotzdem dafür plädieren.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen alles daran setzen - und damit komme ich auch schon zum Ende meiner Ausführungen, zum Budget -, gerade wenn ich an den täglichen Verkehrszusammenbruch am Blümelhuberberg bzw. an die dort wohnende Bevölkerung, deren Geduld berechtigterweise schon zu Ende ist, denke. Wir müssen alles daran setzen, durch Druck auf die Bundesstraßenverwaltung. Da komme ich auf Kollegen Fürweger zurück. Darf ich ganz kurz erläutern, daß an und für sich insofern keine Mittel im Budget vorgesehen sind, da ja für diese Lösung Kreisverkehr usw. nicht wir, sondern die Bundesstraßenverwaltung zuständig ist. Wir müssen unter Einbindung der Bevölkerung alles versuchen, daß hier die Knotenlösung mit Kreisverkehr verwirklicht wird.

Abschließend darf ich ganz kurz auf die Abänderungsanträge der FPÖ eingehen. Zunächst möchte ich beginnen mit der Einsparung bei der Personalvertretung. Für die Personalbetreuung finden wir - Kollege Rohrauer hat das schon richtigerweise betont - im ordentlichen Haushalt auf Seite 51 S 500.000,-- für die Personalaus-
bildung und -fortbildung angesetzt. Diese S 500.000,-- für die Fortbildung von immerhin fast 1.000 Mitarbeitern sind auch in meinen Augen zu begrüßen. Ge-

meinschaftspflege: S 500.000.--, das ist eine Subvention an die Gewerkschaft. Diese Subvention wird wieder verwendet für Betriebsausflüge, Weihnachtsfeiern etc. Für die Personalbetreuung finden wird insgesamt 2,045 Mill. S im Voranschlag 1992. Davon wiederum Zuschüsse für die Personalverpflegung, S 600.000.-- zur Kostendeckung des Essens beim ZAH bzw. die S 210.000.-- für den Essenstransport und die S 1,013.000.-- für die Sekretariatsarbeit. Hier könnte man sicherlich den Sparstift ansetzen, ich bin aber der Meinung, daß dies nicht richtig wäre. Diese Beträge wurden auch in der Vergangenheit mit Zustimmung der ÖVP für diese Zwecke verwendet und ich sehe diesen freiwilligen Sozialaufwand - wie es auch Kollege Rohrauer betont hat - bei einer Größenordnung von fast 1.000 Bediensteten als gerechtfertigt an. Trotzdem glaube ich, müßten wir gerade bei diesem großen Brocken "Personalausgaben" beträchtliche Einsparungen treffen. Ich habe beim Nachtragsvoranschlag betont, daß rund 44 Prozent der gesamten Reineinnahmen der Stadt für die Personalkosten aufgehen. Einsparungen - von Kollegen Zagler schon angesprochen - wie z. B. eine sparsame Verwaltung, hier könnte ich mir auch unter Umständen eine Beratungsfirma vorstellen, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzt. Ich könnte mir auch vorstellen, daß die eine oder andere

Zulage oder der eine oder andere Zuschlag nicht mehr zeitgemäß sind. Ebenso könnte ich mir - und da habe ich sicherlich auch die Zustimmung der FPÖ - Ausgliederungen bzw. Privatisierungen bei den Stadtbetrieben vorstellen - Kollege Stadtrat Eichhübl hat als Beispiel schon die Leichenbestattung angeführt.

Auch bei der Erstellung des Dienstpostenplanes könnte in meinen Augen gespart werden. Ich frage Sie, ist es wirklich notwendig, daß so viele B-Posten in A-Posten umgewandelt werden? - Gerade, wenn ich an die letzte Zeit denke. Hier möchte ich einen Vorschlag von Kollegen Stadtrat Schloßgangl aufgreifen - ich könnte mir auch eine Kostenstellenanalyse vorstellen. Daher ein NEIN zu diesem Abänderungsantrag bezüglich der Einsparung um 40 Prozent bei der Personalvertretung. Ja, ich bin für Einsparungen. Aufgrund der vorerwähnten fünf Punkte von mir, aber nicht in diesem Bereich, diese Ausgaben finde ich gerechtfertigt.

Nun zur Einsparung beim Amtsblatt. Im ordentlichen Haushalt finden wir für die Pressestelle/Amtsblatt insgesamt 3,286 Mill. S angesetzt, davon Handelswaren 1,650.000 Schilling, Personalkosten 1,255.000 Schilling, Porto 140.000 Schilling als größere Posten und als Gegenüberstellung bei den Einnahmen 930.000 Schilling Erlöse. Ja, werte Kolleginnen und Kollegen,

das Amtsblatt war und ist auch in meinen Augen ein "Hofberichtsblatt" der Sozialistischen Partei, wo die anderen im Gemeinderat vertretenen Parteien eher spärlich die Möglichkeit der Verwendung haben.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Hat auch nichts genützt!

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Es hat auch nichts genützt, da hast Du recht.

Außerdem, obwohl es nach außen hin sicherlich gut wirkt, sind die Kosten für den Farbdruck einfach zu hoch. Ebenso müßte hier der Umweltschutzfaktor ins Kalkül gezogen werden. Hier müßte in meinen Augen und in den Augen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion mit dem Sparstift angesetzt werden und wir könnten uns eine Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag vorstellen. Es geht aber nicht, da alle drei in einem Abänderungsantrag eingebracht worden sind.

Zu den Repräsentationsausgaben möchte ich folgendes sagen. Die Zahlen, die Kollege Eichhübl angeführt hat, sind meiner Meinung nach nicht die richtigen, aber über dieses Thema könnten wir sicherlich auch reden.

Zum Eislaufplatz, Frau Kollegin Scheucher - sie ist nicht da. Ich bin der Meinung, daß eine neue Eislaufhalle sicherlich angebracht wäre, wenn wir in den nächsten zehn Jahren eine bekom-

men würden. Ich bin aber sicher, daß dies nicht der Fall sein wird. Es würde mit Sicherheit 20 oder 30 Jahre dauern, um diese Eishalle zu bekommen - bei den Kosten von 50 oder 70 Millionen Schilling, ich weiß sie nicht genau. Was die Überdachung betrifft, trete ich dafür ein, daß erstens Lärmschutzmaßnahmen für die Anrainer getätigt werden - wie es Kollege Schloßgangl schon betont hat; zweitens nicht für den ASKÖ, sondern für die Jugend mehr Möglichkeiten der Benützung eingeräumt werden - gerade, wenn ich an den schnee-armen Winter denke; und drittens natürlich das Energiespar-Argument, bedingt durch die permanent gleich dicke Eisdichte, die mit der Überdachung geschaffen werden kann.

Ganz zum Schluß möchte ich noch auf Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil eingehen. Kollege Schloßgangl hat ein teilweises Abschreiben der FPÖ vom ÖVP-Konzept gefunden. Werter Kollege, geschätzter Vizebürgermeister Dr. Pfeil, wenn ich mir das Blatt der Freiheitlichen Partei "Steyr Aktiv" mit den Inhalten Stadtentwicklungskonzept, mittelfristiger Finanzierungsplan, Verkauf von GWG-Wohnungen, objektive Wohnungsvergabe, objektive Postenvergabe - zum Teil schon erfüllt mit dem Objektivierungsgesetz, oder sogar, wenn ich mir den Titel "Steyr Aktiv" - bei uns heißt es "Aktiv für Steyr" ansehe,

hat Kollege Schloßgangl nicht ganz unrecht gehabt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich danke Kollegen Spöck. Der nächste am Wort ist Herr Kollege Bremm.

GEMEINDERAT GERHARD BREMM:

Wertes Präsidium, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Viele Konflikte in unserer Gesellschaft, in unserer Welt sind dadurch entstanden, daß wir nicht anständig miteinander sprechen konnten und daß sich die Menschen nicht verständigen haben können. Ich glaube, es sollte gerade in der heutigen Zeit auch für uns Gültigkeit haben, hier herinnen in diesem Gremium - ich werde auch bei mir selbst beginnen - eine gewisse Selbstkritik aufzuerlegen und die Sprache so zu wählen, daß wir am Ende unserer Budgetsitzung hier rausgehen, uns in die Augen sehen und uns die Hand geben können. Ich glaube, wir sollten uns wirklich einen Ton zurechtlegen, mit dem wir alle leben können, ohne daß wir nicht in der Sache unterschiedliche Auffassung haben und daß wir uns in der Sache hart auseinandersetzen. Ich glaube, wir sollten dies hier trennen und das Persönliche zurückstellen.

"Morgenstund' hat Gold im Mund" - lieber Roman - ich habe geglaubt, daß die heutige Budgetsitzung schon sehr gut anfängt. Bei Deinem Amtsvorschlag über den Um-

bau und die Neurenovierung des Hallenbades war ich fast der Auffassung, daß die heutige Sitzung in diesem Tempo weitergehen würde und Du in Deinem Zuständigkeitsbereich alles neu machen willst. Aber leider Gottes hat Dich die Zeit wieder ein bißchen eingeholt. Es war der Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei über den Umbau und die Neurenovierung des Hallenbades, der hier zur Abstimmung gekommen ist.

Leider Gottes mußte ich auch feststellen, daß es durch die Überdachung des Eislaufplatzes - heute schon mehrmals zitiert - nicht so weiter gegangen ist.

Bei Deinem Versprecher, bei dem Du ein bißchen in Emotionen ausgebrochen bist, wollte ich Dir nur beipflichten, daß Du Dich in der Jahreszahl versprochen hast, denn ich nehme ja nicht an, daß Du in dieser Jahreszahl geblieben bist. Du bist ja ein fortschrittlicher Mensch.

In Anbetracht der doch etwas fortgeschrittenen Stunde möchte ich mich in meinen Ausführungen kurz halten. Einen Punkt möchte ich aber doch ansprechen, auch aus der Sicht der hier in Steyr tätigen Facharbeiter, und zwar die Fachhochschule. Gerade in einer Zeit, in der wir diskutieren, in der Österreich der EG beitreten soll und wo wir uns in Zukunft im EWR-Raum behaupten sollen, ist es auch notwendig, daß wir die dementsprechende Ausbildung in unseren Schulen bzw. Beruf-

schulen haben. Auf diesem Gebiet haben wir ja einen Nachholbedarf - nicht von mir, sondern von vielen anderen Experten festgestellt, die sich damit beschäftigt haben. Diese Experten kritisierten, daß unser Ausbildungsgebiet hier mangelhaft ist und daß es hier Verbesserungen gibt. Gerade diese Fachhochschule ist auch für uns oder diese Gruppe, die ich in meinem Beruf verrete, nämlich die Facharbeiter, eine ganz wesentliche Sache. Dieser Bereich würde das Erlernen eines Facharbeiters beträchtlich aktiver gestalten. Es besteht darin eine Möglichkeit der Weiterbildung und daß ein Facharbeiter auch eine sogenannte Hochschule besuchen kann, ohne vorher eine Matura ablegen zu müssen. Ich möchte diese Bestrebungen, die ja auch von unserem Bürgermeister an das Unterrichtsministerium weitergeleitet wurden und man dort auch ersucht hat, Steyr als Standort für eine solche Fachhochschule zu berücksichtigen, nochmals bekräftigen.

Neben einer Schulstadt ist Steyr aber auch eine Sportstadt und ich möchte dazu ein paar Sätze sagen, damit wir auch in unserem Kreis einen Begriff bekommen, von welcher Größenordnung wir hier sprechen. In 75 Sportvereinen und 43 verschiedenen Sportarten betreiben über 26.000 Steyrerinnen und Steyrer Sport. Rechnet man die Doppelmitgliedschaften ab, so kann man noch

immer davon reden, daß jede zweite Steyrerin oder jeder zweite Steyrer in einem unserer Sportvereine Sport ausübt. Erwähnenswert sei auch noch im besonderen, daß die Sportler von hunderten Funktionären betreut werden, die diese Tätigkeit ehrenamtlich durchführen. Eine angenehme Nebenerscheinung für die Stadt ist, daß Spitzensportler - wir haben ja in der Vergangenheit eine Reihe aus unseren Vereinen herausgebracht - dementsprechende Werbeträger sind und uns viel Geld in der Öffentlichkeitsarbeit ersparen. Ganz besonders, wenn man beispielsweise an den Wasser- oder Karatesport denkt, denn diese Sportler kommen in der ganzen Welt herum und stehen im Mittelpunkt des Sportgeschehens bzw. im Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Wir betreiben in unseren Steyrer Sportvereinen vordergründig Breitensport, aber es hat sich doch eine Reihe von Spitzensportlern herauskristallisiert. Diese repräsentieren die Stadt Steyr in der Öffentlichkeit. Alleine, wenn man den SK Vorwärts heranzieht. Dieser Club ist jede Woche mindestens zweimal im Fernsehen und das ist natürlich auch für die Stadt Steyr eine dementsprechende Werbung. Wenn es auch nicht unbedingt Steyrer Fußballer sind, aber Steyr steht in der Öffentlichkeit. Man weiß ja, was das kostet, wenn man im Fernsehen eine Werbeeinschaltung macht. Dies wäre ein sehr

hoher Budgetposten und in Betracht unserer angespannten Budgetsituation würde gerade unser Kollege Zagler aufheulen. Darüber hinaus muß man aber auch den Sport als wichtigen wirtschaftlichen Bereich in unserer Gesellschaft sehen. Damit möchte ich zu unserer Überdachung des Eislaufplatzes kommen. Ein sehr wichtiges Projekt für unsere Sportler ist die Überdachung der Kunsteisbahn. In diesem Zusammenhang möchte ich nur auf die Rennbahn verweisen, die fallweise auch massiv kritisiert wurde und wird. Es wird von Nichtwissern, die sich damit nicht so sehr auseinandersetzen, behauptet, daß die Rennbahn relativ wenig belebt ist und man stellt die Investitionen, die vor meiner Zeit hier beschlossen worden sind und 30 oder 40 Millionen Schilling betragen haben, in Frage. Diese Rennbahn benutzen jährlich 50.000 Schüler und Sportler. Es gibt also eine gewaltige Anzahl von Jugendlichen, die dort ihrem Hobby bzw. ihrem Sport nachgehen. Ich kenne die Besucherzahlen am Eislaufplatz nicht genau und ich glaube, daß es gar nicht so einfach ist, diese zu crucieren. Wahrscheinlich sind es jedoch tausende von Schülern, hunderte von Stockschützen sowie Vereinseisläufern und Eishockey-spielern, die diese Anlage benutzen. Mit einer Überdachung, die auch vom Land Oberösterreich gefördert werden wird, erreichen wir mehr Schleiftage sowie we-

niger Energiebedarf, weil ja gegenüber der Witterung ein Schutz für die Eislauffläche erreicht wird. Auf jeden Fall würde der Abgang, der ja in unserem Budget ausgewiesen und nicht unbeträchtlich ist, dementsprechend reduziert werden. Außerdem würde sich auch eine wirtschaftliche Rechnung anstellen lassen. Darüber hinaus wäre die Saison für unsere Eisläufer, die den Eislaufsport betreiben, wesentlich verlängert. Als Sportfunktionär darf ich in diesem Zusammenhang der ÖVP und der GAL für das Verständnis danken und natürlich auch dafür, daß Sie hier mit uns gehen und den Beschluß mittragen, den Eislaufplatz zu überdachen.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Das stimmt nicht! Das haben nicht wir gesagt, sondern Kollege Spöck.

GEMEINDERAT GERHARD BREMM:

Entschuldigung! Dann passen meine abschließenden Ausführungen an die Adresse der GAL. Ich möchte nämlich den Bürgermeister von Berlin zitieren, der in einer Fernsehsendung öffentlich erklärte, daß ihm die Subventionierung der Sportvereine lieber sei und es auch richtiger ist, diese zu fördern, als später das Geld für Sozialhelfer zur Drogenrehabilitation aufzuwenden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Mit diesem starken Schluß haben wir den Anlaß gesetzt, die vereinbarte Pause von einer halben Stunde einzulegen. Die Sitzung ist somit unterbrochen.

PAUSE VON 15.40 UHR BIS 16.10 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Beratungen wieder auf. Als nächster hat sich Gemeinderat Payrleithner zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Hohes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte zu einem Budget-Thema kommen, das heute schon kurz von unserem Stadtrat Eichhübl angerissen wurde. Mir ist es aber ein persönliches Bedürfnis, noch einmal darauf zurück zu kommen. Und zwar findet sich unter dem Budget-Artikel "Öffentliche Ordnung", Unterabschnitt Zivilschutz, für 1992 der Posten von S 58.000,-, wobei in Steyr tatsächlich S 28.000,- zur Verwendung kommen. Das fünf Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Leider gibt es auch in Zukunft keine Garantie dafür, daß es zu keinen Störfällen ähnlicher Art, speziell auch in den an Österreichs Grenzen liegenden Atomkraftwerken, kommen kann. Laut Österreichischem Zivilschutzverband finden nämlich nur

18 Prozent der Österreicher Schutz in unterschiedlich sicheren Schutzräumen. Aber auch Umweltkatastrophen, die in Industriestädten durchaus möglich wären, chemische Unfälle oder in Zukunft vielleicht auch das Thema "verstrahlte" Flüchtlinge fallen unter Zivilschutz. Vermehrte Mittel sollten z. B. für Lebensmittel-Monitore angeschafft werden, wie sie eigentlich für jedes Marktamt eine Selbstverständlichkeit sein sollten. Ich weiß nicht, ob wir alle wissen, was wir unten am Gemüsemarkt kaufen. Äußerst wichtig wäre auch, Schutzräume zur Verfügung zu stellen, um im Verstrahlungsfall die notwendigen Hilfs- und Sicherungsmaßnahmen durchführen zu können.

Leider ist man in Steyr über eine Bestandsaufnahme nicht hinaus gekommen, obwohl genügend ehemalige Luftschutzräume zur Verfügung stehen würden. Vermehrte finanzielle Mittel für den Zivilschutz müßten auch bedeuten, daß der Ankauf von Schutzkleidung, Einweg-Schutzmasken, Folien zum Abdichten der Fenster bzw. Notbevorratung endlich realisiert werden könnte. Letztlich soll der finanzielle Mehraufwand auch der Koordinierung und Zusammenarbeit bei verstärkten Übungsaktivitäten zwischen den einzelnen Organisationen - das Bundesheer, das Rote Kreuz, die verschiedenen Werkschutzeinheiten usw. - ebenso der verbesserten Information über das Ver-

halten im Ernstfall dienen. Wahrscheinlich wissen die wenigsten von uns, die unterschiedlichen Alarmsignale überhaupt zu deuten. Die entstehenden Mehrkosten wären in unseren Einsparungsvorschlägen zu decken.

Im Zusammenhang mit der Subvention für die Firma SNF - eine Firma, der ich auch angehöre - möchte ich mir noch ein paar Bemerkungen erlauben. Die GAL spricht in ihrem "Blättchen", das heute erschienen ist, vom Schüren der Angst, und zwar im Zusammenhang mit dem ehemaligen Telefunken-Werk in Münchenholz. Offensichtlich geht die Wählerbeschimpfung auch nach der Wahl noch weiter. Wenn man natürliches Volksempfinden so versteht wie Sie, Frau Kollegin, dann spricht ja das schon für sich. Ich glaube nämlich, daß die Ausländerproblematik dort tatsächlich gegeben ist. Außerdem wurde meiner Meinung nach hier nur ein Versuchsballon gestartet. Inzwischen wurde uns ja mitgeteilt, daß ein ähnliches Projekt am Plenklberg geplant ist. Sie werden das wahrscheinlich wiederum als ein Schüren der Ängste bezeichnen, aber nicht von uns, sondern verständlicherweise von den Anrainern, die eine derartige Konzentration von Ausländern sicher nicht gutheißen würden.

Was die Arbeitsplatzsituation betrifft - Bürgermeister Leithenmayr hat ja heute früh schon zu Beginn der Sitzung auf die Rezession hingewiesen, die auf uns

zukommen wird. Wir können heute wirklich froh sein, daß wir die Firma SNF in Steyr haben, die ja wahrscheinlich - und ich hoffe es sehr stark - in dieser Situation eine Ausnahme darstellen wird. Durch die vollzogene Wiedervereinigung ist die deutsche Firma MAN diesbezüglich in einer Art Sonderstellung und wir hoffen, daß wir diesen Rückschlag auf dem wirtschaftlichen Sektor dadurch länger aufhalten können.

Umso eigenartiger finde ich diesen Artikel. Da werden nämlich meiner Meinung nach wirklich Ängste geschürt, und zwar in der Waldrandsiedlung. Einerseits steht hier, daß eine Fahrerhaus-Lackierung, die Anlage usw. mit Sicherheit die Luftqualität beeinflussen. Aber andererseits kommt gleich ein paar Sätze weiter der Widerspruch: Es wurde bei Messungen festgestellt, daß diverse Vorschriften eher unterschritten werden. Die GAL freut sich ja bekanntlich auch über die Schließung des Gußwerkes und der Schmiede. Die verlorenen Arbeitsplätze sind Ihnen offensichtlich egal und ich empfinde das doch als eigenartiges Verhalten, gerade bei der derzeitigen Arbeitsplatzsituation in Steyr.

Von den anwesenden Betriebsräten - auch als Gemeinderäte der, jetzt hätte ich beinahe gesagt, ehemaligen Arbeiterpartei - hätte ich mir doch auch erwartet, daß sie etwas mehr Engagement in diese Richtung zeigen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-
THENMAYR:

Danke vielmals. Der nächste am
Wort ist Kollege Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENG-
AUER:

Sehr geehrte Herren Bürger-
meister, sehr geehrte Damen und
Herren! Ich möchte nochmals zu
den Ausgaben für die Kultur im
Voranschlag 1992 sprechen. Aus-
gaben für die Kultur an der 8.
Stelle, sprich vorletzten Stelle,
unseres Budgets. Die Ausgaben
für das Kulturamt, die Musik-
pflege, Musikschule, Heimatpfle-
ge, Museum, Altstadtpflege und
kirchliche Kultur ergeben zusam-
men 12,5 Millionen. Dazu kommen
dann noch für die darstellende
Kunst S 10.000,--, für sonstige
Kunstpflge und besondere Maß-
nahmen S 25.000,--; also S
35.000,--.

Gesamtkultur ohne Stadttheater
12,9 Millionen. Die Ausgaben für
das Stadttheater 11,8 Millionen.
Bei den Ausgaben für die Kultur
ohne Stadttheater sind von den
12,9 Millionen 3,4 Millionen für
das Personal im Kulturamt. Bei
den Ausgaben vom Stadttheater
sind von den 11,8 Millionen S
900.000,-- für das Personal und
90.000,-- für das Telefon. Dar-
stellende Kunst und sonstige
Kunstpflge, sicherlich ohne Mu-
sik: S 35.000,--; Telefon Stadt-
theater: S 90.000,--. Die Zahlen
sprechen für sich.

Daß bei ähnlichen Voranschlag-
Ansätzen der vergangenen Jahre

in Steyr überhaupt geförderte
Kultur möglich war, dafür möchte
ich den kulturverantwortlichen
Beamten des Kulturamtes unserer
Stadt danken. Steyr - eine Kultur-
stadt. Mit diesen Ansätzen, diese
kopflastige Überbetonung des
Stadttheaters - es bedarf wahr-
lich eines neuen Kulturkonzeptes.
Ich meine auch, daß Beratungen
mit den Vertretern aller Arten
der Kultur notwendig sind. Wir
meinen auch, daß Kultur aus aller
Parteipolitik ausgeklammert ge-
hört. Daher setzen wir von der
ÖVP uns so vehement für die Kul-
tur ein, obwohl sie nicht zu unse-
rem Ressort gehört. Kultur heißt
für uns, aktiv an der Gestaltung
unseres Lebens teilhaben. Kultur
kann nicht verordnet werden, Kul-
tur muß ermöglicht werden.

Die alternative oder Basis-Kultur
ist ebenso zu fördern, wie die
traditionelle. Natürlich hat das
Gegenwertschaffen besondere
Priorität in der Kulturarbeit. Si-
cherlich, nicht alles was neu ist,
muß gut sein. Wenn wir aber das
Neue nicht fördern oder mehr
fördern, dann verhindern wir das
gute Neue. Deshalb forderten wir
in den Vorverhandlungen als drin-
gendste Notmaßnahme die Erwei-
terung des Kulturbudgets für die
Förderung dieser neuen Kultur.
Wir danken für diese Erhöhung von
1 Million im Abänderungsantrag.
Dazu fordern wir natürlich auch
im Kulturausschuß, der sich am
Donnerstag konstituieren wird,
die Beratung eines neuen Kon-
zeptes. Dort werden wir sehr

wohl positive und konstruktive Vorschläge, im Sinne einer Politik, für unsere Stadt Steyr einbringen und mit Freude bzw. Eifer mitarbeiten.

Ein zweiter Gedanke, wenn Sie wollen vielleicht auch Kultur, betrifft Jugend und Wohlfahrt. Drogengefahr, Rechtsextremismus, Aggressivität gegen Schwächere, Jüngere, Ausländer und die Gewalttätigkeit Jugendlicher nehmen seit den letzten Jahren zu. Reagieren wir als Politiker darauf? Die Jugendzentrums-Leiter der Stadt Steyr haben reagiert. "Vorbeugen ist besser als heilen". In der Budget-Sprache vielleicht - "Vorbeugen kommt billiger als heilen". Übliche, hergebrachte Jugendarbeit kann an diese Phänomene nicht heran. Die Jugendzentren-Leiter bitten bzw. bitten um eine Subvention, um eine Mithilfe für eine mobile Jugendsozialarbeit. Sie nennen es "Street-Work-Projekt" - in vielen Städten schon bewährt und erprobt. Es geht um Jugendpolitik. Lassen Sie mir es übertrieben oder plakativ sagen: 5-Uhr-Tee, einige Jugendkonzerte und Sport sind eine zu kurze Jugendpolitik. Bund und Land würden für dieses mobile Jugendsozialarbeits-Projekt Zuschüsse geben, sollte sich die Stadt auch beteiligen. Noch sehen Idealismus und Einsatz unserer Jugendzentrum-Leiter Möglichkeiten, größtes zu verhindern.

Investieren auch wir in unsere Jugend - für einen wichtigen und

bedrohten Teil unserer Jugend. Diese Jugendlichen warten; sie wurden vielleicht schon einmal enttäuscht. Enttäuschen wir sie nochmals? Noch fehlt leider ein Betrag dafür im Budget! Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Die nächste auf der Rednerliste ist Frau Stadtrat Ehrenhuber; ich erteile ihr das Wort.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Damen und Herren, die nunmehr wieder steigende Kinderanzahl einerseits, die Errichtung neuer Wohnanlagen und schließlich auch das neue Kindergarten- und Hortegesetz, welches eine Höchstzahl von 26 Kindern pro Gruppe vorsieht, führen in einigen Kindergärten zu akuter Raumnot. Diese kann nur durch entsprechende Erweiterung, Zubau bzw. Neuerrichtung von Kindergärten beseitigt werden. Dazu kommt noch, daß wir unser Kindergarten-Erneuerungsprogramm, mit dem wir nach und nach alle Kindergärten auf den neuesten Stand bringen wollen, zügig fortsetzen möchten. Dementsprechend findet sich auch der Niederschlag im Budget.

Lag heuer der Schwerpunkt beim Ausbau und bei der Erweiterung des Kindergartens Plenkberg - zur Ausfinanzierung sind ja im Budget 1992 noch 3,5 Millionen S vorgesehen -, so liegt der Schwerpunkt im kommenden Jahr beim Kindergarten Taschelried.

Bereits heuer wurden auch in Tasschelried 2 Mill. S investiert; und zwar wurden diese für die Erweiterung des Bewegungsraumes bzw. für die Verlegung der Büroräume aufgewendet. Es wurde ja bereits angesprochen, daß 4,3 Millionen S im Budget nächsten Jahres für die notwendige Erweiterung vorgesehen sind. Schließlich ist im kommenden Jahr auch die Errichtung eines neuen zweigruppigen Kindergartens auf der Fabriksinsel geplant, wofür ebenfalls bereits 3 Mill. S verankert sind. Dieser Neubau im Wehrgraben wird dringend notwendig, da der Kindergarten in der Wehrgrabengasse aus allen Nähten platzt - wenn ich so sagen darf - und vor allem mit der Übergabe der Wohnungen im Josefthal bzw. mit der Errichtung von Wohnungen im ehemaligen Ledigenheim der Steyr-Werke, der Bedarf an Kindergarten-Plätzen im Wehrgraben weiterhin steigt. Damit sind im Budget 1992 - wie ja bereits vom Finanzreferent erwähnt wurde - alleine für die Sanierung, für den Zu- und Neubau von Kindergärten 10,8 Mill. S vorgesehen. Ich darf aber auch darauf hinweisen, daß wir auch bei der Neumöblierung und bei der Neugestaltung unserer Kindergärten ganz besonderes Augenmerk darauf legen, daß die pädagogischen Ansprüche der heutigen Zeit erfüllt werden. Dazu zählen beispielsweise die Lichtführung, die funktionellen Abläufe in den einzelnen Gruppen, die Formgebung

der einzelnen Mobiliare und nicht zuletzt auch die natürlichen Werkstoffe. Die Raumstrukturen werden so geschaffen, daß sie verstärkt Rückzugsmöglichkeiten für die Kinder bieten; z. B. das Spielen in kleineren sozialen Formen, wie es Einzel-, Klein- und Teilgruppen ermöglichen. Unsere Kinder werden in den städtischen Kindergärten natürlich auch auf die Schule vorbereitet und sie haben hier die Möglichkeit, mit Gleichaltrigen beim Spielen zu lernen. Sie werden aber auch angehalten zu einem entsprechenden Sozialverhalten, das ihnen später ermöglicht, in der Gesellschaft bestehen zu können. Und als sehr wichtig sehen wir an, daß die Kinder auch den Vorgängen in der Natur nähergebracht werden und im Rahmen dieser erzieherischen Aktivität werden gemeinsam Baumhäuser, Biotope, Blumen- bzw. Gartenbeete errichtet und gestaltet, die eben unseren Kindern Anlaß zum Erforschen, zum kritischen Beobachten sowie Erfinden und Gestalten geben. Besonderes Augenmerk legen wir natürlich auch auf die entsprechende Bewegungsmöglichkeit und wir werden vor allem in nächster Zeit darauf achten, daß die Bewegungs- und Freiräume entsprechend vorhanden sind und daß dies keine leeren Worte sind. Ich glaube, beim Umbau des Kindergartens Plenkberg haben wir bewiesen, daß wir die Sache ernst nehmen. Hier sind wir auf die viel teurere Variante des

Aufstockens ausgewichen, damit der schöne Garten und Freiraum erhalten bleibt. Daß wir mit unseren Vorstellungen auf dem richtigen Weg sind, hat uns erst in der Vorwoche eine Delegation des Landes bewiesen, anlässlich eines Besuches am Plenklberg. Diese hat uns vollstes Lob für den gelungenen Kindergarten-Umbau ausgesprochen. Hinsichtlich der hohen Kosten haben sie uns bestätigt, daß diese Kosten zum Wohle unserer Kinder bestens eingesetzt wurden.

Nachdem teilweise immer wieder in den Zeitungen die hohen Umbaukosten für den Kindergarten Plenklberg erwähnt werden, möchte ich doch darauf hinweisen, daß auch in der Stadt Wels ein 6gruppiger Kindergarten entsprechend adaptiert wurde und hierfür 23 Mill. S aufgewendet werden mußten.

Im Bewußtsein dessen, daß gerade die ersten Lebensjahre eines Kindes ganz entscheidend für die Persönlichkeitsentwicklung sein können und hier der Grundstein für das spätere Leben gelegt wird, sind wir natürlich bemüht, nur bestens ausgebildete Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen zu beschäftigen, die sich auch bemühen, ihr in der Schule erworbenes Wissen durch Besuche von Kursen und Fortbildungsveranstaltungen immer weiter auszubauen und dem neuesten Stand der pädagogischen Erkenntnisse anzupassen.

Betrag der Zuschuß für unseren Kindergartenbetrieb im Jahre 1990 noch 17,5 Mill. S, stieg er bereits heuer auf ca. 20 Mill. S an und im Budget für das kommende Jahr wurden bereits 30 Mill. S veranschlagt. Ich bin jedoch der Meinung, daß diese Beträge sehr gut und zukunftsorientiert für die Kinder unserer Stadt angelegt sind.

Zur Tarifänderung und zur Tarifstaffelung möchte ich sagen, es stimmt, daß mit September 1988 die letzte Änderung in Kraft getreten ist und es sind tatsächlich derzeit etwa 80 Prozent der Eltern, die den Vollbeitrag leisten. Ich darf aber dazu erwähnen, daß das neue Kindergarten- und Hortegesetz in Arbeit gestanden und nunmehr in Wirksamkeit ist und wir wollten natürlich die Auswirkungen dieses Gesetzes abwarten und hatten ja doch die leise Hoffnung, daß sich vielleicht auch das Land Oberösterreich bei den Kosten für die Kindergärten mit einem höheren Prozentsatz als bisher beteiligen würde. Ich gebe Ihnen aber recht, Kollege Spöck, daß die derzeitige Tarifregelung und -staffelung sicherlich nicht mehr sozial ist und überarbeitet gehört. Wir werden dies mit Sicherheit im nächsten Jahr in Angriff nehmen.

Das Thema "kinderwagengerechter Abstieg" möchte ich an Kollegen Schloßgangl weitergeben. Er ist jetzt dafür zuständig und ich glaube, es ist sicher notwendig, daß wir auch gerade auf

diesem Gebiet versuchen, unsere Gehsteige usw. kinderwagen- aber auch behindertengerecht auszustatten.

Ich darf aber auch noch erwähnen, daß wir mit der Einführung der Halbtagsgruppen in den einzelnen Stadtteilen einerseits den Teilzeitbeschäftigten Frauen sehr zu gute gekommen sind und für einen Großteil der Eltern aufgrund des damit in Kraft getretenen Halbtages-Tarifs auch finanziell sehr geholfen haben. Derzeit besuchen 1.056 Kinder unsere Kindergärten und 250 sind im Halbtagskindergarten, die wie gesagt in Genuß dieses Halbtages-Tarifs kommen. Es sind dies meist jüngere Kinder, die auch früher nur halbtägig den Kindergarten besuchten und damals voll zahlen mußten. Damit ist es doch zu einer Erleichterung in diesem Bereich gekommen.

Zum sozialen Bereich kommend, darf ich erwähnen, daß wir sicherlich wie bisher unseren Verpflichtungen nachkommen werden und allen, die Hilfe und Unterstützung brauchen, diese auch entsprechend gewähren wollen. Es haben sich gerade in den letzten Jahren eine Reihe von Vereinigungen und Selbsthilfegruppen gebildet, die sich der Probleme von speziellen Gruppen annehmen und ich glaube auch, daß wir diese Gruppen im Rahmen unserer Möglichkeiten bei ihrer Tätigkeit unterstützen sollen.

Den Schwerpunkt bildet natürlich die Behindertenhilfe insgesamt,

die für unsere älteren und kranken Mitbürger Pflegebetreuung, Hilfe und Unterstützung bedeutet. Ich freue mich - unser Finanzreferent hat ja schon darauf hingewiesen -, daß es gelungen ist, auch einen entsprechenden Betrag für den Verein Frauennotruf im Budget zu verankern. Hier ist an die Errichtung eines Frauenhauses gedacht. Ich darf sagen, ich stehe diesem Projekt positiv gegenüber, denn ich glaube, daß es in einer Region wie der unseren, in einer Stadt unserer Größe, einfach auch eine derartige Einrichtung geben soll und geben muß. Es gibt eben leider Situationen, in der Frauen und Kinder entsprechende Hilfebetreuung, Beratung und oft vorübergehend Unterkunft benötigen. Nachdem jedoch derartige Einrichtungen nicht auf die Stadt alleine bezogen werden, sondern hier auch von den Umlandgemeinden in Anspruch genommen werden, bin ich aber der Meinung, daß diese Gemeinden zur Finanzierung bzw. zu den laufenden Kosten dieser Einrichtung ebenso ihren Beitrag leisten sollten.

Zu den Ausführungen des Kollegen Lengauer möchte ich noch ganz kurz bezüglich der Aggressionen in der Jugend Stellung nehmen. Uns ist dieses Problem bekannt, wir kennen die Entwicklung, vor allem aus Berichten der Städte Linz und Wels. Im Vergleich dazu sind unsere Probleme in Steyr zum Glück relativ gering. Dennoch, meine Damen und Herren,

haben wir bereits darauf reagiert. Nicht in Form von "Street-Workern", sondern wir wollen das Übel an der Wurzel bekämpfen, weil wir glauben, daraus eine bessere Effizienz zu erzielen. Wir wissen - und ich habe es bereits erwähnt -, daß gerade in den ersten Lebensjahren der Grundstein für das spätere Verhalten der Menschen gelegt wird. Auch Aggressionen sind sehr oft auf das Fehlverhalten im Kindesalter zurückzuführen. Aus diesem Grund haben wir vor Monaten eine Sonderkindergärtnerin eingestellt, die als sogenannte mobile Kraft ihre Tätigkeit ausübt und sich vor allem der sogenannten - wenn ich so sagen darf - schwierigen Kinder annimmt. Dies sind hauptsächlich Kinder, die aufgrund ihres familiären Umfeldes Probleme haben. Wir hoffen, damit vielleicht doch so manche Aggression, die erst später zum Ausdruck kommt, hier bei den Kindern entsprechend reduzieren oder überhaupt vermeiden zu können, wenn wir uns damit entsprechend beschäftigen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich danke Frau Stadtrat Ehrenhuber. Als nächster ist Herr Dr. Pfeil zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, vorweg möchte ich Ihnen allen

danken, daß Sie so wenig oder gar nicht rauchen. Offensichtlich ist der Appell eines ersten Bürgermeisters doch zielführender als mein Appell vom letzten Mal, der nur sehr wenig eingehalten wurde. Ich danke Ihnen aber für die Nichtraucher, daß wir hier zu dieser Stunde mit relativ guter Luft noch ausharren können.

Nun zum vorliegenden Budgetentwurf und zu meiner Stellungnahme. Wie bereits Stadtrat Roman Eichhübl ausführte, stammt der nun vorliegende Entwurf zum Budget der Stadt Steyr für das Jahr 1992 aus einer SPÖ-Klausur vom 21./22. Oktober, abgehalten in Spital am Pyhrn. Bis zum Donnerstag, dem 12. 12. 1991, also genau vor 6 Tagen, wurde unseres Erachtens von der Mehrheitsfraktion nicht wirklich ernsthaft verhandelt. Es hat immer geheißen: "Stimmen Sie dem Budget-Voranschlag zu, im Nachtragsvoranschlag können wir alles noch unterbringen, der frühzeitig im Jahre 1992 dann erstellt werden soll!"

Es wurden genau erst vor 6 Tagen im Rahmen einer Fraktionsobmänner-Besprechung unsere Wünsche aufgenommen und in Summe addiert. Wünsche, die eigentlich selbstverständlich sein sollten und - wie wir heute sehen - auch von einer breiten Mehrheit gewünscht und getragen werden. Mehrausgaben durch Rücklagenauflösung und durch Darlehensaufnahme wären jedoch die Folge. Von der gemeinderätlichen Kultur

ist diese Vorgangsweise nicht zu akzeptieren. Es wurde viel von Zusammenarbeit unter neuen politischen Verhältnissen gesprochen. Auf die Einlösung dieses Versprechens warten wir aber noch. Es wurde viel mehr ein nahezu unlesbarer Budgetentwurf vorgelegt. Folgende Vorgangsweise wäre dienlich und zweckdienlicher gewesen:

Zunächst hätte man in einer politischen Diskussion und unter Einbeziehung aller Fraktionen die neuen Prioritäten für einen Budgetentwurf festlegen sollen. Dann erst hätte der Entwurf erarbeitet und schließlich debattiert werden müssen. Im nachhinein auf die Wünsche der anderen Fraktionen einzugehen, die man auf dem Kreditweg finanzieren will, ist einfalllos und eine Verachtung anderer politischer Gruppierungen. Was haben die Freiheitlichen in diesen Verhandlungen also verlangt? Wir haben 3 Millionen für ein umfassendes Stadtentwicklungskonzept verlangt. Auch wenn Herr Stadtrat Holub heute sagt, es ist seine Idee und - wie es Stadtrat Schloßgangl heute schon gesagt hat - eine Idee kommt aus dieser Denkfabrik ÖVP. Ich erinnere mich noch zu gut an ein Stadtteilgespräch dieses Jahres im Casino betreffend Pyrach, Reichenschwall und Sarning. Ich habe dort Bürgermeister Schwarz nach einem Stadtentwicklungskonzept gefragt und dieses auch gefordert. Dort wurde viel über Verkehrsprobleme und Verbauungs-

pläne diskutiert und er hat uns gesagt, daß die Stadt ein Stadtentwicklungskonzept hat und keines braucht. Vizebürgermeister Holub saß damals am Podium und hat fest genickt. Das ist Tatsache.

STADTRAT KARL HOLUB:

Es stimmt zwar zeitlich nicht zusammen, aber es kann sein, daß ich am Abend am Podium gesessen bin und auch am Abend genickt habe.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir fordern ferner 2 Millionen für Aktivitäten am Kultursektor. Wir fordern auch eine Kulturanalyse, wie sie heute schon mehrfach verlangt wurde. Ich werde jedoch auf die Kultur später noch einmal zurückkommen.

Weiters fordern wir S 600.000,-- für eine externe Organisationsanalyse für den Magistrat Steyr. Auch hier wurde mittlerweile erkannt, daß es sich um eine richtige Forderung handelt. Wir fordern um S 45.000,-- mehr für Zivilschutzausgaben. Auch dies wurde bereits bestätigt. Wir fordern ebenfalls ein mittelfristiges Finanzkonzept, welches auch noch immer fehlt. Für die Bedeckung dieser Ausgaben haben wir Einsparungen im Budget des Voranschlages 1992 vorgesehen.

Keinesfalls wollen wir eine weitere Verschuldung der Stadt Steyr in Kauf nehmen, daß der Schuldenstand erstmals über die

magische Grenze von 600 Millionen Schilling klettern soll. Ich komme nun auf die einzelnen Themen zu sprechen:

3 Millionen für ein umfassendes Stadtentwicklungskonzept zu fordern, ist ein Gebot der Stunde. Wir haben es bereits in der ersten Gemeinderatssitzung gesehen. Wir bemerken es bei jedem gemeinderätlichen Ausschuß, daß ein Stadtentwicklungskonzept fehlt. Wie und wo breitet sich die Stadt aus? Soll sie sich ausbreiten? Sollten wir weiter nach Gutdünken oder Intervention Grünland, landwirtschaftlichen Grund zu Bauland machen? Oder verlagern wir die Probleme nur ein paar Jahre, für ein paar Kilometer weiter an die Peripherie? Zerstören wir nicht in wenigen Jahren die Umlandreserven für unsere Kinder? Zur umfassenden Stadtentwicklung gehört aber auch mehr als ein Verbauungsplan oder ein Flächenwidmungsplan.

Ein Generalverkehrskonzept muß selbstverständlich einer Stadtentwicklung untergeordnet sein. In Steyr hat man zuerst für sehr viel Geld ein Verkehrskonzept erstellen lassen. Die Fertigstellung ist für Frühjahr 1991 versprochen worden. Wir fordern daher auch ein wissenschaftlich fundiertes Stadtentwicklungskonzept mit Bürgerbeteiligung in jeder Phase. Nicht, daß solche Zustände wie in Steyrdorf, wo ein an sich richtiger Weg in eine richtige Richtung mit der Bevölkerung nicht ausreichend disku-

tiert worden ist, entstehen. Hier hat ein privater Verein, ein privater Ingenieur ein Konzept entwickelt und die Stadt und die Politiker haben zugestimmt. Die Planung soll mit der Bevölkerung in jeder Abschnitphase besprochen und abgestimmt werden.

Nun zur Kultur. Kultur ist mehr als Bildankauf. Die Stadt Steyr will im ordentlichen Haushalt 1992 23,494 Millionen für die Kultur ausgeben. Das klingt an sich recht gut. Ich danke in diesem Zusammenhang auch Kollegen Lengauer für die wirklich schönen Worte zur Kultur, die ich voll unterstützen möchte. Ich spare mir hier einige Ausführungen, denn Sie sprechen genau aus unserem Munde bzw. wir unterstützen Ihre Vorschläge, die Sie heute vorgebracht haben. Wir haben am Donnerstag - wie auch Sie bereits erwähnt haben - den ersten Kulturausschuß und wir werden dort viel zu bereden haben, wie wir an die Sache herangehen, mit einem Kulturbeirat die Kultur so weit wie möglich von politischen Einflüssen freizuhalten. Wir werden der darstellenden Kunst sowie den musischen Künsten Platz einräumen. Hoffentlich finden wir gute Beiräte, die für Steyr wirklich etwas machen wollen. Die Steyrer müssen wieder stolz werden auf die Stadt, wie Linz auf die Klangwolke, auf das Brucknerhaus stolz ist. Die Stadt identifiziert sich mit solchen kulturellen Großereignissen und wir müssen zu einer Identifi-

kation in der Stadt selbst und auch in den Stadtteilen kommen. Steyr soll nicht nur am Plakat eine Kulturstadt sein. Ein Journalist hat mich zuerst im Fremdenverkehrsamt auf ein Plakat aufmerksam gemacht: "Steyr - Kulturstadt". Dies soll nicht nur am Plakat stehen. Die 23 Millionen sind aber gerade 2 Prozent vom ordentlichen Gesamtbudget des Jahres 1992. Frankfurt gibt z. B. 12 Prozent des Gesamtbudgets für Kultur aus. Der Durchschnitt für Kulturausgaben sollte aber auch bei uns ...

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Auf nach Frankfurt!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Auf nach Frankfurt, ja. Der Durchschnitt für Kulturausgaben sollte aber auch bei uns nicht unter 6 Prozent liegen. Es stellt sich natürlich die Frage, was einem die Kultur wert ist. Genau wie die Landesverteidigung einer Bevölkerung was wert ist, so muß auch die Kultur neu definiert und die Wertigkeiten gesetzt werden. Es gibt einen Durchschnitt bei Städten, die Steyr ähnlich sind, wo man nicht unter 6 Prozent kommen soll. Noch dazu, wenn man bedenkt, daß sich bei diesen 6 Prozent innerhalb des ordentlichen Kulturbudgets artfremde Ausgabenposten verstecken, wie z. B. die Jugendherberge - not-

wendig, aber nicht im Kulturbudget; Seniorenclubs etc. Meine Damen und Herren, im außerordentlichen Kulturbudget sind im Voranschlag für die Kultur erstmals 0,0 Schilling vorgesehen gewesen. Jeder Kommentar erübrigt sich, hier breitet sich Peinlichkeit aus.

Ganz kurz möchte ich auch noch zu Mag. Philipps etwas sagen. Er wird am Donnerstag hoffentlich zum Vorsitzenden des Kulturausschusses gewählt werden und ich hätte mir schon auch von Ihnen einige Worte zur Kultur erwartet und daß Sie ebenfalls diese Kulturvorhaben tragen. Sie haben vom Wirtschaftsingenieur und von anderen Dingen gesprochen, die ich nicht wiederholen möchte, aber vielleicht können Sie auch von Ihrer Fraktion noch einiges zur Kultur sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ist schon gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wunderbar. Nun aber zu einem Thema, das heute auch schon mehrmals angesprochen wurde. Der Wahlkampf am 6. Oktober liegt ja schon lange zurück, aber offensichtlich geht er in einigen Fraktionen noch immer weiter und ich möchte schon die Dinge unserer Fraktion klarstellen. In den letzten Wochen wurde eine Postille von der SPÖ versandt, in der von populistischen FPÖ-Po-

litikern geschrieben wird, die noch nie etwas geleistet haben und deren Wünsche an das Tausendjährige Reich erinnern. Ich möchte das hier noch einmal sagen, obwohl es heute schon gesagt wurde, meine Damen und Herren, wenn es populistisch ist, daß man ein Stadtentwicklungskonzept und Geld für Kulturaktivitäten fordert, dann möchte ich gerne populistisch sein. Nur die Nähe zum Tausendjährigen Reich möchte ich von Ihnen wirklich näher erklärt haben. Wer immer dafür verantwortlich ist.

Zur ÖVP möchte ich auch noch einiges sagen, solange es sie noch gibt, denn es gab heute schon den Versprecher vom Reservat - vielleicht werden wir die ÖVP einmal in einem Reservat sehen. Ich weiß nicht, was Ihnen für die Zustimmung zu diesem Budget versprochen worden ist. Es kann doch nicht sein, daß es die Erhöhung der Gewerbeförderung gewesen ist. Eine Gewerbeförderung, wissend, daß sie im letzten Jahr nicht ausgeschöpft worden ist, ohne daß neue Vergaberichtlinien - an denen es scheitert - festgelegt worden sind. Ich kann Ihren Gedankengängen wirklich nicht folgen. Vielleicht sind Sie mit der Subventionsaufteilung in rote und schwarze Sportvereine zufrieden - wir sind es nicht!

Wenn Sie sich als Mehrheitsbeschaffer hier profilieren wollen, dann tun Sie es solange Sie noch Zeit haben.

Zur GAL. Hier merke ich schon ein Über-Bordwerfen vom kritischen Denken. Das muß man ganz offen sagen. Es wurde einer berechtigten Forderung, die eigentlich eine Forderung von uns allen sein sollte, nämlich dem Frauenhaus, zugestimmt. Sie wurden offensichtlich gekauft damit. Wenn Sie heute sagen, die Konjunktur wird besser werden, Frau Scheucher - leider ist es so, denn wir dürfen nicht erwarten, daß wir in Steyr gegen den internationalen Strom schwimmen können und Stadtrat Zagler hat auch heute erzählt, daß wir mit Rezessionen im Budget rechnen müssen. Da werden im Jahre 1990 Kreditaufnahmen von 27 Millionen gemacht. 1991 sind 70 Millionen aufgenommen worden und 1992 sollen 74 Millionen ausgeborgt werden. Das macht also in zwei Jahren eine Kreditaufnahme von 144 Millionen Schilling. Das ist beträchtlich in zwei Jahren. Dazu kommt noch die Rücklagenauflösung von über 100 Millionen Schilling und es verbleiben ganz kleine 22 bis 27 Mill. S an Rücklagen. Stimmt das so ungefähr?

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Da müßte man ein Profi sein, um das zu wissen. Vom jetzigen Stand aus, ja.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das alles unter dem Aspekt, daß in diesem Budget die Personal-

kosten im Magistrat unproportional um zwei Prozent höher als andere Ausgaben steigen, nämlich um sagenhafte 8 Prozent in einem Jahr. Das sind in Summe 350 Mill. S. Die Notwendigkeit einer Organisationsanalyse haben Sie auch bereits bestätigt, und wir freuen uns, wenn wir auch hier mitziehen können. Nur so, wenn wir nächstes Jahr wirklich ein ausgewogenes Budget erstellen, werden wir auch die zukünftigen Rezessionsjahre bewältigen. Bei allen diesen Budgetkonstruktionen, die heuer hier vorliegen, habe ich nur noch eine Frage, und zwar an Sie, Herr Stadtrat Zagler: Können Sie es nicht oder wollen Sie es nicht? Daß Sie es nicht können, glaube ich nicht - aufgrund Ihrer beruflichen Ausbildung. Das müssen Sie können. Nur, daß Sie nicht wollen, das verstehe ich wiederum nicht. Oder wollen es wir nicht verstehen? Vielleicht können wir uns nächstes Jahr frühzeitig zusammensetzen, im Frühsommer schon, daß wir gemeinsam ein Budget erstellen, daß wir von einem 0-Budget ausgehen und daß wir jeden Ausgangsposten durchforsten und schauen, ob diese Verträge, diese Ausgaben in dieser Form heute noch notwendig sind, oder ob wir neue Prioritäten setzen müssen, können oder sollen. Deshalb werden wir diesem Budget für heuer, wo wirklich viel Familiensilber aufgelöst worden ist, nicht zustimmen. Wenn nächstes Jahr eine frühzeitige Zusammenkunft aller Frak-

tionen und eine Zusammenarbeit mit dem Stadtrat für Finanzwesen nicht zustande kommen, dann möchte ich heute schon ankündigen, daß wir für nächstes Jahr ein Gegenbudget erstellen werden. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke sehr. Ich möchte den Vorsitz abgeben und mich selbst an der Diskussion beteiligen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Die Budgeterstellung war im heurigen Jahr zweifelsohne ein wenig schwieriger und ist anders verlaufen, als voriges Jahr oder in den Jahren davor. Die Wahlen haben dabei eine Rolle gespielt, da sie zeitlich hineingefallen sind. Aber auch der Ausgang der Wahlen hat dabei eine Rolle gespielt. Mit einer Feststellung möchte ich aber einer gewissen Legendenbildung entgegenreten, nämlich daß nicht der Wunsch von der Sozialdemokratischen Fraktion vorhanden war, die Vorstellungen der anderen Fraktionen zum Budget von Anfang an kennenzulernen. Ich habe mir nämlich erlaubt, rechtzeitig im Juli die Fraktionen an-

zuschreiben und sie gebeten, ihre Wünsche zum Budget bekanntzugeben. Zeitgerecht sind diese nur von der ÖVP eingetroffen. Ich habe mir dann erlaubt, mehrfach diese Wünsche an das Budget zu urgieren, und zwar an die anderen Fraktionen. Bei der FPÖ habe ich dies mehrmals getan, auch schon nach den Wahlen. Als aber noch immer keine Wünsche vorhanden waren, habe ich mir erlaubt - in Ihrer Gegenwart Herr Dr. Pfeil - zu bitten, endlich die Wünsche an das Budget beizubringen. Darauf wurde mir gesagt "...alles ist anders, man hat noch nicht...und man wird, aber ..." usw. Kollege Eichhübl, meine Frage ist an Dich gegangen und Du hast ja auch das Schreiben von mir erhalten. Ungefähr eine Woche später hast Du dann einige Vorstellungen an das Budget schriftlich bekanntgegeben, nachdem ich sie urgieren habe.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Darf ich bitte dazu kurz Stellung nehmen, um die Dinge doch ein wenig klarzustellen. Du wirst Dich erinnern können, daß wir im Zusammenhang der Gespräche Bürgermeisterwahl ein punktuell-Konzept vorgelegt haben, das auch identisch war mit den Forderungen der FPÖ an das Budget.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Als Finanzreferent habe ich die Vorstellungen zum Budget von der FPÖ-Fraktion erst dann erhalten, als ich sie mehrfach urgieren habe.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es war mittlerweile der neue Finanzreferent.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich bin momentan am Wort, ich habe so ruhig zugehört und würde jetzt doch bitten, mir auch die Chance zu geben, daß ich die Dinge aus meiner Sicht beleuchte.

Bei den Grünen bin ich natürlich auch genauso vorgegangen. Ich habe ebenfalls mehrfach gebeten, die Wünsche an das Budget kennenzulernen. Darauf hat mir Kollege Holub mitgeteilt, daß es wahrscheinlich nicht sehr zweckmäßig sein wird, eine Wunschliste zu liefern. Es war eben so und ich mache auch niemand einen Vorwurf. Jeder kann das handhaben, wie er möchte. Nur, wenn man sich dann bei der Budget-Debatte so blau-äugig herstellt und so tut, als wäre man ausgeschlossen gewesen, halte ich auch nicht für die feine englische Art. Hier müssen wir uns eine Form des Umgangs miteinander zurechtlegen. Wenn wir bitten, die Wünsche bekanntzugeben, dann möchten wir auch, daß sie wirklich bekanntgegeben werden. In Zukunft wird man sicherlich früher darüber reden können, wir sind gerne bereit.

Eigentlich ist es hoch interessant, diesen Ausführungen zu lauschen. Jeder, der sich hier herstellt, redet vom Sparen und jeder möchte bei sich selbst mehr Geld haben. Das ist eine merk-

würdige Übereinstimmung, die ich festgestellt habe. Jeder spricht von den Schulden, die gemacht werden, von der Überforderung dieses Budgets. In Wirklichkeit haben wir es mit einem Budget zu tun, das im ordentlichen Haushalt um 4 Prozent über dem Budget plus Nachtragsvoranschlag 1991 liegt. Die Konjunktur-Erwartungen, die Prognosen waren auch ungefähr in dieser Höhe - jedenfalls zu dem Zeitpunkt, als wir dieses Budget erarbeitet haben. Es ist auch eine Heidenarbeit; es wurde schon gesagt, wie es zustande kam. Da gibt es die Beamtenrunden und wir haben mit allen zuständigen Stadträten das Gespräch geführt. Es ist leider so, daß nicht alle Wünsche ganz einfach erfüllt werden können, weil die Wünsche immer größer sind, als die Erfüllungsmöglichkeiten dieser Wünsche.

Wenn man diese Entwicklung objektiv betrachtet, - daß wir beispielsweise hier eingeladen haben und daß wir ehrliche Verhandlungen darüber geführt haben, wie dieses Budget zustande kommen soll - dann sollte man nicht sagen, daß es eine Verachtung gegenüber den anderen Fraktionen ist. Hier sehe ich überhaupt keine Gelegenheit, eine solche Behauptung aufzustellen. Budgets kommen eben durch Verhandlungen zustande, das ist doch legitim. Es ist ganz normal und es ist auch für jede politische Fraktion normal, daß sie möglichst viel von ihrem Programm in einem Budget

festschreibt. Wir haben darüber verhandelt und die FPÖ, die ÖVP und auch die Grünen haben ihre Vorstellungen kundgetan. Ein Teil davon ist eingeflossen. Nicht alles, das ist richtig. Aber auch von der Sozialdemokratischen Partei ist vieles nicht eingeflossen, das man sich dort hätte vorstellen können. Wenn wir einzelne Punkte herausgreifen, weil hier die Rede von einem Stadtentwicklungskonzept ist, über welches im Zusammenhang mit den Budgetverhandlungen gesprochen wurde, dann möchte ich sagen, daß keiner hier im Saal so tun soll, als sei es seine Erfindung, ein Stadtentwicklungskonzept zur Diskussion zu stellen. Das haben doch unsere Großväter schon im Gemeinderat der Stadt Steyr diskutiert. Die haben auch schon Pläne gehabt. Man ist vielleicht unterschiedlicher Meinung, was man darunter versteht - darüber kann man diskutieren. Es gibt in vielen Bereichen Ansätze für Entwicklungen und für Konzeptionen. Natürlich ist es hier nicht ganz so einfach, solche Konzeptionen zu entwickeln und es wird sie auch keiner so schnell machen können. Es ist auch nicht damit abgetan, daß wir vielleicht irgendetwas bestellen. Das kann man nicht so einfach kaufen, wie die Semmeln beim Bäcker. Hier ist in enger Zusammenarbeit mit der Landesregierung, die bei den Raumordnungsfragen sehr entscheidend mitwirkt, vorzugehen. Wir müssen wahrscheinlich auf

diese Dinge ganz besonders Bedacht nehmen, sonst können wir uns ein sehr teures Stadtentwicklungs- und Raumordnungskonzept von irgendwelchen Experten machen lassen. Dieses muß aber dann von Landesregierungsebene akzeptiert werden - Raumplanung ist Landessache! Das heißt, von Anfang an ist hier eine Übereinstimmung anzustreben. Ich bin sehr für Konzeptionen und ich meine, daß wir wirklich versuchen sollten, das in die Tat umzusetzen.

Natürlich ist auch schon ein mittelfristiges Finanzkonzept seit längerer Zeit in Arbeit. Als Dr. Schmidl die Finanzabteilung übernommen hat, begann er sofort, Daten zu sammeln und eine solche Konzeption auszuarbeiten. Es ist natürlich auch nicht einfach, aber es ist richtig, daß wir es wollen.

Das Verkehrskonzept ist in diesem Gemeinderat beschlossen worden. Wir haben es beauftragt, es kostet nicht wenig Geld und heute ist schon einmal kritisiert worden, daß es Geld kostet, aber noch nicht vorliegt. Mir wäre es auch lieber, wenn es schon auf dem Tisch liegen würde. Wir hatten erst diese Woche eine Diskussion mit Herrn Dr. Stickler. Herr Dr. Pfeil, Sie waren ebenfalls dabei und haben auch Ihre Meinung zum Ausdruck gebracht. Eigentlich haben wir eine ziemliche Übereinstimmung gehabt, daß wir eben einen Operationskalen-

der brauchen und hier die nächsten Schritte setzen müssen.

Zum Thema Kultur kann man natürlich auch verschiedene Meinungen haben. Der eine versteht unter Kultur möglicherweise etwas ganz anderes als irgend ein anderer. Ich habe schon einmal einen Satz gelesen, der ungefähr so gelautet hat, daß Kultur die Summe aller Lebensäußerungen ist. Nicht nur etwas, was Dr. Pfeil unter Kultur versteht. Da gibt es den Mag. Philipps, der sieht das ganze wieder etwas anders. Und gerade deswegen haben wir diesen Kulturausschuß und ich erwarte mir auch, daß in diesem Bereich ein anderer Wind zu wehen beginnt und daß die Diskussion mit den Kulturschaffenden, aber auch den Bedürfnissen entsprechend stattfindet. Es gibt dort mehr Geld und es gibt dort aber auch die Möglichkeit, umzuschichten. Wahrscheinlich ist zu lange eine gewisse Kulturpolitik fortgeschrieben worden - das gebe ich ohne weiteres zu. Ich finde es sehr gut, wenn neue Personen in die Lage versetzt werden, sich damit zu beschäftigen. Natürlich wäre es schön, wenn man 12 Prozent des Budgets für die Kultur präliminieren könnte, wie dies in Frankfurt der Fall ist und wie Sie es zitiert haben, Herr Dr. Pfeil. Ich könnte mir das auch vorstellen, nur Frankfurt hat vielleicht eine interessante und teure Kulturszene. Das ist eben eine deutsche Metropole und wir werden uns nie da-

mit vergleichen können. Ich möchte auch nicht in Frankfurt sein, ich bin viel lieber in Steyr und ich möchte auch bemerken, daß wir noch andere "Knackpunkte" im Budget haben. Zum Beispiel das Wohnen. Der zuständige Stadtrat wird sicher noch dazu Stellung nehmen. Ich möchte nur feststellen, daß in Frankfurt die "normalen" Leute, die in einem Industriebetrieb beschäftigt sind, nicht wohnen. Sie fahren nämlich 40 oder 50 Kilometer. Diese Szene müssen Sie sich auch neben die Kulturszene hindenken. Das sind eben Dinge, die man in Übereinstimmung sehen muß. Wir glauben, daß auch eine gewisse Kontinuität bei der Entwicklung unserer Stadt erforderlich ist. Neue Ideen, neue Gedankengänge sind mit Sicherheit gefragt und sind auch immer notwendig. Ich glaube nicht, daß es gut ist, wenn man im Zusammenhang mit einer Budgetberatung sagt, daß die Grünen gekauft wurden und die ÖVP Mehrheitsbeschaffer ist. Ich glaube, man kann die Dinge auch von einer anderen Seite sehen. Nämlich von der, daß erstens politische Fraktionen Teile ihres Programms in einem Budget wiederfinden bzw. hineinbringen können und andererseits wir ja auch die Verantwortung haben, daß diese Stadt regierbar ist. Daß sozusagen etwas geschieht im Sinne der Stadt und daß es eigentlich nicht wünschenswert ist, daß kein Budget beschlossen wird. Man kann also auch in die-

sem Fall verschiedene Vorstellungen dazu haben.

Für die Verschuldung oder die starke Belastung des Budgets, die kritisiert und mit Besorgnis diskutiert wurde, habe ich ein gewisses Verständnis. Ich möchte nur bemerken, daß der Hauptgrund für die Belastung des Budgets darin liegt, daß wir sehr starke Schwerpunkte im Wohnbereich bzw. im Wohnbaubereich setzen. Nicht aber aus reiner Abenteuerlust heraus, meine Damen und Herren, sondern weil wir 3.000 Wohnungssuchende haben und weil sie uns die Türen einrennen. Der zuständige Referent macht einen 10- bis 12-Stunden Sprechtag und sie kommen auch noch zu den Bürgermeister und Vizebürgermeistern. Ich nehme an, daß sie auch zu den anderen Gemeinde- und Stadträten kommen werden, wenn sie keine Wohnung haben. Und es ist ein Recht für die Bevölkerung unserer Stadt, ein Dach über dem Kopf zu haben. Wir haben uns sehr bemüht - und nicht nur auf das Plakat etwas vom Wohnen geschrieben - ein Wohnbauprogramm festzuschreiben und es auch zu finanzieren. Das schlägt sich eben in dieser starken Weise nieder; das ist einmal so und wir haben gleichzeitig Grundvorsorgen getroffen und diese schlagen sich auch im Budget mit 15 Millionen nieder. Im nächsten und im heurigen Jahr haben Sie sich mit rund 25 Millionen niedergeschlagen, wenn ich

das so ungefähr noch richtig im Kopf habe.

Dieser riesige Grundankauf ist von allen Seiten verlangt worden, damit wir unsere Bautätigkeit auch als Stadt Steyr, als GWG der Stadt, fortsetzen können, wenn am Resthof die Grundreserven erschöpft sind. Man kann in einer Stadt, die nur 26 km² Grund hat, nicht den Grund einfach kaufen, wenn man gerade das Geld hat oder wenn es gerade paßt, sondern dann, wenn ein Grundbesitzer ein Grundstück verkauft. Diese Chance hat sich geboten und wir haben gemeinsam beschlossen, diese Chance wahrzunehmen. Zu diesem Zeitpunkt war die FPÖ noch nicht so stark vertreten, aber ich glaube, Du hast auch mitgestimmt Roman, weil Du die Notwendigkeit erkannt hast. Wir haben also hier mit einer Belastung zu leben - heuer und nächstes Jahr noch aus diesem Titel. Ich glaube aber, und ich habe auch den Auftrag gegeben, daß wir alle Grundreserven der Stadt für den Wohnbau in einem Plan ausweisen - das gehört nämlich auch zum Stadtentwicklungsprogramm - und soweit ich mir eine Vorerhebung zeigen ließ, ist es durchaus möglich, fast bis zum Jahr 2000 die Grundstücksflächen zur Verfügung zu haben, wenn wir alle Wohnbauträger, Genossenschaften und Gesellschaften in Steyr zusammennehmen. Diesen großen, wichtigen Schritt, für die nächsten 10 Jahre auch für die Stadt vorzusorgen, den haben wir

im heurigen Jahr im Zuge eines Nachtragsvoranschlages beschlossen.

Wir hatten im Jahr 1981 einen ähnlichen Fall. Wenn Sie sich die langfristigen Budgetziffern ansehen und den Ausweis des Jahres 1981 herausnehmen, werden Sie ebenfalls eine Spitzenbelastung feststellen können. Auch damals wurden große Grundstücke angekauft - es waren die Schützenhofer-Gründe.

Das ist also die derzeitige Lage und im übrigen liegen wir mit unserer Verschuldung etwa im Schnitt vergleichbarer Kommunen. Es ist nicht so, daß wir uns in den Abgrund stürzen. Ich meine auch, daß - obwohl die Konjunkturprognosen in letzter Zeit abgeschwächt sind - durchaus berechtigter Anlaß dafür besteht, daß in Steyr eine gewisse Sonderkonjunktur stattfinden könnte. Wenn wir uns nämlich überlegen, daß bei der Steyr Nutzfahrzeuge AG, aber auch bei der Steyr-Daimler-Puch AG ein Investitionsvolumen von rund 4 Mrd. Schilling bis 1993 Platz greifen wird, an dem wir nicht unbeteteiligt sind, dann ist doch damit zu rechnen, daß sich dies auf die Wirtschaft in unserer Stadt, in unserer Region positiv auswirken wird. Die Generaldirektoren haben wirklich ausdrücklich versprochen, - und sie tun es offensichtlich auch - ganz besonders die heimische Wirtschaft für die Aufträge heranzuziehen. Dazu wird unsere eigene Aktivität auf

dem Wohnbausektor - Wohnen plus Sonderwohnbauprojekt - natürlich auch beitragen, meine Damen und Herren. Wenn wir in 3 Jahren 75 Millionen Schilling nur für das Sonderwohnbauprogramm locker machen müssen, wird dies zwar das Budget belasten, aber auch Arbeitsplätze schaffen und sich somit positiv auf die Wirtschaft auswirken. Dazu kommen noch einmal 150 Millionen Schilling von der Oberösterreichischen Landesregierung. Das war ja eigentlich das Problem an der ganzen Sache, sonst hätten wir auch schon früher diese Wohnungen bauen können. Es ist uns nur jetzt erstmalig gelungen, ein Sonderwohnbauprogramm umzusetzen, indem die Bürgermeister der Städte Linz, Wels und Steyr dies in einer Allianz durchgesetzt haben. Das sind auch mächtige Impulse in unserer Wirtschaft und daher sehe ich die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt Steyr nicht so negativ. Ich höre auch von Ihren Vorgesetzten, Herr Dipl.-Ing. Mundorff, daß BMW eine gute Konjunktorentwicklung erwartet und es werden sich die mächtigen Unterstützungen - auf ihre Größenordnung gesehen -, die die Stadt Steyr auf sich genommen hat, jetzt tatsächlich positiv auswirken. Wir waren lange Zeit Nettozahler und jetzt kommt dieses Geld zurück. Es ist also für die Stadt eine sehr vernünftige Investition in die Zukunft gewesen, weil die Gewerbesteuern nach Ertrag zurückkommen, die

Lohnsummensteuern ohnehin, weiters die Abgabe-Ertragsanteile und zudem die Kaufkraft der dort über 2.000 beschäftigten Mitarbeiter; und zwar handelt es sich um gut bezahlte, hochqualifizierte Mitarbeiter. Daraus zeigt sich, daß unsere Wirtschaftsförderungspolitik nicht kurzfristig war, sondern langfristig. Sie war jedoch damals einigermaßen mutig von den Verantwortlichen in der Stadt und diese sind auch kritisiert worden, weil es doch nicht ganz einfach ist, so viele Millionen für ein einziges Unternehmen, von dem man nicht genau weiß, wie es sich entwickeln wird, in die Hand zu nehmen und diese Beträge festzuschreiben. An die 110 Millionen Schilling werden wir zahlen müssen und wir zahlen auch jetzt noch Förderungen, aber der Rückfluß hat eingesetzt. Ich verspreche mir auch etwas von den Förderungen, die wir jetzt für die Steyr Nutzfahrzeuge AG locker machen müssen - wir haben ja mit diesen 20 Millionen, die wir insgesamt dorthin fördern werden, 267 Bundes-Millionen und 59 Landes-Millionen locker gemacht. Dadurch haben wir ein Invest von insgesamt rund 4 Mrd. Schilling realisiert. Wir haben damit erreicht, daß eine Montagehalle um 450 Millionen Schilling in einem einzigen Jahr errichtet wurde, von der wir aber schon 20 Jahre geredet haben; jetzt wird um 700 Millionen Schilling ein Lackierwerk errichtet und natürlich ist

es nicht ganz einfach, meine Damen und Herren von der Grünen Fraktion, weil hier darauf Bedacht zu nehmen ist, daß der neueste Stand der Technik zur Verwirklichung kommt, damit wir keine Umweltbelastungen zustande bringen, die uns stören würden. Denn in Wirklichkeit wollen wir gut bezahlte, hochqualifizierte Menschen dort beschäftigen und es sollen auch umweltgerechte Arbeitsplätze sein. Es ist nicht ganz einfach, aber wenn wir die Millionen geholt haben, - und hier waren die Betriebsräte schon sehr aktiv, Hr. Kollege Payrleithner; ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, daß sie sich immer bemüht haben, diese Förderungen locker zu machen - dann müssen auch die Investitionen getätigt werden und nur dann werden die Arbeitsplätze sicher sein. Eigentlich wird dort oben ein neues Werk gebaut: ein neues Karosseriewerk, ein neues Lackierwerk und ein neues Montagewerk. Bei der Steyr-Daimler-Puch AG ein neues Getriebewerk und die ersten Meilensteine sind bereits überall gesetzt.

Ich glaube, wir haben mit unserer Wirtschaftspolitik und mit unserer Bemühung die Steyrer Großindustrie in ihrer Umstrukturierung über die schwierigsten Phasen gebracht und alle diese Betriebe sind in einem starken Aufwärts-Trend. Ich bin guten Mutes, daß uns dies gelungen ist und auch das Risiko ist dadurch gestreut, daß unterschiedliche

Eigentümer vorhanden sind. Die Todsünden der Vergangenheit, die heute schon einmal zitiert wurden, hat man offensichtlich lange Zeit nicht erkannt und man hat nicht reagiert. Die besten Möglichkeiten für eine Verbesserung des Branchen-Mixes, für eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur hätten sich nämlich nach dem 1. und nach dem 2. Weltkrieg ergeben. Dort hätte man Chancen gehabt, andere Branchen mit einzubeziehen und sie aufzubauen. Es ist aber leider nicht so einfach. Die Menschen in Steyr sind in der Metallbranche groß geworden, dort haben sie sich über Generationen hinweg Fähigkeiten und besondere Fertigkeiten angeeignet. Auch unsere Ausbildungssysteme sind ganz besonders perfektioniert in diesem Bereich und es ist daher nicht einfach, neue zusätzliche Wirtschaftszweige anzusiedeln. Ich würde mich sehr freuen, wenn es neben der Metallbranche noch mehrere solche Betriebe wie die Firma Sommerhuber im Keramikbereich oder die Firma Eckelt geben würde. Einige Mittelbetriebe dieser Größenordnung bräuchten wir noch; das wäre für unsere Struktur sehr gut. Das Risiko ist trotzdem stark vermindert, weil es nämlich nicht zu erwarten ist, daß gleichzeitig BMW, MAN, SKF, Steyr-Daimler-Puch in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Erstens sind die Produkte in verschiedenen Bereichen diversifiziert und zweitens sind die

Eigentümerstrukturen doch geeignet, solche gefährlichen Entwicklungen, wie sie in der Vergangenheit mehrfach passiert sind, weitgehend unmöglich zu machen. Wir werden uns bemühen müssen, noch Betriebe anzusiedeln. Wir haben hier Vorsorgen getroffen, es ist aber auch notwendig, zusätzlich noch neue Maßstäbe zu setzen und das unterstütze ich besonders im Ausbildungsbereich.

Ein paar Worte möchte ich noch zum Bereich "Soziales" sagen. In diesem Budget sind auch Meilensteine in der Sozialpolitik festgeschrieben. Frau Kollegin Ehrenhuber hat über unser Ausbauprogramm im Kindergartenbereich bereits referiert und es ist ein sehr ambitioniertes Programm, welches in diesem Bereich vor sich geht. Hier geschieht sehr vieles und wir sind in den Bereichen, in denen wir das bereits durchgezogen haben, wie zum Beispiel am Plenkberg oder in denen es noch so sein wird, wie z. B. in Taschelried, im Wehrgraben und in anderen Kindergärten, auf dem neuesten Stand. Also werden wir diese Politik fortzusetzen haben.

Von ganz besonderer Bedeutung ist meiner Meinung nach das massive Unterstützen des Vereins Lebenshilfe, der ein Heim um rund 36 Millionen Schilling für geistig und körperlich behinderte Kinder, das bereits in Bau ist, errichtet. Ich glaube, das ist ein Meilenstein in der Sozialpolitik unserer

Stadt. Hier werden wir ein neues, wichtiges Zeichen setzen und ich meine, daß die "Geschützte Werkstätte", von der so lange die Rede war, jetzt wirklich in die Tat umgesetzt wird. Die Stadt wird die Aufgabe zu übernehmen haben, das Grundstück bereitzustellen. Wir glauben, daß in der vollen Ausbaustufe dann 50 bis 70 Personen, die wahrscheinlich auf dem normalen Arbeitsmarkt nicht unterzubringen sind, in diesem Bereich Arbeit, Beschäftigung und - wenn es auch "abgedroschen" klingt - Selbstverwirklichung finden. Eine Würde, die sie sonst nicht finden könnten. Und das ist meiner Meinung nach ein weiterer Meilenstein in diesem Bereich.

Über Schule und Sport wurde in letzter Zeit viel geredet, ich selbst möchte nicht viel dazu sagen. Der Ausbau der Sportstätten ist ja hier herinnen ein umstrittenes Thema, aber ich weiß nicht, wie ich das auffassen soll. Eines wird auf jeden Fall notwendig sein, nämlich daß man sich überlegen muß, ob das Hallenbad das Prestige-Projekt ist, oder das Dach über der Eisfläche. Es kann ja nicht alles, was wir in diesem Bereich machen, ein Prestige-Objekt sein. Ich möchte, daß es gemeinsam getragen wird. Zur Qualität des Standortes Steyr - Wohnen, Leben, Kultur, Freizeit, Arbeit - gehört eben auch ein attraktives Angebot, wie es beispielsweise die Manager oder die jungen Leute auch in ihrer Freizeit haben wollen. Ich würde den

Sportausschuß einladen, eine kleine Exkursion zu machen. Vielleicht in die Steiermark, die man als Oberösterreicher manchmal ein bißchen von oben herab ansieht. Fahren wir einmal durch die Mur-Mürz-Furche, meine Damen und Herren. Wenn wir zurückkommen, werden manche von uns vor Neid gelb sein wie die Chinesen, welche schönen Sportstätten es dort gibt. Und zwar in jedem kleinen Ort. Jeder, der das kennt und schon gesehen hat, wird mir jetzt beipflichten müssen. Wir sind auf diesem Gebiet nicht mit der "Nase vorne". Im Bereich Kulturbauten haben wir in der Vergangenheit Großartiges geleistet. Das Alte und das Neue Stadttheater sind anerkannt. Es kommen immer wieder Delegationen, um diese Einrichtungen zu besuchen oder sie in irgendeiner Weise nachzuahmen, wobei besonders das Alte Stadttheater als sehr gelungen empfunden wird. Aber bei den Sportstätten sind wir mit einer Sporthalle, die ursprünglich eine Garage war und, ich glaube im Jahr 1962, in eine Sporthalle umfunktioniert wurde - dies war zwar damals ein sehr mutiger Schritt nach vorne und hat auch den Bedarf einigermaßen gedeckt - bei weitem nicht richtig ausgestattet. Wir brauchen so etwas wie eine Dreifach-Turnhalle für unseren Schulbetrieb und für unseren Sportbetrieb, das ist ein Erfordernis. Wir benötigen auch dieses Dach über dem Eis und selbstverständlich auch die-

ses Bad. Eigentlich gehört all das auch in den Schulbetrieb eingebunden. Außerdem haben wir zu wenig Turnsäle. Der Turnunterricht findet zum großen Teil auch auf dem Eislaufplatz und in den Bädern statt. Wir sollten das schon so sehen und es trifft den Nagel nicht auf den Kopf, wenn man meint, daß man es machen oder nicht machen soll, weil die Eishockey-Spieler ein wenig besser oder schlechter spielen. Eigentlich sehe ich darin nicht den "Knackpunkt", sondern ich sehe das in einer ganzheitlichen Betrachtung dieser Dinge und ich würde mich doch sehr freuen, wenn wir uns im Lichte dieser Erkenntnisse dorthin begeben könnten, daß wir das gemeinsam tragen.

Wir müssen auch über das Budget hinaus denken, über den Tag hinaus denken. Es kommen große Anforderungen auf uns zu. Das sind ja gewaltige Projekte: 100 Millionen für das Hallenbad, die Verkehrsdrehscheibe. Ohne Verkehrsdrehscheibe am Bahnhof fällt das gesamte Verkehrskonzept, hat uns Dr. Stickler gesagt; und das ist auch ein "100-Millionen-Ding". Wir brauchen dazu die Finanzierungsunterstützung des Bundes und des Landes. Wir brauchen diese Bezirkssporthalle, die heute rund 45 Millionen kosten würde, aber wir brauchen auch - und das ist heute noch nicht zur Diskussion gestanden - ein neues Kommunikationszentrum für unsere städtischen Un-

ternehmungen, für unsere Betriebe, die auch aus der Tradition heraus in verschiedenen Teilen unserer Stadt untergebracht sind, nicht mehr zeitgemäß sind, nicht betriebswirtschaftlich organisiert werden können und wir haben in Sackgassen-Situationen den Wirtschaftshof in einem alten Bauernhof untergebracht. In einer zu kleinen und auch veralteten Garage haben wir unsere Verkehrsbetriebe bzw. unsere Autobusse untergebracht und können dort eigentlich nicht einmal die City-Busse einstellen. Wir müssen feststellen, daß das Gaswerk und das Wasserwerk auch in einer Sackgassen-Situation im Wehrgraben untergebracht sind, die Gärtnerei ist wieder an einem anderen Ort und die Bürobereiche sind ebenfalls woanders. Es ist also keine optimale Voraussetzung für die Serviceleistung, die eine Stadt wie Steyr braucht, vorhanden. Wir müssen hier zusammenfassen, neu betriebswirtschaftlich organisieren und Synergie-Effekte ausnützen. Darin sehe ich auch Ansatzpunkte für Einsparungen, über die heute schon diskutiert wurde. Natürlich ist dies ein großer Brocken und eine große Belastung für die kommenden Budgets, aber wir werden schneller als wir glauben mit diesen Dingen konfrontiert werden.

Insgesamt betrachtet, meine Damen und Herren, glaube ich, daß wir uns sehr bemüht haben, die wichtigsten Dinge, die uns am

meisten bewegen und von denen wir glauben, daß sie für die Stadt notwendig sind, zumindest ansatzweise in dieses Budget hineinzuschreiben. Es wird niemals gelingen, eine volle Übereinstimmung zustande zu bringen, aber ich bin doch sehr froh darüber, daß zumindest eine große Mehrheit heute für dieses Budget stimmen wird. Dafür bin ich sehr dankbar, weil es wichtig ist, daß wir einen guten Weg für die Stadt Steyr gemeinsam weitergehen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich übergebe den Vorsitz und zugleich bitte ich Kollegen Philipps nach vorne; er hat sich als nächster zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werteres Präsidium! Nachdem ich der Jüngste des Kulturausschusses bin, und noch nicht Vorsitzender - das kann man nämlich im vorhinein nicht wissen - habe ich mir gedacht, daß es genügt, wenn ich nach meinen Kultur-Vorrednern das Wort ergreife und als solches meine Vorstellungen kurz zusammenfasse. Natürlich bin ich froh, daß das Kulturbudget um eine Million erhöht wurde und ich bin natürlich dankbar, daß diese Million dann in einer gemeinsamen Arbeit entsprechend verplant werden kann. Eines meiner Haupt-

anliegen ist natürlich eine Verbesserung der Veranstaltungs-Vielfalt. Ich könnte mir vorstellen, daß eine Umschichtung von herkömmlichen Stücken in die eher moderne Richtung vollzogen werden kann. Das heißt also hier bei dieser Gelegenheit eine Förderung der alternativen Kunst. Dem Bericht 1991 vom Kulturredereferat entnehme ich, daß diese alternative Kunst noch nicht den Anklang gefunden hat, den sie meines Erachtens finden sollte. Aber es gibt auch schon die ersten sehr vernünftigen Ansätze in dieser Richtung und wir werden natürlich am Donnerstag darüber sprechen, daß hier auch schon Verlage interessant sind, die sich mit moderner Lyrik beschäftigen und die das Risiko bereits eingegangen sind und diese moderne Lyrik sogar in Buchform herausgegeben haben. Von diesen 500 Büchern z. B. wurden schon 300 verkauft, was darauf schließen ließe, daß doch auch in Zukunft sehr viel Interesse vorhanden sein wird. Ich denke allerdings auch, - hier haben meine Vorredner bis zu einem gewissen Grad sehr in meinem Sinn gesprochen, das muß ich ganz ehrlich zugeben - daß die Jugend selbstverständlich eines der Hauptanliegen werden wird und natürlich auch sein muß. Da spreche ich nicht aus meiner Warte, weil es für mich ganz klar ist, daß die Jugend hier zu forcieren wäre, sondern auch aus der Warte der Kultur. Ich bin der Meinung, daß bereits das Kul-

turreferat im Sinne dieser Jugendbetreuung, also genauer gesagt im Jugendreferat, mit 100 Veranstaltungen im Jahr 1991 mit 24.000 Besuchern, doch auch eine ganz ansehnliche Art an Veranstaltungen zusammengebracht hat. Wie gesagt möchte ich aber doch betonen, daß ich hier sehr dafür sein werde, daß wir gewisse Umstrukturierungen in der Kultur vornehmen werden und es auch meinen Vorstellungen entspricht, was die Vorredner bereits von sich gegeben haben. Förderung der jungen Kultur, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist für mich allerdings nicht gleichbedeutend mit einem Ankauf von Bildern. Gott sei Dank habe ich heute schon vernehmen können, daß ein Ankauf von Bildern junger Künstler nicht gleichzusetzen ist mit Kunstverständnis. Ich habe heute früh in einer Zeitung ein Zitat gelesen, das sagt: "Der Zeit ihre Kunst und der Kunst ihre Freiheit!" Ich nehme an, daß dieses Zitat manchen Leuten hier herinnen bekannt ist. Es stammt von der Präsidentschaftskandidatin Heide Schmidt. Ich bin aber der Meinung, daß sie damit nicht die sogenannte Narrenfreiheit gemeint hat. Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren im Kulturausschuß und selbstverständlich auch im Gemeinderat, darf ich Sie aufrufen, die Kunst nicht auf einzelne Gruppen zu beschränken, sondern für alle zu öffnen; nicht zuletzt im speziellen auch für die Jugend.

Daher wird es auch notwendig sein, ein gemeinsames Kulturkonzept auszuarbeiten. Ich durfte, wie gesagt, die Berichte des vergangenen Jahres zur Kenntnis nehmen und möchte auf diesem Weg unseren Dr. Kurt Schmidl ersuchen, den Beamten des Kulturamtes auszurichten, daß ich der Meinung bin, daß sie gute Arbeit geleistet haben und daß ich glaube, daß Beamte und Kultur sehr wohl vereinbar sind.

Abschließend möchte ich betonen, daß meiner Meinung nach am Donnerstag bei der ersten Konstituierung, beim ersten Gespräch in diese Richtung, eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit zustande kommen wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke vielmals. Der nächste am Wort ist Herr Gemeinderat Jansky.

GEMEINDERAT KLAUS JANSKY:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates! Für mich ist es heute das erste Mal, daß ich im Gemeinderat das Wort ergreifen darf und Sie können mir glauben, daß ich eigentlich ganz schön nervös bin.

Der Anlaß für meine Wortmeldung ist ein Ausgabenpunkt im außerordentlichen Haushalt, der besonders die Wirtschaft und die Bewohner der Innenstadt betrifft. Es ist eine Zeile im fast 300sei-

tigen Budgetentwurf 1992, die mir sehr am Herzen liegt. "Neugestaltung Stadtplatz - S 500.000.--". Was verbirgt sich hinter dieser Zeile? Wir wissen alle, daß die Verkehrssituation in der Innenstadt katastrophal ist und für alle Beteiligten zum täglichen Ärgernis geworden ist. Es muß daher unser aller Bestreben sein, auf schnellstem Wege Abhilfe zu schaffen aus dieser Verkehrs-Misere. Wir müssen Lösungen finden, die zum Wohle unserer Bürger sind. Unser Wahlspruch soll heißen "Leute, habt Freude an Eurer Stadt". Die Betonung liegt auf "Eurer Stadt". Es ist nicht unsere Stadt, wie wir hier im Gemeinderat sitzen. Das Zauberwort aller Innenstadt-Verkehrsprobleme heißt Fußgängerzone, Kurzform FUZO. Diese FUZO verbirgt sich auch hinter dem Ausgabenposten "Neugestaltung Stadtplatz". Somit bin ich schon beim Kern der Sache.

Ich glaube, alle Parteien in Steyr wollen eine FUZO. Auch wir haben in unserem Programm für Steyr diese Forderung deponiert. Wir haben jedoch auch das "Rundherum" gefordert; die Begleitmaßnahmen müssen also stimmen. Für dieses "Rundherum" habe ich bis heute keinen Ausgabenposten im Budget 1992 gefunden. Außer 1,1 Millionen Schilling für den Generalverkehrsplan von Prof. Dr. Stickler, der - aus welchen Gründen auch immer - längst überfällig ist und dessen Ausführung noch in den Sternen

steht, finde ich nichts. Es ist zwar in letzter Minute noch 1 Million für ein Stadtentwicklungskonzept eingebracht worden, doch die Verwendung ist noch nicht festgelegt.

Die Stadt braucht eine starke Wirtschaft und die Wirtschaft in der Innenstadt ist der Handel und das Gewerbe. Dazu möchte ich Ihnen ein paar Zahlen, die der Verein "Treffpunkt Altstadt" für die Bereiche Stadtplatz, Enge, Grünmarkt und Pfarrgasse erhoben hat, zu Gehör bringen. Die Handelsbetriebe der genannten Zone beschäftigen zur Zeit ca. 700 Mitarbeiter und erzielen mit ihnen einen Umsatz von fast 1,5 Milliarden Schilling. Daraus kann man ersehen, daß die Kaufleute mit ihrem Steueraufkommen die Einnahmen der Stadt ganz beträchtlich unterstützen. An dieser Stelle möchte ich einen Ausspruch von Herrn Univ.-Prof. Dr. Tietz von der Universität Saarbrücken beim diesjährigen Oberösterreichischen Handelstag in Linz mit dem Thema City- und Ortsmanagement zitieren: "Verkehrsberuhigung = Umsatzberuhigung = Steuerberuhigung". Dieser Ausspruch sollte uns zu denken geben. Wir wollen zwar eine Verkehrsberuhigung, aber keine Umsatzberuhigung und noch viel weniger eine Steuerberuhigung. Damit bin ich wieder beim "Rundherum" oder den Begleitmaßnahmen zur Einführung einer Fußgängerzone.

Ich habe am letzten Samstag nachmittag eine Kurzbefragung in der neuen Fußgängerzone in Steyrdorf in etwa 15 Geschäften und mit Bewohnern durchgeführt. Das Resümee dieser Gespräche möchte ich Ihnen kurz mitteilen. Die FUZO wird vom Großteil der Geschäftsleute und Bewohner durchaus positiv aufgenommen. Die befragten Geschäftsleute können zwar nach der kurzen Einführungszeit noch keine konkreten Zahlen nennen, doch dürften die Umsatzeinbußen im erträglichen Maß liegen.

Die in Ö-Regional gestern früh gemachten negativen Aussagen wurden mir nicht bestätigt, denn die dort zitierten Geschäftsleute hatten am Samstag nachmittag ihre Geschäfte leider geschlossen. Der derzeit kostenlose City-Bus war an diesem Tag sehr gut frequentiert. Die einhellige Meinung aller Befragten war jedoch, daß das "Rundherum", also die Begleitmaßnahmen viel zu kurz gekommen sind. Es wird bemängelt, daß die Kurzparkzone am Wieserfeldplatz zu klein ist und auch entsprechende Hinweistafeln an den Einfahrten fehlen. Die Taktzeiten der City-Busse sind zur Hauptgeschäftszeit zu lang, der Bewohner-Parkplatz bei der Kaserngasse ist zu wenig beleuchtet und mit schlechtem Straßenbelag versehen. Weiters wird der Stadt angekreidet, daß sie zur Eröffnung der Fußgängerzone keine entsprechende finanzielle Unterstützung für die

Weihnachtsaktion geleistet hat und es nicht möglich ist, ein Juwel wie das Lebzelter-Haus für Besucher in der Weihnachtszeit zu öffnen. Es fehlt also - wie schon gesagt - das "Rundherum". Wenn ich dann in der Dezember-Ausgabe des sozialistischen - Entschuldigung, des sozialdemokratischen Steyrer Stadtmagazines unter dem Punkt "Einsatz für den öffentlichen Verkehr" lese: City-Busse, Verdichtung der Taktzeiten, Einführung von Fußgängerzonen, Autofreimachung des Stadtplatzes, Errichtung von Stellplätzen in Zentrumsnähe - dann kommt es mir zu Bewußtsein, daß auch in der Innenstadt von diesen Begleitmaßnahmen weit und breit noch nichts zu sehen ist.

Denn ein geplantes Parkdeck am Frachtenbahnhof kann nur einem zukünftigen Verkehrsverbund dienen. Als sogenannter zentrumsnaher Parkplatz kann das Parkdeck nur zur Umsatzberuhigung beitragen.

Die ÖVP Steyr hat in ihrem Programm für Steyr Lösungsvorschläge für die anstehenden Probleme anzubieten. Die Parkplatzbewirtschaftung, die Herr Stadtrat Zagler heute schon einmal kurz angesprochen hat, muß endlich eingeführt werden. Mit den Geldern aus der Parkplatzbewirtschaftung müßte es möglich sein, die Fahrpreise der öffentlichen Verkehrsmittel auf S 5,- oder vielleicht sogar auf einen Null-Tarif zu senken. Nur so wird die

Benützung attraktiv und eine Verkehrsberuhigung tritt ein.

Die Ennskai-Parkplätze sollen durch ein Parkleit-System - ähnlich einer Tiefgarage - benützt werden, damit die sinnlose Parkplatzsuche endlich aufhört. Das Parkdeck beim Schiffmeisterhaus müßte ebenfalls verwirklicht werden, ebenso eine Tiefgarage auf der Promenade. Auch das Park-and-Ride-System, welches in anderen Städten schon mit Erfolg betrieben wird, ist eine Forderung von uns und wird dazu beitragen, das innerstädtische Verkehrsproblem zu lösen. Es ist daher unbedingt erforderlich, für die entsprechenden Begleitmaßnahmen zu sorgen. Das Wort sagt begleiten und nicht nachhinken, die erforderlichen Mittel bereit zu stellen. In Verbindung mit einem Architektenwettbewerb ist die Neugestaltung des Stadtplatzes so durchzuführen, daß der Erfolg der Fußgängerzone gewährleistet ist. Nicht der vorzeitige wahltaktische Einsatz von City-Bussen macht eine Fußgängerzone erfolgreich, sondern die Summe des "Rundherums" bzw. der Begleitmaßnahmen verhindert die Steuerberuhigung. Zum Schluß möchte ich noch einmal Herrn Prof. Tietz zitieren, der sagt: "No parking, no business!"

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke. Nächster am Wort ist Herr Stadtrat Tatzreiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Eigentlich hätte ich schon einen Teil meines Berichtes abhaken können, und zwar im Zusammenhang mit den Aussagen bzw. den Ausführungen unseres Bürgermeisters. Die letzte Volkszählung ergab eine Mehrzahl von Zuwanderern nach Steyr. Die Einwohnerzahl beträgt knapp über 39.000 und damit ist sie die drittgrößte Stadt in unserem Bundesland bzw. sind es rund 3,1 Prozent aller Oberösterreicher, die hier in dieser schönen Eisenstadt leben. Ebenso wie die anderen beiden Statutarstädte Linz und Wels zählt Steyr zu jenen Gemeinden, in welchen die größte Wohnungsnot herrscht und ich darf das wirklich unterstreichen. Laut einer durchgeführten Bedarfserhebung streben 12,8 Prozent aller Wohnungssuchenden - 4/5 sind echte Steyrer - eine Wohnung in dieser Stadt an. Natürlich ist es aufgrund der Mieterhebung in anderen Städten bzw. in anderen Gemeinden sehr deutlich erkennbar, daß wir mit unseren Förderungen und Unterstützungen der Grundbereitstellung und der kostengünstigsten Anschlüsse, bezogen auf die Miete, eine sozusagen günstige Mietgestaltung bieten. Aus diesem Grund gibt es natürlich eine große Schar von Wohnungssuchenden, die auch von außen hereinströmen.

Der damalige Wohnbaureferent des Landes Oberösterreich, Landesrat Habringer, hat gemeinsam mit der Stadt Steyr und voran mit unseren Bürgermeistern Schwarz - Leithenmayr in diesem Zusammenhang die Erstellung eines Wohnbauprogrammes für 1992 bis 1994 als Schwerpunkt herausgestellt. Bei der bedarfsorientierten Darstellung dieses Wohnbauprojektes ginge es in erster Linie um Mietwohnungen, die natürlich in diesem Zusammenhang an erster Stelle stehen und der größte Bedarf sind.

Dazu kommt natürlich, daß nicht nur ein Sonderwohnbauprogramm, - wie es von Bürgermeister Leithenmayr schon angesprochen wurde - sondern auch das normale Wohnbauprogramm hier eine detaillierte Darstellung bietet. Es ist gelungen, insgesamt 750 Wohnungen für diese drei Jahre als Programm herauszustellen und ich darf wirklich auch den anderen Wohnbauträgern danken, weil sie damit auch ihre Bereitschaft bekundet haben - z. B. die Styria mit 170 Miet- bzw. 21 Eigentumswohnungen, die GWG der Stadt mit 187 Mietwohnungen, die Erste Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mit 72 Mietwohnungen usw.

Ich möchte feststellen, daß bei der Übergabe unseres letzterrichteten Projektes, nämlich den 60 Neubauwohnungen im Bereich Resthof, der Bedarf alleine aus denen schon gegeben war, die dort noch anwesend waren. Das war

für mich eine interessante Erkenntnis, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit denen, die dort eine Wohnung bekommen haben, sondern auch andere, die sich die Wohnungen angesehen haben und natürlich traurigen Herzens gesehen haben, wie andere dort einziehen.

Meine Damen und Herren, was uns jedoch am meisten bewegt - ich darf das hier ansprechen - sind natürlich die Mietpreise. Mich freut aber besonders, daß der Baukostenzuschuß endlich zum Wegfallen gekommen ist. Alleine die Kautions, die ja vom Quadratmeterpreis wesentlich weniger beträgt, ist für viele noch zu hoch. Bei den 3-Raum-Wohnungen, die im Bereich dieser 60 Neubauwohnungen im Resthof ihrer Bestimmung übergeben wurden, beträgt alleine diese Kautions S 28.860,-, die für viele schon eine Durststrecke sein kann. Zumeist sind es nämlich junge Familien, die dort einziehen und diese würden das Geld dringendst zum Einrichten brauchen. Ich merke hier an, daß es auch bei der Mietengestaltung unser oberstes Ziel sein muß, denn die Größenordnungen von etwa S 4.700,- bis 4.800,- bei 3-Raum-Wohnungen in der Größe von 71 m², sind bei uns in Steyr etwa die Höchstgrenze. Ich stelle fest, daß es eine große Schar von Arbeitslosen gibt - wie heute schon mehrmals angesprochen - und daß in diesem Zusammenhang auch die Arbeitslosenrate von 6,8 Prozent

hier ihren Niederschlag findet. Wir sind jedoch bestrebt, die schwierige Mietengestaltung trotzdem in den Grenzen zu halten.

Bei den Förderungsmitteln, die das Land für Steyr bzw. für das Wohnbauprogramm gibt, sind alleine die 3,1 Prozent, welche die Bevölkerung vom Land Oberösterreich ausmachen, vergleichbar mit der Größenordnung von ungefähr 8,1 Prozent im Wohnbauprogramm. Die vorgesehenen Wohneinheiten, die damit errichtet werden, sind 11,5 Prozent. D. h. die Förderungsmittel für dieses gesamte Projekt betragen beinahe 476 Mill. S. Meine Damen und Herren, mit dieser Mittelzuteilung ist eindeutig unter Beweis gestellt, daß sich die Förderungspolitik ausschließlich am Wohnungsfehlbestand orientiert und nicht von irgendwelchen Zufälligkeiten oder massiven Interventionen jedweder Art geleitet wird.

Nun zum Sonderwohnbauprogramm. Hier ist festzustellen, daß die 300 zusätzlichen Mietwohnungen für Steyr aufgrund der Bedarfserhebung ausgerichtet sind und daß diese 300 Mietwohnungen in den nächsten 3 Jahren zu errichten sein werden bzw. der Baubeginn damit gemeint ist. Die Grundstücksreserven könnten in Steyr zusätzlich noch für 150 Wohnungen ausreichen und ich möchte hier aus einer Grundstücksanalyse, die für uns in Steyr gemacht wurde, ein paar

wichtige Bereiche nennen. Und zwar deswegen, weil diese Analyse genau übereinstimmt mit der Struktur unserer Stadt und ich glaube auch, daß es zielführend ist, eine derartige Aufschließung bzw. Zuordnung dieser Grundstücke durchzuführen und daß die Errichtung der möglichen Wohneinheiten auch eine sinnvolle Darstellung ist.

Es gibt im Bereich der Kaserngasse 2 - 4 eine Planungsabsicht bzw. schon eine Vorstellung von 33 Wohneinheiten - das ist der erste Bereich und steht außerhalb des normalen Wohnbaubereiches. Es gibt darüber hinaus in der Stelzhamerstraße ein Normalwohnungsprogramm von etwa 36 Wohneinheiten, ein Alten-Wohnprojekt mit etwa 24 Wohneinheiten, auf dem Steyrer Markt-Gelände könnten 200 Wohneinheiten errichtet werden; die Knogler-Gründe, ein Sonderprogramm und auch im Budget festgeschrieben - hier könnten 300 bis 500 Wohneinheiten errichtet werden. Ich möchte auch noch dazusagen, daß dort voraussichtlich 1992 ein Architektenwettbewerb gestartet wird. Weil es nämlich immer wieder auftaucht, daß Eigentum-Werber auch mitauftreten bei den Wohnungswerbern. In diesem Zusammenhang soll doch ein Architektenwettbewerb stattfinden, um dieses Grundstück sinnvoll zu nützen bzw. auch den Bedürfnissen gerecht zu werden.

Ein weiterer möglicher Bereich wäre das Grundstück in der Steinfeldstraße 14 - 20. Es handelt sich dabei um das berühmte Laubengang-Haus. Wir sind der Meinung, daß es zielführend wäre, dieses schöne Grundstück besser zu nützen als bisher. Jeder, der das Haus kennt, weiß was ich damit meine. Im Bereich der Gleinker Hauptstraße wäre eine kleine Möglichkeit mit eher sehr geringen Wohneinheiten. Im Bereich des Wirtschaftshofes - wenn wir das andere realisieren können, sprich die Stadtwerke und darüber hinaus alle anderen Bereiche, die damit verbunden sind - wären 120 Wohneinheiten möglich und im Bereich des Gaswerkes etwa 60 bis 100. Meine Damen und Herren, das war nur ein Überblick über die Grundstücksreserven.

Eine Entspannung des Wohnungsmarktes ist durch geplante städtische Baumaßnahmen zu erwarten, welche insbesondere in der Hausleitenstraße 3 (48 Wohneinheiten), Kleinwohnungen im Resthof mit 40 Wohneinheiten und im Bürgerspital mit etwa 8 Wohneinheiten möglich sind. Im Normalwohnbauprogramm der angeführten Wohnbauträger für die Jahre 1991 bis 1994 sind zu erwähnen: 1991 bis 1992, GWG der Stadtgemeinde: Resthof mit 69 Wohneinheiten; 1992 bis 1993, GWG: Haratzmüllerstraße mit 34 Wohneinheiten. Für diese Projekte gibt es schon Planungen bzw. fertiggestellte Pläne. 1993

weitere die GWG: Resthof-Süd mit 60 Wohneinheiten und 1994, GWG: ebenfalls Resthof-Süd mit 24 Wohneinheiten. Die 1. Gemeinn. im Jahre 1992 mit 36 Wohneinheiten am Dachsberg; ebenfalls die 1. Gemeinn. am Tabor, im Jahr 1994 mit 36 Wohneinheiten. Die Styria in Christkindl von 1992 bis 1994 mit 21 Wohneinheiten; Kematmüllerstraße mit 80 Wohneinheiten, Wehrgraben mit 40 Wohneinheiten und ein noch unbestimmter Standort mit 50 Wohneinheiten. Insgesamt sind das 450 Wohneinheiten, die im Normal-Wohnbauprogramm sozusagen im Planungsstadium bzw. schon eingereicht sind. Beim Sonderwohnbauprogramm geht es 1992 für die WAG um 102 Wohneinheiten. 1993, GWG: Bereich Resthof mit 100 WE. 1994, WAG: Zellergasse mit 43 WE und noch einmal die GWG im Jahre 1994: Resthof mit 55 WE. Insgesamt sind das 300 Wohneinheiten und, meine Damen und Herren des Gemeinderates, es wird vorgeschlagen, die geplanten Wohnbautätigkeiten gleichmäßig auf die Stadtgebiete zu verteilen. Eben wegen der Infrastruktur. Damit ist gemeint, die Einrichtungen bestmöglich zu nutzen - z. B. Kindergärten, Schulen, Kanalisation, Aufschließung etc. Bezugnehmend auf die Grundstücksanalyse muß natürlich eine weitere Planung bzw. eine Bauoffensive fortgesetzt werden. Es ist aufgrund der Grundstücksreserven möglich und ich bitte,

auch weitere Möglichkeiten in bezug auf einen Grundstückskauf zu nützen, um bis ins Jahr 2000 die eintausend WE errichten zu können. Ich meine, daß es möglich sein muß, den Bedarf, den wir derzeit haben, zu decken. Zur Zeit haben wir - um die Zahl auf den neuesten Stand zu bringen - 3.758 Wohnungssuchende. Daher dürfen wir in der nächsten Zeit nicht nur davon reden, sondern wir wissen, wie notwendig es ist, uns zu engagieren. Ich bin dankbar, daß alle Fraktionen diese Situation erkennen und es ist natürlich unerheblich, meinerseits darauf hinzuweisen, - wobei ich gerne für Kultur und andere Dinge bin - daß die Grundbedürfnisse des Menschen eben die Geborgenheit und das Dach über dem Kopf sind. Wir müssen auch Berücksichtigung auf den Bereich des Einkommens legen und ich verweise auf die Prozentsätze und die Einkommen in unserer Stadt.

25 Prozent der Haushalte verdienen zwischen S 10.000,- und 16.000,-. 50 Prozent der Haushalte verdienen zwischen S 15.500,- und 22.000,-. Der Rest ist darüber hinaus. Meine Damen und Herren, das sind die Dinge, die uns hautnah berühren und es ist vom Bürgermeister schon darauf hingewiesen worden, daß Sprechtag 8, 10 und 12 Stunden dauern. Nicht nur bei mir, auch bei den anderen.

Eines möchte ich noch hinzufügen, weil es meiner Meinung nach auch sehr wichtig ist. Es ist ein No-

vum, daß viele von Richtlinien, von Statuten, von möglichen Vergaberichtlinien reden und sich dabei selbst des Besseren belehren oder korrigieren. Ich darf hier die Vergaberichtlinien der FPÖ anführen, die seitens der FPÖ gerne eingesetzt werden sollen. Hier ist bei einem Punkt zu lesen: Keinen Anspruch haben Wohnungswerber, welche die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen. Meine Damen und Herren, es ist sehr schön, wenn man solche Dinge hineinschreibt, die gleichen Leute dann aber zu mir kommen und sagen: "Kannst Du mir bitte helfen, daß wir diesen oder jenen irgendwo unterbringen". Ich meine dabei, daß man bestehende Richtlinien einhalten muß - ich bin anfangs auch sehr oft über diese Dinge gefallen. Ich bin der Auffassung, daß wir alle die gleiche Meinung vertreten müssen, wenn wir sagen: Ausländer nicht. Ich persönlich distanzieren mich davon. Denn, wenn man sie zur Arbeit hereinholt, dann muß man sie auch irgendwo unterbringen. Ich bitte darum, daß wir bei der Notwendigkeit, die etwa in jene Richtlinien hineinfällt, die wir uns einmal gegeben haben - wir können diese gerne ändern, korrigieren bzw. verbessern; ich bin für Verbesserungen dieser Art immer gesprächsbereit - darauf Wert legen und achtgeben, daß wir nicht Menschen hereinholen, die für uns nur bei der Arbeit zählen, anderwärtig aber nicht. Daher bitte ich, auch

in Zukunft bei den Vergaberichtlinien und bei denen, die dann mit Wünschen zu mir kommen, darauf zu achten.

Ich habe eingangs schon erwähnt, daß es mich besonders freut, daß sich andere Wohnbauträger auch engagieren und sich anbieten, unsere Sorgen zu lindern bzw. sie uns teilweise abzunehmen. Ich meine damit, daß die GWG der Steyr-Daimler-Puch AG in letzter Zeit zwei große Schritte nach vorne gemacht hat. Einmal mit dem Projekt Josefthal, wo 38 Wohnungen (20 2-Raumwohnungen und 18 3-Raumwohnungen) errichtet wurden. Und fast gleichzeitig der Umbau der Fabriksinsel, auch beschlossen von der GWG der Steyr-Daimler-Puch AG - natürlich mit der Unterstützung der Stadtgemeinde. Hier geben wir auch Förderungen und Unterstützungen im Bereich des Ensembles, welches den Denkmalschutz angeht. Wir werden nämlich im Bereich der Fabriksinsel auch 62 Wohnungen erhalten. D. h. wir haben bei diesen 62 Wohnungen eine Dimension von 52 2-Raum-Wohnungen - dies sind die größten Kontingente, die von den Wohnungswerbern gewünscht werden - 10 3-Raum-Wohnungen und eine 4-Raum-Wohnung. Dieses Haus bietet also eine Menge an Kapazität und ich freue mich ganz besonders, daß es auch gelungen ist, dort noch einen Kindergarten einzurichten. Dies ist nicht immer einfach, die Überlegungen waren teilweise sehr schwierig,

wie das zu vollziehen sein wird. Ich bin jedoch der Auffassung, daß es für die Mieter, die dort künftig sein werden, auch eine Möglichkeit ist, behagliches Wohnen zu empfinden. Daher danke ich auch der Stadt für den Zuschuß von 6 Mill. S, damit er nicht allzu schnell wieder in Vergessenheit gerät. Diese 6 Millionen waren sicherlich ein großer Teil der Revitalisierung.

Ich möchte hier noch zum Ausdruck bringen, daß der Ankauf von Mietwohnungen bzw. der Verkauf von Alt- und Neubauten bzw. von Altbausubstanzen immer wieder gefordert und gewünscht wird. Ich darf jedoch darauf verweisen, daß es derzeit noch kein Gesetz gibt, das dieses zuläßt. Ich habe mich ausschließlich auf diese Sache bezogen und den zuständigen Hofrat, der dem Wohnbaureferenten zur Seite steht und ihn berät, gefragt, wie es wirklich aussieht. Er sagte mir, daß es nicht möglich ist, die derzeitigen Wohnbausubstanzen der bisherigen Mieter käuflich zu erwerben. Wenn es in Zukunft möglich wird, - es wird möglich werden - dann bezieht sich das ausschließlich auf die Neubauprojekte, die von vornherein vereinbart werden müssen. Der Mieter muß natürlich auch seinen Anteil dazu beitragen.

Ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu diesen Überlegungen. Der gemeinnützige Wohnungsbestand, speziell in älteren und billigen Wohnungen, soll als sozial-

pflichtiger Wohnraum dem kleinen Verdiener und dem sozial Bedürftigen im Rahmen einer Nachbesiedlung zur Verfügung gestellt werden. Wenn nämlich dem nicht so ist, dann werden wir relativ schnell keine Wohnungen mehr zu vergeben haben. Besonders jenen, bei denen es aus der sozialen Bedürftigkeit heraus notwendig ist, werden wir nicht mehr helfen können. Das viel gebrauchte Argument, daß sich ein Wohnungsunternehmen durch den Verkauf von Wohnungen Eigenkapital für den Wohnungsneubau beschaffen soll, geht bei der derzeitigen Rechtslage völlig ins Leere und beruht auf Unkenntnis des Sachverhaltes. So die Aussagen des Hofrates. Nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen kann eine gemeinnützige Bauvereinigung dem Verkaufspreis für eine Wohnung nur die Kosten, die für die Errichtung der Baulichkeit seinerzeit erforderlich waren, zugrunde legen. Hierbei ist jedoch eine Aufwertung auf den heutigen Verkehrswert - in Folge des Kostendeckungsprinzipes - versagt. Dazu kommt noch, daß die damaligen Baukosten durch öffentliche Mittel - auch durch verschiedene Zuschüsse zu den Bau- und Aufschließungskosten - ausgiebig gefördert und daher den Mietern gegenüber niedrig gehalten werden. Nach den überschlägigen Berechnungen der Wohnungsgesellschaft würde der Überlassungspreis einer etwa 25 bis 30 Jahre alten Wohnung,

durchaus dem heutigen Standard entsprechend, ca. S 1.500,- bis S 1.600,- je m² betragen. Demnach dem Preis eines Kleinwagens entsprechend.

Deswegen ist es unzulässig bzw. auch vom Gesetz her noch nicht möglich, diese Verkäufe zu realisieren. Ich würde meinen, wenn wir sozial denken und jene, die es nötig haben sozial unterstützen sollen, dann werden wir dies auch in Zukunft nicht tun können. Ich bitte um Verständnis und ich vermerke weiter, daß hier ein krasser Fall der Bildung von Privateigentum mit öffentlichen Mitteln in spekulativer Absicht gegeben ist. Deshalb lehnt die Gemeinn. Wohnungswirtschaft - ohne Rücksicht auf die parteipolitische Ausrichtung - eine Kapitalbeschaffung durch den Verkauf von Alt-Mietwohnungen so lange ab, als ihr nicht vom Gesetzgeber aus die Möglichkeit eingeräumt ist, diese Wohnungen zu einem durch Angebot und Nachfrage bestehenden Preis, weiter zu veräußern. Nur dadurch könnte eine für den Neubau bedeutende Aufstockung der Eigenmittel erreicht werden. Grundsätzlich verhält sich heute niemand mehr eigentumsfeindlich, jedoch müssen klare finanzielle Verhältnisse gegeben sein. So sieht das Wohnbauförderungsrecht des Landes für die Zukunft auch den Verkauf von Neubaumietwohnungen mittels Kaufoption, in Form einer sogenannten Kaufmiete, vor. D. h. ein Wohnungsunternehmen kann

dem Mieter eine Option auf den Kauf der Wohnung und der Begründung des Wohnungseigentums unter gewissen Voraussetzungen zusichern.

Meine Damen und Herren, ich wollte Ihnen das nur berichten, weil es unfair wäre, - von der gesetzlichen Lage abgesehen - hier diesen Überlegungen weiten und breiten Platz einzuräumen.

Ich glaube, daß wir uns in Zukunft dem nicht verschließen sollen und daß wir auch im Zusammenhang mit den Knogler-Gründen und der damit verbundenen Wohnbaubereiche in Richtung Eigentum nicht verschlossen sein sollten. Wir sollten diese Gespräche führen, wir sollten diese Architektenwettbewerbe mit einbeziehen und erst dann werden wir vielleicht aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen, der Erkenntnis und der Bedürfnisse der Menschen näheres aussagen können.

Bis dahin möchte ich doch beibehalten, daß wir die Wohnungen, die wir zurückbekommen auch wieder weiter vergeben können und nicht zum Kauf anbieten sollten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich habe vorhin den Vorsitz übernommen und erteile Frau Gemeinderat Scheucher das Wort.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, ich stimme mit Ihnen durchaus überein, daß Verhältnisse wie in

Frankfurt auch für uns wünschenswert wären. Zwölf Prozent des Budgets für die Kultur wären durchaus interessant. Für mich ist allerdings interessant, daß es in Frankfurt auch einen Grünen Stadtrat gibt. Möglicherweise gibt es zwischen diesen beiden Dingen sogar Zusammenhänge. Nur so viel dazu.

Das andere wäre, daß ich mir diese Schlagzeile "Die GAL verkauft sich für ein Frauenhaus" - ich habe mich jetzt Gott sei Dank nicht versprochen - eigentlich erst morgen in der Presse erwartet hätte. Ich hätte mir jedoch nicht erwartet, daß es so schnelle Reaktionen hier im Gemeinderat gibt. Ich möchte das deshalb noch einmal wiederholen, weil es vielleicht nicht verstanden wurde. Die GAL verkauft sich nicht. Nicht für ein Frauenhaus, nicht für andere Projekte. Wir sehen in diesem Budget einen Teil unserer Forderungen verwirklicht und wir haben einen großen Teil des Budgets massiv kritisiert. Wir nehmen also nicht alles in Grund und Boden und sagen, daß alles gut sei. Ganz im Gegenteil. Viele Kritikpunkte, die Sie gebracht haben, sind für uns durchaus gerechtfertigt und dem stimmen wir bei. Wir machen jedoch einmal den Versuch, zuzustimmen, auch wenn es möglicherweise schief geht. Wir machen noch einmal den Versuch, diese Politik aktiv mitzubestimmen. Ich habe keinen Konjunktur-Aufschwung prognostiziert, sondern

ich habe sogar davor gewarnt, daß bei einem Verlust an Einnahmen von 20 bis 30 Millionen im nächsten Jahr Schwierigkeiten entstehen könnten. Ich möchte jetzt auch nicht gegenseitig Parteiblätter vorlesen, wie es schon vorgekommen ist. Ich glaube, daß es nichts bringt und wenn uns vorgeworfen wird, daß wir ein Ausländerwohnhaus am Plenklberg - wie Sie gesagt haben, Herr Payrleithner - wollen und wir uns freuen, daß es errichtet wird bzw. wenn die Ausländer zentralisiert in ein Ghetto kommen, dann stimmt das ganz einfach nicht. Wir haben schon im Wohnungsausschuß - das weiß auch Herr Stadtrat Tatzreiter - dafür plädiert, daß Wohnungen auch an Ausländer vergeben werden. Nicht bevorzugt, aber auch nicht benachteiligt, jedoch unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Gerade auch aus Ihrer Richtung sind Gegenargumente gekommen, was denn da die Anrainer sagen würden. So geht das einfach nicht. Wenn ich nämlich die Leute in ein Ghetto stecke, dann werden sie sich auch vielleicht so verhalten, wie Bewohner eines Ghettos. Wir wollen das nicht. Wir wollen keine Ghettos in Steyr. Wir möchten eine objektive Wohnungsvergabe, unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

Ich habe die Befürchtungen, wenn man Ausländerfeindlichkeit - die ja überall latent vorhanden ist -, die Ängste bezüglich der Arbeit, einer Wohnung usw. auch noch mit

Aussagen schürt und zusätzliche Ängste hineinversteckt, indem man sagt wir bekommen womöglich auch noch "strahlende" Ausländer, dann ist es für mich ein unverantwortliches Schüren von Ausländerfeindlichkeit. Dafür steht die GAL mit Sicherheit nicht. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke schön. Der nächste ist Herr Ing. Spanring.

GEMEINDERAT ING. DIETMAR SPANRING:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Stadt- und Gemeinderates, wie Beamte und Presse! Wohnen und Arbeit - Grundbedürfnisse im Leben der Steyrer Bürger; dem Leben von der Geburt bis zum Tod, erfüllt mit Aktivität, Veranstaltungen aller Art - sportlich und kulturell. Arbeit und Freizeit vernetzt, verbunden und ermöglicht erst durch den Verkehr. Was helfen den Menschen die besten kommunalen Einrichtungen, die schönsten Wohnungen, gesicherte Arbeitsplätze, medizinische Versorgungsgegebenheiten, Sportstätten, Freizeiteinrichtungen und natürlich kulturelle Einrichtungen, wenn diese nicht koordiniert werden können. Wenn unsere Bürger die gebotenen Möglichkeiten nicht erreichen können. Wenn sich die Menschen dieser Stadt bzw. die Besucher, Freunde und Bewunderer unseres schönen

Steyrs hier nicht mehr bewegen können. Und zwar deswegen, weil alles steht, wo nicht gestanden werden soll; wo sich also nichts mehr bewegt. Hier muß Steyr tatsächlich anders werden. Ein Moloch liegt seit kurzem teilweise in und über der Stadt - streunende, schimpfende, verärgerte, zornige und resignierende Menschen. Befriedigt? Zufriedenstellend?

Ich denke, daß die gesamte Verkehrsbewältigung keine politische Spielwiese sein darf, sondern daß wir alle in dieser Gemeindestube den Auftrag haben, dafür Sorge zu tragen, daß sich die Bürger dieser Stadt auch in ihr bewegen können und daß das Leben in dieser Stadt aus einem Zusammenwirken, aus einer Symbiose zwischen Ruhe, wohnen, arbeiten, Erholung, Bewegung und Verkehr besteht.

Die anstehenden Verkehrsprobleme, der ruhende Verkehr, Errichtung von Parkdecks, Errichtung von vorstädtischen Parkmöglichkeiten, um den Verkehr nicht in die Stadt einfließen zu lassen, sondern den innerstädtischen Verkehr - und hier vor allem den öffentlichen Verkehr - zum Fließen zu bringen. Man muß vorschreiben, daß vor und um Betriebe bzw. vor und um Wohneinrichtungen entsprechende Abstellmöglichkeiten vorhanden sein müssen. Schaffung von Parkhäusern und Garagen, wie es in anderen Städten üblich und nach

dem Stand der Technik eben zeitgemäß ist.

Der fließende Verkehr organisiert die Durch-, Ein-, Aus-, An-, Ab-, Auffahrten und Umfahrungen durch ein gemeinsam zu beschließendes Verkehrskonzept. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sind zu realisieren, wir dürfen den Verkehr nicht behindern, sondern müssen unnötigen Verkehr verhindern. Lösungen, nicht die des gordischen Knotens, aber genauso schmerzlich und kompliziert, sondern des Ennsner Knotens. Gestaltung und Errichtung unserer Stadteinfahrten und Umfahrungen, wie in etwa die Nordspange, in deren Zusammenhang eine Verkehrsaufschließung unseres Industriegebietes Hinterberg mit der Plenkberg-Lösung gegeben ist.

Es gibt viele Lösungen, nur nicht die Einfahrt auf unseren Stadtplatz. Eine Unzahl schwierigster Probleme, welche nur gemeinsam gelöst werden können, lassen wir uns nicht in die Gemeindestube hereinregieren. Wir werden für die Menschen in Steyr gemeinsam arbeiten, entscheiden und beschließen. Entsprechend dem Auftrag vom 6. Oktober, in dem die GAL mit 2, die ÖVP mit 8, die FPÖ mit 9 und die Sozialdemokraten mit 17 Mandaten ausgestattet wurden, um in einer breitgefächerten Mehrheit für die Bevölkerung zu arbeiten, um hier in diesem Gemeinderat zu arbeiten bzw. Probleme und Aufgaben zu lösen. Von Ihnen und von uns - nicht durch "vom hohen Roß Ge-

stoßene", nicht durch Kleinbeigebende, auch nicht durch Besserwisser, sondern durch gemeinsam, miteinander, kritisch, sachlich und fair arbeitende, verantwortungsbewußte Mandatäre und Bürger dieser Stadt.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Nun erteile ich Kollegen Stadtrat Holub das Wort, er hat sich als nächster gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Wie wir alle sehen, ist das heute eine sehr bewegte Sitzung - die einen kommen, die anderen gehen. Es gibt auch recht bewegende oder bewegte Stellungnahmen in dieser Debatte. Es gibt Stellungnahmen, die Applaus finden, Stellungnahmen, die ein Kopfschütteln finden, Stellungnahmen, die man um ihres Wertes willen nicht versteht. Kurz gesagt: Heute ist Budgetsitzung. Daran erkennt man, daß Weihnachten kommt; ich habe auch gehört, daß es draußen schneit und bei uns herinnen hagelt es Gedanken und Gags. 10 Millionen S Einsparung werden uns von der Freiheitlichen Partei in Aussicht gestellt. Im nachhinein möchte ich schon sagen, daß ziemlich viel Plakatives argumentiert wurde. Wie will man denn den Stadträten, die jetzt schon im Ruhestand sind, ohne unrecht zu tun, im nachhinein die Pensionen wegnehmen? Oder wenn man dies nicht beabsichtigt, wie will man denn dann

seine Einsparungsabsicht aufrecht erhalten? Wie will man Strategien für die Zukunft auf dem Einsparungsweg auf fremder Leute Rücken erreichen? Wir meinen schon, daß man über die Stadtratspensionen diskutieren muß. Ich habe es auch für unsere Fraktion, in unsere Gespräche so miteingebracht. Das kann jedoch nicht bedeuten, daß Leute, die sich in einem Recht befinden um dieses gebracht werden. Das ist meine persönliche Überzeugung. Es kann natürlich sein, daß es demagogisch nicht wertvoll ist und es kann auch sein, daß es sich besser verkaufen läßt, wenn man sagt, weg mit den Stadtratspensionen, denn von 9 haben nur 3 einbezahlt.

Dann nennt man noch im lockeren Weg eine Summe und stellt sie so dar, als könnte man sie durch 9 dividieren und das wäre dann der Unrechtskoeffizient in der Stadtratspensions-Geschichte. So sollte man nicht vorgehen und darum habe ich auch gesagt, daß es eine Sitzung mit Gags ist. Die ÖVP ist nicht käuflich von X oder Y Millionen Schilling. Aber eines steht schon fest, die ÖVP fordert nicht Senats-Mittel für neue Kulturmachthaber, sondern wir meinen, daß Gerechtigkeit geschaffen werden muß für Jugendkultur und für Basiskultur, gleichwertig mit der traditionellen Kultur. So sehen wir die Notwendigkeiten in der kulturellen Entwicklung. Und die kulturelle Entwicklung, meine Damen und Herren, muß frei sein

von der politischen Beeinflussung. Sowohl frei von der roten als auch frei von der schwarzen als auch frei von der grünen und - bitte, danke - auch frei von der blauen Beeinflussung. Das ist die Demokratie des endenden 20. Jahrhunderts und wenn wir diesen Weg nicht beschreiten, wird die Geschichte über uns urteilen.

Natürlich sind wir nicht käuflich für ein externes Stadtentwicklungskonzept, weil wir das schon längst fordern. Schon längst bevor Pfeil plakatiert hat, daß mit ihm Steyr anders werden würde. Selbstverständlich haben wir eine grundsätzliche Bereitschaft zur Änderung in den Gesprächen zwischen den Fraktionen erkannt, sonst hätten wir uns nicht bereitgefunden, zu diesem Abänderungsantrag unser Gedankengut miteinzubringen. Demokratie ist das Bewahren der Fähigkeiten, miteinander reden zu können. Das ist das kleine 1x1 der Demokratie. Man könnte das in vielen Fremdwörtern noch schön übersetzen. Mir als Nicht-Akademiker steht das weniger zu, daher sage ich es auf deutsch noch einmal: Demokratie ist das Bewahren der Fähigkeiten, miteinander zu sprechen. Wenn wir diese Fähigkeit verscherzen, nur um des Gags willen, dann dürfen wir uns bitte nicht sehr stolz auf die eigene Schulter klopfen.

Die ÖVP hat es sich nach diesem Oktober mit Sicherheit nicht leicht gemacht mit ihrer Entscheidung, diesem Budget zuzu-

stimmen. Es wäre doch wahrlich viel einfacher gewesen, den freihheitlichen Weg mitzugehen, Dinge zu verlangen und dann sagen, aber jetzt lehnen wir sie doch ab, weil eben etwas anders geworden ist. Wenn wir wollen, meine Damen und Herren, daß sich in Steyr wirklich etwas mehr verändert, als Bilder auf Plakaten, dann müssen wir diesen Weg der neuen demokratischen Selbstverständnisse lernen. Diese neuen demokratischen Selbstverständlichkeiten heißen miteinander reden, miteinander diskutieren, Argumente abwägen, miteinander vergleichen und Kompromisse zu finden. Daß man älter wird im Leben, erkennt man nicht nur an der Anzahl der Falten oder der Kilos, die man zugenommen hat, sondern daß man auch gelernt hat, Kompromisse bzw. Möglichkeiten zu erkennen und diese auch zu begehen. Wenn man weniger an Jahren oder an Erfahrungen mitbekommen hat, dann wird man auch weniger Kompromisse eingehen können. Ich wünsche allen, die neu in den Gemeinderat gekommen sind, daß sie nicht die schmerzhafteste Erkenntnis haben müssen, daß sie den Kompromiß nie gelernt hätten.

Wenn ich zuerst gesagt habe, daß Demokratie das Miteinander-Reden-Können bedeutet, dann bedeutet das auch, im Gespräch miteinander den best möglichen Kompromiß im Sinne der gestellten Aufgabe zu erreichen. Die gestellte Aufgabe des Gemeinde-

rates der Stadt Steyr bedeutet für die Menschen der Stadt Steyr, das best mögliche zu erreichen. Die Parteien sollten hier erst an zweiter Stelle ankommen und dabei den Transporteur entweder der öffentlichen Meinungen in das Rathaus bilden oder das Sprachrohr der öffentlichen Meinung in der Diskussion im Rathaus darstellen. Natürlich aber nicht die verordnete Meinung vom Rathaus nach außen hintragen. Das war das zweite kleine Ixl in der Kommunalpolitik.

Wenn die ÖVP diesem Budget zugestimmt hat, hat sie sich auch maßgeblich davon tragen lassen, daß sie die Forderung nach einer "Geschützten Werkstätte" in diesem Budget in wesentlichen Strukturen erfüllt sieht. Sie hat sich davon tragen lassen, daß in den Stadtwerken - ich hoffe unter der neuen Führung tatsächlich - durch die bessere Kapitalisierung der Stadtwerke, die Wege geöffnet werden, die Dienstleistung zu verbessern. Was an katastrophaler Neuverschuldung auf uns zugekommen ist, ist ein Teil der Auswirkungen, daß wir die Stadtwerke besser kapitalisiert haben. D. h., daß wir die Liquiditätsenge von den Stadtwerken weggenommen haben und natürlich irgendwo hinverlagert haben - in die Gemeindestube. Der Eigentümer trägt die Verantwortung für sein Dienstleistungsunternehmen "Städtischer Verkehrsbetrieb" und dieser Verantwortung kommt er auch nach. Wir meinen aber,

daß es damit nicht genug ist, diese bessere Kapitalausstattung herbeizuführen, sondern sagen auch, daß das bessere Service die Auswirkung sein muß von dieser Kapitalausstattung. Das bessere Service bedeutet bessere Linienführungen, neue Tarife - z. B. unsere uralte Forderung nach übertragbaren Tagesnetzkarten oder Beispielen anderer Städte folgend, die Umwelt-Tickets, z. B. Blocktageskarten. Mehrfach benutzbare Tageskarten zu einem günstigen Preis für alle jene, die nicht Monatsnetzkarten kaufen wollen, weil sie wissen, daß sie das Verkehrsmittel nicht so oft benützen wollen.

Natürlich wird man über Jansky's Vorschlag auch diskutieren können, daß man Mittel aus der Parkraumbewirtschaftung einbinden kann in die Stützung des städtischen Verkehrstarifes. Eine gute und richtige Anregung. Es bedarf natürlich wieder des kultivierten Gesprächsklimas, um das zu ermöglichen. Hier kann es wieder nicht so laufen, daß man Vorschläge hat, miteinander diskutiert, sie abwägt, den Kompromiß findet und dann ablehnt. So wird dies kaum sein können. Dort, wo der Autobus nicht hinfahren kann, weil es die Frequenz nicht gibt - weil dort eben so wenig Menschen wohnen, die aber auch ein öffentliches Verkehrsmittel brauchen - schreit eigentlich die Notwendigkeit nach dem Anruf-Sammeltaxi-System, um das es so merkwürdig ruhig geworden ist in die-

ser Stadt. Was kann denn der Gleinker dafür, daß am Samstag oder Sonntag sein Autobus nicht regelmäßig fährt? Was kann denn der Bürger von Kleinabermein dafür, was kann der Bewohner der Gründbergsiedlung dafür, wenn der Autobus nicht regelmäßig fährt? Ich glaube, daß es hier höchste Zeit wäre, nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln. Die geänderten Verhältnisse lassen doch die Hoffnung aufkommen, daß Kollege Stadtrat Eichhübl, der ja diese Forderungen in der jüngsten Zeit auch mitübernommen hat, dann auch an die Realisierung geht.

Beim Verkehrsverbund weiterzumachen, glaube ich, ist auch eine Notwendigkeit, die heute in ihrer Dimension noch reichlich zu kurz gekommen ist. Denn wenn wir uns bewußt werden, was Tarif- und Fahrplanverbund in der kommunalen Konsequenz bedeuten, dann heißt es auf der einen Seite zufriedene Bürger, auf der anderen Seite Individualverkehrsvermeidung und auf der dritten Seite erhöhte Mittelnotwendigkeit. Irgendjemand muß nämlich bezahlen, was sich der einzelne Bürger erspart. Die Ansätze werden wir finden aus dem Verkehrsverbund, wenn wir aus der Straßenerhaltung oder aus dem Straßenneubau uns Mittel ersparen können. Das ist der dritte Punkt, der uns dann zweifellos weiterführt zum Park-and-Ride-System, das ja heute schon herangezogen wurde, wenn innerstädtischer Verkehr,

der außerstädtisch verursacht wird, vermieden werden soll. Ich meine auch, daß die bessere Versorgung mit Gas und Wasser durchaus weitergehen sollte. Was Herrn Dr. Pfeil betrifft, der sehr aufmerksam auf mein Nicken geachtet hat, habe ich schon durch einen Zwischenruf meine Meinung zu seiner Aufmerksamkeit kundgetan. Ich glaube, wir sollten solche Sachen wirklich vermeiden. Denken Sie, Herr Doktor, an die Gespräche, die wir im Oktober einmal geführt haben, wer denn der lachende Dritte sein könnte, wenn wir uns auf dieser Ebene begegnen. Ich möchte es jedenfalls vermeiden, diese Ebene weiter zu beschreiten und ich glaube, Sie wären auch nicht schlecht beraten, sich mit Ihren Damen und Herren ein wenig rückzubesinnen auf Dinge, die sinnvoll wären.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber es stimmt doch!

STADTRAT KARL HOLUB:

Ja, wenn Sie meinen, daß es stimmt, dann werde ich Ihnen heute versprechen, daß ich auf den von Ihnen gepflegten Ton in der heutigen Sitzung nicht eingehe. Ich werde sorgsam beobachten und seien Sie versichert, ich kann auch bissig sein, wenn es sein muß.

Daß die Gewerbeförderungen ohne Richtlinien auch nicht von der ÖVP erstrebt werden, ist eine

sehr wertvolle Ergänzung der Aussagen, aber wirklich eine Selbstverständlichkeit. Eine Partei, die nicht Geschenke machen will, sondern nach fairen Konditionen - ohne Würdigung des politischen Herkommens - sinnvolle Taten und sinnvolle Maßnahmen zu fördern versucht, ist ganz zwangsläufig verursacht, nach Richtlinien zu suchen und diese auch in Verhandlung zu nehmen. Die Dinge sind durch die Wahlentscheidung und durch die schwierigen Entscheidungen nach der Wahl aus dem Horizont gekommen, aber seien Sie versichert, - wenn Sie wollen zeige ich Ihnen den Akt; ich habe ihn immer in der Tasche mit, weil man nie damit rechnen kann, daß heute nicht darüber gesprochen wird - daß Sie auch uns als faire Gesprächspartner finden, wenn Sie Ihre grundsätzlichen Vorschläge bringen, wenn wir unsere grundsätzlichen Vorschläge bringen, wenn die Sozialisten - pardon, die Sozialdemokraten; ich kann mich so schlecht daran gewöhnen - ihre Vorschläge nochmals in Diskussion bringen. Dann wird es sicherlich nicht so sein, daß die ÖVP Mehrheitsbeschaffer für die SPÖ ist, auch nicht die GAL für die SPÖ oder die GAL für die FPÖ, sondern daß die Steyrer Gemeindevertretung faire Konditionen für eine faire Wirtschaft in einem fairen Steyr schafft. Man sollte eigentlich nicht so umgehen, als ob man heute die Kommunalpolitik hier erfunden

hätte, sondern man sollte eher die Festspiele des heutigen Abends so gestalten, daß man die Erkenntnisse der Kommunalpolitik - sie waren nicht für alle Beteiligten lustig in diesem Jahr; ich gebe ja zu, daß die Freiheitlichen momentan besser lachen, als die anderen - so sieht, als ob diese Kommunalpolitik auf diesen Erkenntnissen verbessert weitergeführt werden könnte.

Im nächsten Jahr ein Gegenbudget jetzt schon anzukündigen, halte ich für etwas vermessen, aber daß die Möglichkeit tatsächlich besteht, das wissen Hänsel und Gretel und welche Vornamen mir noch ins Gehirn kommen. Ich möchte zuerst für die Volkspartei noch sagen, daß wir zunächst einmal versuchen zu verhandeln und aus der Verhandlung zu verändern und dann, wenn diese Veränderung nicht möglich ist, den Muskel zu zeigen bzw. drastische Methoden zu setzen. Auf gar keinen Fall werden wir über alles mögliche hier herfallen, - unter Umständen sogar über die, die man als Partner recht gut gebrauchen könnte - weil alles ganz schnell anders sein muß.

Ich glaube auch, daß die Bezüge-reform diskutiert werden müßte, aber das ist jedem im Detail bewußt. Das aber nicht heißt, - ich muß es wieder sagen, weil es mich so sehr bewegt - was bei dem einen unrecht ist, muß bei dem anderen auch unrecht sein und daß nicht jene, die ihr Leben danach eingerichtet haben, unter

diesen Bedingungen Pensionen bekommen. Jene sollten davon ausgeschlossen werden. Für alle jene, die vielleicht für Gemeindeguriers oder ähnliche Gazetten jetzt im Geiste Beiträge vorbereiten, so muß ich schon sagen, daß der Karl Holub womöglich gar nicht mehr damit rechnen kann, jemals eine Pension zu bekommen, wenn er auch schon relativ lange diesem Gemeinderat angehört. Ich bin im 19. Dienstjahr und damit - abgesehen vom Kollegen Sablik - der dienstälteste Gemeinderat, wenn man die Dienstjahre zusammenaddiert. Kollegen Leithenmayr sind ja einige im Nationalrat abhanden gekommen - Jahre, meine ich.

Zur Neuverschuldung ist objektiv noch anzumerken, daß sich die Stadt viele Dinge mit der Neuverschuldung erkaufte. Das klingt zwar recht gut und drollig, aber wenn man diese Dinge vermeiden wollte, dann würde man auch die Neuverschuldung vermeiden. Die so konstruktiv vorgelegten Vorschläge zum Sparen finden durchaus teilweise das Interesse der ÖVP-Fraktion - wahrscheinlich auch der anderen Fraktionen, wenn man beispielsweise an die Charakteristik des Amtsblattes denkt, so wäre es vorstellbar, daß man andere Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit diskutiert. Ich glaube, ein so guter Presse-referent, wie der der Stadt Steyr, kann auch ohne sein eigenes Zeitungsmedium eine sehr gute Öffentlichkeitsarbeit für und von

der Stadt Steyr machen. Ich glaube, daß wir über das eine oder andere Thema noch sinnvoll diskutieren können. Es ist nur der Tag der Budget-Rede, der Tag der Entscheidung über ein Budget, das in wirklich großer Enge zustande kam. In zeitlicher Enge und mitunter auch in finanzieller Enge. Es ist eben nicht ganz der Tag, an dem man hier mit Steinen werfen sollte.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch ein paar Worte über das mir neu zugekommene Ressort im ZAH sagen. So lautet leider Gottes - nicht wahr, Ingrid - immer noch die traurige Bezeichnung. Wir werden - und das versprechen wir - uns gemeinsam dafür einsetzen, daß diese Bezeichnung möglichst schnell geändert wird. Wir meinen, daß Alter Zukunft haben muß in unserer Stadt Steyr. Wir meinen, daß Verständnis und Verantwortung für die ältere Generation auch bedeutet, den Wunsch zu erkennen, in Würde alt zu werden. Wir haben einige Jahre hindurch dem konzentrierten Versuch nachgegeben, die intensive Pflege so spitalsähnlich als möglich darzustellen. Wir werden - und dabei hoffe ich auf Ihrer aller Mithilfe - den Weg in der Zukunft so gehen müssen, daß die Pflege nicht reduziert, aber die Spitalsähnlichkeit zurückgenommen wird. In diesem großen Haus am Tabor wird das sehr schwer fallen und es wird auch sehr viele Mittel kosten, um die Bedingungen von

diesem großen Haus weg auf mehrere kleine Häuser zu verlagern. Wenig Mittel wird es kosten, die Denkanstöße dafür zu bekommen. Im Arbeitskreis, der sich jetzt wieder gebildet hat um das Seniorenhaus am Tabor, herrscht die Meinung vor, daß man eine externe Expertise einholen sollte über Neugestaltung im Haus, über wohnähnlichere Bedingungen in diesem Haus und über die Vernetzung von zu errichtenden Sozialstationen bei den derzeitigen Pensionisten-Wohnhäusern und in diesem Umfeld sollte man auch neue, kleinere Wohneinheiten mit erweiterter Pflege projektieren und planen, daß man dann endlich daran gehen kann, das große Haus am Tabor sinnvoll und neu zu gestalten. Vielleicht könnte man es auch teilweise mit anderem, aber dazupassendem Leben erfüllen. Der Denkanstoß, daß man auch dort unter Umständen die so erwünschte Seniorenbetreuungsschule installieren könnte, sollte auch nicht ganz ungehört an uns vorbeigehen.

Wir werden, meine Damen und Herren, für das Problem der Finanzierung dieser neuen alten Bauten noch sehr viel Aufmerksamkeit brauchen. Wir werden dafür sehr sehr viel Einfühlungsvermögen haben müssen, damit unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht in die Befindlichkeit kommen, daß sie annehmen müssen, sie wären uns jetzt lästig, weil sie so teuer sind. Das

haben sie sich schließlich und endlich auch nicht verdient. Wir werden schon im nächsten Jahr daran gehen, daß wir im Haus am Tabor in ganz kleinen Schritten Freizeitbedingungen besser anbieten, als sie bis jetzt waren und ich bitte den hohen Finanzreferenten der Stadt Steyr, daß er dann gegebenenfalls auch das Verständnis dafür hat, wenn der eine oder andere Schilling über das Budget hinausgeht. Wobei ich glaube, daß man in der kleinen Zuwendung viel Großes und Gutes tun kann und mit der großen Aufwendung unter Umständen auch großen Schmerz verursachen kann, nämlich dann, wenn diese Aufwendung nicht menschengerecht war.

Nicht menschengerecht ist zweifellos die Situation um die Küche im Haus, wo man riesige Investitionen getätigt hat und heute feststellen muß, daß das Personal nicht erspart wurde und daß die Pflegerhythmen dadurch bis heute noch nicht verändert wurden. Wir werden auch daran gehen, hier die entsprechenden Terminänderungen zu setzen, damit mehr Pflegezeit zur Verfügung bleibt für das Personal, das zum Pflegen der Seniorinnen und Senioren da ist.

Ein Altenheim im klassischen Sinn untersteht nicht dem Krankenanstaltengesetz, sondern dem Sozialhilfegesetz. Aus dieser Ableitung kann man ganz klar erkennen, daß es in einem Altenheim um eine Wohnmöglichkeit mit be-

sonderer Pflege und mit besonderer Hilfe geht und wir werden uns dafür einsetzen, daß diese besondere Pflege und bes. Hilfe unter gar keinen Bedingungen zu kurz kommen wird. Wir werden uns jedoch dafür einsetzen, daß die besonderen Wohnmöglichkeiten wieder wohnähnlicher werden, als sie es jetzt sind.

Außerdem werden wir das Finanzieren dieser Wohnmöglichkeiten nicht aus den Augen verlieren können und wir dürfen auch die Planung eines zusätzlichen Hauses nicht aus den Augen verlieren. Ich bekenne ganz ehrlich, daß ich vom Saulus zum Paulus - oder heißt das umgekehrt, ich weiß es nicht - wurde, weil ich ursprünglich geglaubt habe, daß das große Haus am Tabor mit einem Erweiterungsbau noch vergrößert werden sollte. Ich habe hier gemeint, - angeleitet von der Einstellung, daß hier eine spitalsähnliche Pflege die Zielsetzung sein sollte - daß man die best mögliche Optimierung erreichen könnte. Ich bekenne, daß es sicherlich ein falscher Denkansatz ist, weiter an spitalsähnliche Pflege zu denken und komme daher zu der Schlußfolgerung, daß nur eine Errichtung von zusätzlichen Bauten in den Stadtteilen der Weg der Zukunft sein kann, weil auch damit eine bessere Betreuung der alten Menschen gewährleistet ist. Die Münichholzer-Jahrgangskollegen werden doch bald schwer auf den Tabor zu Besuch kommen können -

ich schaue jetzt absichtlich auf Euch hin, weil es auch Eure Worte sind und ich mich nicht mit fremden Federn schmücken möchte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Nicht immer.

STADTRAT KARL HOLUB:

Naja, das gehört zu meiner Wesensart.

Gelächter

STADTRAT KARL HOLUB:

Was da wirklich lustig ist, möge dahingestellt sein. Man kann verschiedene Bezeichnungen für verschiedene Tatsachen finden. Tatsachen bleiben aber Tatsachen, auch wenn der eine oder andere Pfeil dann in der Haut stecken bleibt.

Die Seniorenbetreuung in den Stadtteilen zu verbessern, ist wirklich die erklärte Absicht. Ich hoffe nicht nur der Referentin für die Fragen Senioren und des Referenten für das ZAH, sondern des gesamten Gemeinderates unserer schönen Stadt Steyr, deren Bürgerinnen und Bürger, die im Seniorenstand sind, soviel beigetragen haben dazu, daß diese Stadt schön wurde.

Weil ich es aus früheren Zeiten so gewohnt bin, im Namen der ÖVP-Fraktion Frohe Weihnachten zu wünschen, möchte ich es jetzt nicht im Namen der Fraktion, sondern der Partei tun. Im Namen der Österreichischen Volkspartei

wünsche ich Ihnen allen Gesegnete Weihnachten und ich wünsche uns allen den Frieden im Jahr 1992, den wir uns seit geraumer Zeit erträumen. Nicht um der Bequemlichkeit im Gemeinderat willen, sondern um des positiven Fortgangs unserer Gemeinschaft der ehrwürdigen Stadt Steyr.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren, wir sind nun am Ende der Rednerliste. Wenn es Sie interessiert, es haben 25 Debattenredner zu diesem Punkt gesprochen. Ich übergebe nun den Vorsitz wieder an den Bürgermeister und teile ihm mit, daß nur mehr der Referent das Schlußwort halten will.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile unserem Finanzreferent das Wort.

STADTRAT HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren, ob das, was wir in einigen Minuten hier beschließen werden, auch tatsächlich so sein wird, wenn es zur Ausführung kommt, das steht nicht nur in den Sternen, das ist auch gewiß so. Warum? Dieses Budget ist die Fotografie zum jetzigen Zeitpunkt, aber das Leben geht weiter. Wir wissen heute noch nicht, in wel-

chem Ausmaß der Nachtragsvoranschlag des Jahres 1991 mit Fremdmitteln ausfinanziert werden muß oder welche Rechnungen in das Jahr 1992 weitergeschoben werden können bzw. müssen, weil eben Abrechnungen aus der Wirtschaft manchmal auch später kommen. D. h. die Posten, die wir heute hier zu beschließen haben, sind gar nicht so fix, wie sie in diesem Voranschlag erscheinen. Der Finanzdirektor rechnet damit, daß von den rund 68 Millionen Schilling, die wir im Nachtrag beschlossen haben, vielleicht doch nur etwa 50 Mill. S an Kredit aufzunehmen sein werden. Das würde schon wieder ein kleines "Körperl" Geld ergeben. Von dem ich auch hoffe, daß es im nächsten Jahr durch besondere Konjunktur-Ambitionen, durch die Abkoppelung von schlechten Zahlen vielleicht anderswo verbesserungsfähig ist. Ich will jetzt nicht noch einmal auf den gesamten Voranschlag eingehen und kann auch nicht. Ich bitte dabei um Verständnis auf alle Debattenbeiträge, die zum Teil wirklich hervorragend waren. Nicht nur jene meiner Mitglieder aus der Sozialdemokratischen Fraktion, sondern auch anderer, die sich heute zu Wort gemeldet haben. Daß ich mich mit allen identifizieren könnte und möchte, ist jedoch auch nicht der Fall.

Einige Fragen möchte ich aber klären, welche in der Diskussion aufgetaucht sind. Z. B. die Bedekung des Abänderungsantrages.

Frau Kollegin Scheucher hat sich hier vielleicht ein wenig überrascht gezeigt. Wir haben Sie bei einem Telefonat, bei welchem ich Ohrenzeuge war, auf diese Sache hingewiesen. Wir haben gesagt, daß die berechtigten Wünsche einer berechtigten Finanzierung bedürfen. Wir haben durch eine Umschichtung, wie sie im Abänderungsantrag von Vizebürgermeister Sablik erklärt wurde, eben für Feuerwehr und Rettung aus dem Sparkassen-Fonds Geld entnommen. Es waren ja auch bisher, bevor wir die Sparkasse verkauft hatten, gerade aus den Sparkassen-Gewinnen in diese Richtung Finanzflüsse vorhanden und so bitte ich dies auch zu sehen.

Nun zum nächsten Punkt, den ich noch erklären möchte. Nicht deswegen, weil ich Lehrer bin - Kollege Fürweger, ich habe es bei einer Sitzung bereits einmal erwähnt, daß man manche Dinge noch nicht so kennen kann. Nicht von der Abwicklung her, nicht von dem, was Sie sagen - mir ist es auch vor ca. 12 Jahren so gegangen, als ich das erste Mal im Gemeinderat gesessen bin. Ich bin klarerweise auch für jede Maßnahme, die Verkehrsberuhigung bringt, die Lärmschutz bringt und unterstütze daher auch Lärmschutzmaßnahmen. Aber gerade beim Blümelhuberberg und der Posthofstraße handelt es sich um eine Bundesstraße, die die Landesbaudirektion zu verwalten hat. Sie muß auch hier das Geld für Lärmschutzmaßnahmen bereit-

stellen. Die Vorgangsweise ist die, daß man ansucht, daß Lärm-messungen vorgenommen werden und wenn hier ein bestimmter Pegel erreicht wird, gibt es automatisch Geld. Warum daher die Stadt Steyr für Lärmschutzmaßnahmen so wenig Geld ausgibt, liegt nicht darin, daß es in Steyr nicht laut ist, sondern daß es in den Gemeindestraßen - wo eben der Verkehr verteilt oder gesammelt wird - nicht solche Aufkommen gibt, wie beispielsweise am Taborknoten oder auf dem Blümelhuberberg. So viel nur zur Aufklärung. Ich weiß, wie es mir am Anfang gegangen ist, man glaubt, ein Thema gefunden zu haben - es ist ja auch ein Thema - aber dann findet die Abwicklung anders statt.

Ganz und gar nicht kann ich mich mit den Stellungnahmen der Freiheitlichen Partei durch den Fraktions-Sprecher und auch durch den Vizebürgermeister Dr. Pfeil anschließen. Nämlich einerseits die Stadtratspensionen als Bedeckungsvorschlag heranzuziehen - Stadtrat Holub hat es schon ausgedrückt, daß man jemandem, der sich eine Pension wohl erworben hat, diese nicht einfach wegnehmen kann. Ich sage deswegen wohl erworben, voll im Bewußtsein, daß keine Beiträge bezahlt wurden. Aber bitte vergleichen Sie - wir haben das ja auch in Besprechungen schon gemacht - die Bezüge von Stadtse-natsmitgliedern in anderen, vergleichbar großen Städten. Sie

sind um ein vielfaches höher, als in Steyr und ich gebe Ihnen recht, - in diesen Gesprächen war das auch so - es ist wieder einmal die verdammte schiefe Optik, die uns hier erwischt. Hätten unsere Vorgänger früher den Mut und die Ehrlichkeit gehabt, zu sagen, diese Arbeit soll so bezahlt werden, was sie wert ist, dann müßten wir diese Diskussion heute nicht führen. Es würden dann bei den Funktionsbezügen nicht 9 Mill. stehen, sondern vielleicht 20, 25 oder 30 Millionen, aber diese Diskussion wäre vom Tisch gefegt. Ich glaube, ich habe das auch schon als Angebot von Ihnen verstanden, über Stadtratspensionen zu reden. Daß man also versucht, ab nun jene einzuladen, über eine Gebühren- und Bezugsregelung in einen solchen Pensionsfonds einzuzahlen und daß man jenen, die seit dem 6. Oktober dabei sind, - bis das beschlossen wird - die Möglichkeit gibt, hier eine Nachzahlung durchzuführen, um einen Status mit Übergangsbestimmungen zu schaffen, der weder die älter Gedienten um die Früchte ihrer doch zum größten Teil hervorragenden Arbeit bringt, aber andererseits auch diese Optik ins rechte Licht rückt.

Was Sie mit Spital am Pyhrn gemeint haben, daß wir hier als SPÖ-Fraktion das Budget erstellen, ist nicht so - ich habe das bereits eingangs erklärt. Im Juni die Beamtenrunden, im Herbst die anderen und während Sie noch Bürgermeister-Sandkasten spiel-

ten, mit Zinnfiguren hin- und her-rückten, wie könnte denn verhindert werden, daß Hermann Leit-henmayr Bürgermeister wird, wa-ren wir uns unserer Verant-wortung der 17 Mandate und der 48 Prozent Stimmen bewußt, daß wir Steyr regierbar halten wol-len. Wir wollten die Geschäfts-führung für Steyr weiterführen und darum hatten wir auch in ei-ner Fraktionstagung nicht nur die Pflicht, sondern auch diese Auf-gabe gerne übernommen, uns für die Zukunft Steyrs in die Bresche zu werfen.

Es ist schon schwer, mit Ihrer Fraktion Verhandlungen zu führen. Am 12. 11. d. J. war es für mich das erste Mal, daß ich in den Ge-nuß kommen konnte, mit Ihnen - Herr Fraktionsobmann Eichhübl und Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil - zu verhandeln. Am 12. 11., das wissen Sie alle, weil Sie ja die Stadtsenatsakten bekommen haben - 11 Uhr vormittag, Stadt-senatskonstituierung. Von diesem Zeitpunkt an wußten wir erst, ob beschlossen wird, wer welche Referate bekommt. Klarerweise haben wir als Designierte uns auch vorher schon ein wenig mit diesem Thema näher auseinander-gesetzt. Bereits am selben Tag, an dem also dieser Beschluß ge-faßt wurde, haben wir mit Ihnen ab 16.30 Uhr eine Besprechung im Büro von Finanzdirektor Dr. Schmidl abgehalten, bei der wir Ihnen die Unlesbarkeit des Bud-gets erläutert haben. Es gibt eben diese Bestimmungen, im Amts-

antrag sind sie auch benannt, wie also diese Verordnung heißt, mit der das Budget, der Voranschlag und auch der Rechnungsabschluß entsprechend geregelt sind. Es gibt eben einmal diese geschwol-lenen Ausdrücke und Kontonum-mern etc. Die Einladung ist immer so gewesen und immer aufrecht, daß es hier Beamte im Haus gibt, die Ihnen gerne die Erklärungen abgeben. Ich selbst, als ehemali-ges Mitglied im Gemeinderat bin dort gesessen bei diesen Positio-nen und wenn wir Fraktionstagung hatten, haben wir jemanden aus der Abteilung II eingeladen und gefragt, was dieser und jener Posten ist.

Bei jenen Posten, die damals mein Interesse fanden - heute müssen es klarerweise alle Po-sten sein, die mein Interesse fin-den - habe ich mir mit Bleistift dazu geschrieben, das ist für die-se Investition und jenes für jenen Verein usw.

Wir haben auch versucht, das an diesem 12. 11., ab 16.30 Uhr zu machen. Daß Sie dann leider frü-her weg mußten, weil ein Hund - ich hoffe es geht im inzwischen gut - einen Darmverschluß hatte, das bitten wir, nicht der SPÖ zum Vorwurf zu machen. Daß dann, wenn Sie zum nächsten Mal zur Verhandlung kommen, die neue-sten Forderungen auf dem Tisch liegen, weil Sie mit Ihren Frak-tions-Kollegen gesprochen haben und dort neue Ideen aufgetaucht sein könnten oder vielleicht Ihren Landesgeschäftsführer angerufen

haben oder vielleicht auch nicht, weil er ohnehin laufend da ist, um Sie hier unter die Fittiche zu halten, das ist bitte auch nicht unsere Sache.

Der nächste Termin für die zweite Runde war am 25. 11., da waren Sie nicht dabei. Nur Stadtrat Eichhübl hat mit uns das Gespräch geführt, und zwar mit neuen Forderungen, die hier eingebracht wurden. Am 12. 12. war schließlich Fraktionsobmänner-Besprechung, zu der ich als Finanzreferent eingeladen war - auch Sie waren damals dabei. Ich begrüße das, denn wenn der Fraktions-Obmann irgendwo in seiner Entscheidungsmöglichkeit vielleicht sonst wieder fragen gehen müßte, ist es besser, wenn alle gleich an einem Tisch sitzen, die mitbestimmen. Es hat aber auch nicht so lange gedauert mit Ihnen an diesem Tag, Herr Dr. Pfeil, weil sie wieder dringend weg mußten. Als es um den - wie Bürgermeister Leithenmayr sagen würde - "Knackpunkt" der Entscheidung gegangen ist, haben Sie gesagt, Koll. Eichhübl ist da, ich gehe; auf Wiedersehen. Das sind diese Dinge; und wenn Sie uns vorwerfen, bei der Budgeterstellung unfair vorgegangen zu sein, muß ich Ihnen dies leider schon entgegen halten.

Es kam auch in der Rede vom Kollegen Eichhübl die Sache mit dem zusätzlichen Finanzbedarf der Stadtwerke vor, der hier reklamiert wird oder wurde, - auch von der Stadtwerke-Geschäfts-

führung - um Garsten und Mönichholz erdgasmäßig aufzuschließen. Auch da habe ich gesagt, - und zu dem bekenne ich mich heute noch - wir werden oder könnten Mittel und Wege finden, diese Finanzierung zu machen. Aber - und das ist genau der Vorwurf, den Sie uns machen - diese unvorstellbare Über- und Verschuldung! Es war Dr. Pfeil, der das gebracht hat, das warst Du und es waren Kollegen von Dir. Auch Kollege Dipl.-Ing. Mundorff, der Besserwisser aus Vorarlberg, wollte uns hier seine Eizes mit auf den Weg geben. Ihr habt uns gesagt, daß alles viel zu viel ist.

Wir haben dann gesagt, - genau das war auch meine Rede zu einem gemeinsamen Budget - daß wir uns zu dieser Erhöhung der Dotierung des Budgets der Stadtwerke bekennen würden. Allerdings wären wieder 10, 15 oder 20 Millionen S mehr an Schulden aufzunehmen gewesen. Was mir als Mitglied des Ausschusses für die städtischen Betriebe klarerweise viel wichtiger wäre und viel mehr am Herzen liegen würde - ich möchte es gerade Dir als zuständigen Referenten an die Brust heften, und zwar nicht als Dank, sondern als Aufforderung - bitte denk doch Du mit Deiner Geschäftsführung nach über die Möglichkeit, Altbaugebiete in Steyr mit besonderen Maßnahmen günstig anzuschließen. Nämlich dort, wo die Leitungen schon drinnen liegen, wo die Leute ihre Heizung umstellen wollen. Machen

wir doch eine Aktion, hier den Gasverkauf voranzutreiben. Dann denken wir an die Erweiterung, an den Tiefbau und an die anderen Dinge, die damit verbunden sind, um uns hinauszubreiten. Und auch da müssen wir alle hier herinnen wieder Mehrheiten suchen und hoffentlich auch finden. Wie weit Sie mit Ihren Ausführungen über Mehrheitsbeschaffer und gekaufte Fraktionen das Verhandlungsklima für solche Koalitionsangebote verbessert haben, das weiß ich nicht und liegt auch nicht in unserem Bereich. Ich muß sagen, hoher Dank und hohes Lob sowohl an die ÖVP als auch an die GAL, daß Sie nach 6 Jahren über den Schatten gesprungen sind, nicht immer nur in Opposition etwas erledigen zu wollen. Hier geben Sie dem Budget, dem Sie nicht zur Gänze zustimmen, die Chance, auch bei der Vollziehung - mit meiner persönlichen Hilfe und Ob-sorge - entsprechend gewährleistet zu sehen, daß diese Ausgabenposten auch durchgeführt werden.

Damit sind wir wieder bei den Mehrheiten. Es darf keiner glauben, wenn wir heute mit Mehrheit das Budget beschaffen, der Vollzug damit schon paletti ist. Das ist er nämlich nicht! Für jeden Beschluß über S 5.000,- brauchen wir den Stadtsenat, für jeden über S 50.000,- den Gemeinderat - mit bestimmten anderen Verfahren, mit bestimmten anderen Dingen.

Sie dürfen darauf vertrauen, daß in jenen Punkten, bei denen wir mit Ihnen gemeinsam ja gesagt haben, auch die Erfüllung da ist. Genau dasselbe gilt natürlich auch für die ÖVP-Fraktion. Noch etwas möchte ich Ihnen auf den Weg mitgeben in meinem Schlußwort. Es haben heute viele Redner - auch ich selbst - gesagt, daß der Personalaufwand zu hoch ist. Das stimmt, aber als kleine Einschränkung dieser Aussage möchte ich feststellen, daß er immerhin gegenüber dem Voranschlag 1991 um 2,73 Prozent im Verhältnis zum ordentlichen H., im Verhältnis zum Gesamthaushalt um 2,9 Prozent zurückgegangen ist. Der Schuldendienst ist gegenüber dem Voranschlag 1991 um 4,98 Prozent zurückgegangen. Der Schuldenstand ist von 77,69 Prozent im Budget 1991 auf 69,48 Prozent des Gesamthaushaltes einer Reduktion unterzogen worden. Wenn man dann auf der einen Seite sagt, um so viel hat sich das geändert, muß ich diese Zahlen einfach anführen.

Eines verspreche ich jedoch an dieser Stelle - und das möchte ich als freundschaftliches Ausstrecken der Hand auch verstanden wissen - an die Freiheitliche Gemeinderats-Fraktion, daß wir nämlich nächstes Jahr nicht unter dem Druck der Wahl, der späten Konstituierung, unter dem Zeitdruck und unter einem Verhältnis, daß sich die neuen Gemeinderäte in einem Jahr auch viel aneignen werden, um hier bessere Ver-

handlungspartner zu sein - nicht von der Moral her, nur von der fachlichen Ausbildung her - sondern daß wir rechtzeitig mit allen Fraktionen und nicht nur mit den Stadtsenats-Fraktionen über das Budget 1993 reden wollen. Damit gelingt es uns vielleicht, - nicht wie ein Sprecher von Ihnen gesagt hat in einigen Jahren - schon im Jahr 1993 einen gemeinsamen Boden für eine fruchtbare Arbeit für alle Steyrerinnen und Steyrer legen zu können.

Damit wäre mein Schlußwort zu Ende und ich würde nun bitten, die Abstimmung über das Budget 1992 mit allen Nebenbüchern und im Sinne des Abänderungsantrages der SPÖ, ÖVP und GAL durchführen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke für die Ausführungen unseres Finanzreferenten. Ich danke auch für seinen Einsatz, seine Verhandlungen und für seine Arbeit bei der Erstellung. Es ist eine enorme Anstrengung, ein 1,5 Mrd.-Budget zustande zu bringen. Er hat es ausführlich von allen Seiten beleuchtet und natürlich hat es solch ein Zahlenwerk an sich, daß man es von verschiedenen Seiten und Gesichtspunkten auch unterschiedlich betrachten und beurteilen kann.

Dennoch kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Voranschlag mit den Nebenbudgets in der Fassung des Abänderungsantrages der SPÖ-GR-Fraktion,

der ÖVP-GR-Fraktion und der GAL-GR-Fraktion, der der weitestgehende ist. Ich bitte alle Damen und Herren des Gemeinderates um ein Zeichen der Zustimmung, wenn Sie diesem Voranschlag mit den Nebenbudgets die Zustimmung erteilen. Danke sehr, Gegenprobe. Wer stimmt gegen dieses Budget? Die FPÖ stimmt geschlossen gegen dieses Budget (8 Stimmen).

Somit ist der Voranschlag 1992 angenommen.

Über die 3 Abänderungsanträge der FPÖ, die in den Ausführungen des Fraktions-Obmanns und der Mitglieder dieser Fraktion unterstützt wurden, ist noch abzustimmen. Ich lasse einzeln über die Anträge abstimmen.

Wer für den Antrag Nr. 1) der FPÖ ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, das ist die Minderheit.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich wollte eine Enthaltung aussprechen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Es geht ja darum, daß ein Antrag angenommen wird und dazu muß er eine Mehrheit im Gemeinderat finden. Wenn er nur die Stimmen der FPÖ hat, dann ist das die Minderheit und der Antrag kann nicht angenommen werden. Wenn es jedoch von der FPÖ gewünscht wird, können wir die Abstimmung noch fortsetzen.

Wer ist gegen den 1. Antrag der FPÖ? Danke sehr. Stimmenthaltung? Der Antrag ist nicht angenommen (2 Enthaltungen).

Zum Antrag Nr. 2. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Die FPÖ stimmt diesem Antrag zu. Wer ist gegen den Antrag. Danke sehr. Wer übt Stimmenthaltung? 3 Stimmenthaltungen.

Wir stimmen nun über den 3. Abänderungsantrag der FPÖ ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Die FPÖ stimmt geschlossen dafür. Wer gegen diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Wer übt Stimmenthaltung? 2 Stimmenthaltungen.

Über alle vorgelegten Abänderungsanträge ist nun abgestimmt und mit Mehrheit entschieden worden. Damit ist der Vorschlag in der Fassung des erstabgestimmten Abänderungsantrages beschlossen. Meine Damen und Herren, dieser Tagesordnungspunkt ist somit abgeschlossen und ich darf fragen, ob heute jemand eine Aktuelle Stunde wünscht oder Beiträge dazu hat? Dies scheint nicht mehr der Fall zu sein.

Die Tagesordnung ist heute erschöpft. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Ihnen herzlich danken für die disziplinierte Debatte, die stattgefunden hat, für die unterschiedlichen Auffassungen, aber auch dafür, daß dieser Vorschlag mit den

Nebenbudgets heute beschlossen wurde und daher für die Stadt die Arbeit weiter geleistet werden kann.

Es ist die letzte Sitzung in diesem Jahr, Weihnachten steht vor der Tür. Ich werde keine lange Rede mehr halten, denn wir sehen uns anschließend noch. Ich lade alle Damen und Herren des Gemeinderates traditionsgemäß zu einem gemeinsamen Abendessen in den Schwechaterhof ein. Auch die ausgeschiedenen Gemeinderäte und -rätinnen aus der letzten Periode sind eingeladen, die wir bei dieser Gelegenheit verabschieden wollen.

Ich möchte Ihnen nur mehr - vor allem jenen, die nicht mehr mitkommen können - ein Frohes Weihnachtsfest wünschen; verbringen Sie dieses friedvolle Fest gut im Kreise Ihrer Familie. Im nächsten Jahr wünsche ich jedem einzelnen Gesundheit, viel persönlichen Erfolg und daß dieser Gemeinderat in der Lage sein werden wird, in einem guten Gesprächsklima für die Stadt Steyr weiterzuarbeiten. Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 19.09 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor OMR Dr.
Gerhard Alphasamer e. h.

Belinda Kastlunger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Mag. Harald Philipps e. h.

Günter Fürweger e. h.

THE UNIVERSITY

Department of Mathematics

THE UNIVERSITY

THE UNIVERSITY

THE UNIVERSITY

THE UNIVERSITY

THE UNIVERSITY

THE UNIVERSITY